

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk. vierteljährlich 3,00 Mk. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Bezahlt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das (zwei)gedruckte Wort 20 Pf. (zwei)malige (zwei)gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeluche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ercheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.
 Sonnabend, den 27. Januar 1912.
 Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Im neuen Reichstag.

Die Kampfstage sind vorüber und wenn je, so waren es diesmal Festtage für die Sozialdemokratie. Jetzt tritt an die Stelle des lauten Schlachtgetöses die unermüdete Arbeit des Alltags, die stiller zwar, aber nicht weniger bedeutsam ist. Jetzt geht es wieder an die Arbeit zur Stärkung unserer Organisationen, zur Ausbreitung unserer Presse, zur Aufklärung und Weiterbildung unserer Kampfgenossen, an jene zähe, unscheinbare Arbeit, die die Vorbereiterin künftiger Siege ist.

Eine neue Machtsstellung hat sich die Sozialdemokratie erobert und die gesamte Presse beschäftigt sich mit dem Einfluß, den diese Tatsache auf die nächste politische Gestaltung haben wird. Die reaktionären Organe wüten über ihre Niederlage und da sie ihre eigene volksfeindliche Politik nicht zugeben wollen, beschuldigen sie die Regierung, just die Regierung des fugsamen Bethmann Hollweg, die Hauptschuld an dem Wahlausfall zu tragen. Die habe es verabsäumt, der „Steuerhebe“ scharf genug entgegenzutreten, die Sozialdemokratie genügend zu bekämpfen, und ihre Sammlungsparole sei viel zu spät erfolgt.

Herr Bethmann als schwarzblauer Prügelschlingel ist sicher kein übles Wahlkuriosum. Da aber schließlich Herr v. Bethmann schlecht und recht die Politik gemacht hat, zu der ihn die Merkmalen und Konventionen genötigt haben, sind die Anklagen gegen die Regierung in Wirklichkeit Selbstanklagen dieser Parteien. Im übrigen entläßt sich die Wut über die Niederlage in Klagen und Schimpfen über die Liberalen, die als die Gefangenen der Sozialdemokraten hingestellt werden. Ein merkmaliges Blatt spricht sogar schon von der sozialdemokratischen Linken, zu der es die Fortschrittler und National-Liberalen hinzurechnet.

Auf der anderen Seite ist die liberale und insbesondere die fortschrittliche Presse mit dem Ergebnis der Wahlen zufrieden. In der Tat sind ja Nationalliberale und Fortschrittler in diesem Reichstag zu einem politischen Einfluß gelangt, den sie im vorigen Reichstag völlig entbehren mußten. Vielfach wird auch anerkannt, daß der Liberalismus diese Stellung der Hilfe der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen verdankt.

Daß die Sozialdemokratie dazu gelangt ist, ergibt sich aus der ganzen politischen Situation. Das System der Stichwahlen zwingt dazu, soll nicht die Möglichkeit wichtiger politischer Einflüsse von vornherein veräußert werden, zwischen bürgerlichen Kandidaten eine Entscheidung zu fällen und das kleinere Übel zu wählen, um das größere zu vermeiden. Daß die Merkmalen und Konventionen, insbesondere seitdem das Zentrum sich offen für Ausnahmegebote gegen die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung ausgesprochen hatte, das größere Übel waren, war klar. Und in dieser Erwägung waren auf dem Jenaer Parteitag die Stichwahlbedingungen so formuliert worden, daß sie für jeden halbwegs Liberalen ohne weiteres annehmbar waren.

Die Taktik der Unterstützung der Fortschrittspartei und jener Nationalliberalen, die unsere Stichwahlbedingungen unterschrieben, hat auch vollen Erfolg gehabt. Wir rechnen da nicht nur mit dem Gewinn an Mandaten, so hoch man diesen auch einschätzen mag; noch wichtiger erscheint uns die unsehbare Gunst der politischen Situation, die diese Taktik der deutschen Arbeiterklasse verschafft hat. In dem die Sozialdemokratie sich sofort bereit erklärte, die Liberalen gegen Zentrum und Konervative zu unterstützen, wurden diese vor die Entscheidung gestellt, ob sie an ihrer Parole „Kampf gegen den schwarzblauen Bloß“ festhalten wollen oder nicht. Die Fortschrittler und selbst in einigen Kreisen Nationalliberale mußten, wollten sie nicht politischen Selbstmord begehen, unter diesen Umständen bei ihrer „Front gegen rechts“ bleiben. Damit war aber der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien bei der Stichwahl, dem unmittelbar darauf auch der Zusammenschluß im Reichstage hätte folgen können, verhindert, die Kluft zwischen den bürgerlichen Parteien vergrößert.

Nun haben wir Sozialdemokraten sicher die triftigsten Gründe für die Annahme, daß die Klassengegenstände sich verschärfen, die Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien geringer werden. Und auch die Erfahrungen, die wir in diesen Tagen gemacht haben, sind nicht geeignet, uns in dieser Auffassung irgendwie schwankend zu machen. Aber keineswegs kann es Aufgabe sozialdemokratischer Taktik sein, diesen Zusammenschluß etwa gleichsam durch künstliche Mittel zu beschleunigen. Ergibt sich dieser Zusammenschluß aus der sozialen Entwicklung, schwenken die liberalen Parteien, kapitalistischen Klasseninteressen gehorchend, von selbst ins Lager der Reaktion ein, dann wirkt dieses Ereignis aufklärend und führt uns neue Anhänger zu. Könnten aber die Liberalen darauf hinweisen, daß die Sozialdemokratie sie, die ja bereit gewesen wären, gegen die Reaktion zu kämpfen, im Stiche gelassen hätte, daß sie, nur der Not gehorchend, um sich eine Vertretung zu retten, in das Stichwahlbündnis mit den Konserverativen getrieben worden seien, so würden wir Sozialdemokraten in den Augen der Indifferenten und der noch nicht gewonnenen proletarischen oder dem Proletariat nahestehenden

Schichten die Verantwortung tragen. Unsere Abwehrkraft gegen reaktionäre Pläne, unsere Angriffskraft gegen die Reaktion wäre vermindert, und das in einem Augenblick, wo sehr einflussreiche Kreise an einer Durchsetzung jener arbeitfeindlichen Bestimmungen arbeiten, die die Regierung bereits angeflündigt hat.

Schließlich verlangte es das Interesse der Sozialdemokratie, daß dem Liberalismus Gelegenheit gegeben werde, die Forderungen durchzusetzen, die er als so dringend proklamiert hatte. In der Presse, und namentlich in der reaktionären, werden allerhand Bemerkungen gemacht, daß der „rosarote Bloß“ sehr wenig arbeitsfähig sein werde. Wir kennen keinen rosaroten Bloß und zwischen uns und den liberalen Parteien besteht, darin sind Sozialdemokraten und Liberale einig, ein unüberbrückbarer prinzipieller Gegensatz. Wir haben wiederholt gesagt, daß wir selbst uns über den deutschen Liberalismus keine Illusionen machen. Die Fortschrittspartei — von den Nationalliberalen gar nicht zu reden — gibt selbst zu, daß sie in den letzten Jahren, seitdem sie unter Bülow ein Stück Regierungsmajorität war, allerlei Wandlungen durchgemacht hat. Sie hat ihre frühere Opposition gegen Militär-, Flotten- und Kolonialforderungen aufgegeben und ist ins imperialistische Lager hinübergeschwenkt. Die Erbitterung, mit der die Liberalen seit ihrer Ausschaltung aus der Majorität den Kampf geführt haben, entspringt ja zu einem großen Teile gerade aus dem Gefühl einer unverdienten Jurisdiktion. Sie sind ebenso bereit wie Konserverative oder Merkmalen, alle nationalen Forderungen zu bewilligen. Sie sind also ebenso regierungsfähig wie die anderen. Also nicht etwa aus einer Radikalisierung der Liberalen, sondern umgekehrt gerade aus ihrer Befehrung zum Imperialismus und zur staatlichen Machtpolitik, wobei auch die freihändlerischen Anschauungen der Fortschrittspartei ins Wanken gekommen sind, erklärt sich die Schärfe, mit der die Liberalen diesmal gegen Konserverative und Merkmalen Front gemacht haben. Nur weil sie bei dem halbabsolutistischen Regierungssystem von der Macht ausgeschlossen blieben, deshalb haben sie sich jetzt bei den Stichwahlen nicht oder wenigstens nicht vollständig zur Wahlhilfe für die Reaktionäre verstehen können.

Hier ist aber auch zugleich der Punkt gegeben, wo die Sozialdemokratie im künftigen Reichstag einsehen kann. Die Liberalen können zur Macht nur kommen, wenn sie Deutschland politisch modernisieren und größere Freiheit für die Entfaltung der politischen Kräfte durchsetzen. Das ist aber auch das Interesse der Arbeiterklasse. Gaben wir größere politische Freiheiten erobert, haben wir die Herrschenden zu Konzeptionen gezwungen, dann wird es sich ja zeigen, ob diese politische Freiheit, wie die Liberalen sich einbilden, uns Abbruch tun wird.

Und neben dem Kampf um die Ausgestaltung der Verfassung, um die Durchsetzung der preussischen Wahlreform, um die Beseitigung der reaktionären Wahlkreiseinteilung, neben diesem politischen Kampf werden wir den Kampf um sozialpolitische Reformen führen. Und da kann unsere parlamentarische Stärke von unmittelbarer Bedeutung werden. Nach der Verminderung unserer Mandatszahl im Jahre 1907 sagte Fürst Bülow, nun erst recht Sozialpolitik. Daraus ist nichts geworden, konnte nichts werden, weil die treibende Kraft — die parlamentarische Vertretung der Arbeiterklasse — nicht stark genug war. Jetzt sind 110 Sozialdemokraten im Parlament, und die bürgerlichen Parteien müssen sich sagen, daß ihr Widerstand gegen Sozialpolitik unfehlbar diese Zahl bei den nächsten Wahlen noch vermehren würde. Das ist ein Beweggrund, der ganz anders das Handeln der bürgerlichen Parteien beeinflusst, als die guten Vorsätze im Kaufe eines angeblichen Wahlsieges.

So liegen die Dinge. Ob der künftige Reichstag für die Erfüllung politischer und sozialer Reformen etwas leisten wird, das hängt jetzt vor allem von der Haltung der Liberalen ab. Wir Sozialdemokraten haben keinen Grund, uns zu ändern. Wir bleiben was wir sind, Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Gesellschaft in dem unerschütterlichen Bewußtsein, daß diese Interessen sich ganz nur durchsetzen können in der sozialistischen Gesellschaft, deren Herbeiführung all unsere Einzelkämpfe gelten. Wir sind groß und mächtig geworden in Befolgung unserer Prinzipien, die unsere Gegner gehöhnt und verläßt haben. Wir haben uns nicht beirren lassen in den Tagen des Rückschlages, und wir werden uns nicht ändern in den Tagen des Sieges. All unsere Kraft gilt der Gegenwart, weil diese Gegenwart Arbeit Zukunftsbereit ist. Aber wir würden die Quelle unserer Kraft verschütten, wenn wir dort passieren wollten, wo dies Passieren eine Stärkung des Gegners wäre. Für die Machtmittel des bürgerlichen Staates, für die imperialistische Politik haben wir heute wie gestern keinen Mann und keinen Groschen übrig. Der Arbeit für die Wohlfahrt und Freiheit des Volkes haben wir uns nie verläßt, und für sie werden wir all unsere Kräfte aufbieten.

Leopold Ciepman.

Der Tod hat ihm gestern abend um 7 Uhr die Augen geschlossen! Ein wackeres, treues und immer hilfsbereites Herz hat aufgehört zu schlagen. Die Berliner Parteigenossen haben einen schweren Verlust zu beklagen. Zwar war Leopold Ciepman schon seit Jahren leidend. Seit 17 Jahren rang er mit der Krankheit, der er nun dennoch erlegen ist. Mit großer Energie und Willenskraft stand er aber, auch als sein Leiden in den letzten Jahren schlimmer und schlimmer wurde, immer wieder auf den Füßen und in der ersten Reihe der Genossen; kämpfend für die Bewegung, der er sein Leben geweiht. Der Befreiung der Arbeiterklasse galt das junge Reisende Streben, sie blieb das Ziel des selbständigen Geschäftsmannes und erst recht die Arbeit und die Freude des älteren Mannes, dem seine Genossen das Amt des Parteisekretärs von Groß-Berlin und das eines Mitgliedes des deutschen Parteivorstandes anvertraut hatten.

Früh trat er für die Schaffung einer Organisation seiner Berufsgenossen ein, energisch gegen die Unternehmer- und Angestellten-Interessengemeinschaft protestierend, die zu jener Zeit in diesen Kreisen so außerordentlich schwer zu bekämpfen war. Als am 12. November 1888 in Abgrimm's Salon in der Sophienstraße — im fünften Reichstagswahlkreis — eine „öffentliche Versammlung der jungen Kaufleute“ tagte, um über „die Notwendigkeit einer Organisation der jungen Kaufleute“ zu beraten, finden wir Leopold Ciepman auf der Rednertribüne, für eine straffe Organisation eintretend und die Besprechung „populärer Tagesfragen“ fordernd, die des Ausnahmegebotes wegen in politischen Versammlungen nicht möglich war. Der Handlungsgehilfenbewegung hat er bis zuletzt gebient. Im Jahre 1897/98 war er sogar eine Zeitlang Redakteur ihres Fachorgans.

Seine Haupttätigkeit aber gehörte der politischen Partei. Im fünften Berliner Reichstagswahlkreis hat er der Reihe nach wohl alle Ehrenposten bekleidet, die zu vergeben waren. Zuerst Redakteur und bald darauf Kassierer im sozialdemokratischen Verein, dann Preßkommissionsmitglied und Vertrauensmann in den Berliner Körperschaften, arbeitete er unermüdet für den Ausbau der Organisation. Als im Jahre 1895 die politischen Organisationen durch den „Köder-Coup“ der Auflösung verfielen, wurde Ciepman mit zwei weiteren Genossen die Fortführung der Organisation im fünften Kreise übertragen. Oft hat er davon als der schönsten Zeit gesprochen. Als im Jahre 1906 die Gründung der Bezirksorganisation Groß-Berlin erfolgte, war es wohl ein Zeichen ehrender Anerkennung, daß man ihm das Amt des Sekretärs für das notwendig gewordene Parteibureau durch Beschluß der Berliner Verbands-Generalversammlung einstimmig übertrug. Auf dem Parteitage zu Leipzig wurde er als Vizepräsident in den Parteivorstand gewählt und bekleidete diesen Posten bis jetzt.

Vor zwei Jahren sehte seine Krankheit wieder mit größerer Schärfe ein. Zweimal nötigte sie ihn zu den Heilquellen Karlsbads. Jedesmal schien es, als sei die Krankheit zurückgedrängt und besonders bei ihm, dem hierin unverwundlichen Optimisten, lebte die Hoffnung auf Gesundung von neuem auf. Leider umsonst. Schon seit über einem Vierteljahr zwang ihn die Zermürbung des Körpers durch die jahrelange Zuderkunft zur zeitweiligen Betruhe, bis dann am 22. Dezember seine Ueberführung in das St. Hedwigs-Krankenhaus in der Großen Hamburger Straße notwendig wurde. Nach wenigen Tagen schon erfolgte die Amputation des linken Beines bis zum Knie, die er mit wunderbarer Geduld und Hoffnungsfreude überstand. „Auf die Beine kann ich ja nicht mehr kommen, aber mit dem einen Bein wird es wohl noch ein paar Jahre gehen“, äußerte er sich einigen Freunden gegenüber. Mit lebhafter Teilnahme verfolgte er auf seinem Schmerzenslager die Siege der Partei bei der Reichstagswahl. Wie viel hatte der sechsundfünfzigjährige sich noch vorgenommen. Wie wollte er noch wirken. Und nun — der Tod hat ein Menschenleben weggerafft, reich an Arbeit, Mühen und Hoffen, aber auch reich an moralischen Erfolgen. Geliebt, nicht nur von Frau und Tochter, sondern von allen, die mit ihm in Verbindung kamen, wird sein Wirken bei denen unvergessen bleiben, denen es galt. Die Arbeiterschaft wird in seinem Sinne und Geiste schaffen und streben, bis das Ziel erreicht, dem er seine Lebensarbeit gewidmet hat. Und sie nimmt Abschied von einem Menschen, der wahrhaft gut, für menschliches Leid stets menschliches Empfinden hatte, mit wechem Herzen, denn er war der Westen einer.

Der Wahlausfall.

Der Präsident des Bundes hat in einer Rede in München einige Anschauungen über die nächsten politischen Aufgaben getan, die Beachtung verdienen. Er machte sich über den Sammlungsversuch der Regierung lustig, verlangte zunächst eine völlige paritätische Behandlung des Bürgertums und fuhr dann fort: „Was not tut und was die Regierung nach der Beendigung der Wahlen sofort in die Hand nehmen muß, ist die Schaffung von Garantien für eine paritätische Behandlung aller Erwerbsstände und des deutschen Bürgertums in seiner Gesamtheit, von Garantien für eine moderne Reform des preussischen Wahlgesezes, und, was nach meiner Ueberzeugung noch viel wichtiger ist, für eine Reform der Wahlkreiseinteilung in Preußen und im Reich, endlich die Schaffung von Garantien für einen energischen Widerstand der Regierung gegenüber einer Wiederholung jener den Interessenpolitik, kraft deren man bei der Finanzreform die Erbschaftsteuer abgelehnt, dagegen in der Prämiensteuer zugunsten

des Großgrundbesitzes neue und dauernde Vorteile geschaffen hat. Dann, aber nur dann, kann das Bürgerium, da es abdam nicht mehr befürchten muß, um die Früchte eines etwaigen Sieges betrogen zu werden, mit allen anderen bürgerlichen Elementen zusammen gegen die Sozialdemokratie Front machen. Dies wird auch geschehen, falls die Sozialdemokratie nicht inzwischen eingesehen hat, daß es, nachdem sie eine große Partei geworden ist, unüberwindlich ist, daß sie sich weiter auf einen rein negativen Standpunkt stellt, unüberwindlich, daß sie ferner eine antibürgerliche Partei bleibt und nationalen Forderungen entgegentritt, statt eine radikale Arbeiterpartei zu werden und sich beschränkt auf den Boden der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung zu stellen.

Als entschiedener Gegner der sozialdemokratischen Bestrebungen, als ein Feind des nebelhaften Zukunftsstaates würde ich der erste sein, der, falls sich die Sozialdemokratie nicht von Grund aus ändert, dann die Sammlungspolitik mitmachen würde. Wenn es sicher ist, daß das Bürgerium nicht die Sache zahlen muß, wie es heute zahlen mußte, wenn es, ohne die vorgedachten Garantien, zusammen mit den in der Nacht befindlichen Parteien die Sozialdemokratie zu beseitigen suchen würde, zusammen mit jenen Parteien, die noch einem solchen Siege das Bürgerium noch mehr als sonst unter ihr Joch hängen würden. So ist es denn die Aufgabe der Regierung nach den Wahlen, dem heutigen Zustande der Verbitterung beinahe aller Stände und Berufsgruppen durch solche Garantien ein Ende zu machen und nach dieser Richtung mit den liberalen Parteien, unter Zuziehung des Hansabundes, zu verhandeln, der mit diesem Bürgerium vor allem eine gerechte Verteilung der Wahlkreise und ein gerechtes Wahlgesetz verlangen und der fordern muß, daß der moderne Staat in allen seinen Betätigungen der vorhandenen sozialen Mischung aller Kräfte entsprechen müsse. Die Sozialdemokratie lehnt aber, gerade dann, wenn sie gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgeht, vor einem Wendepunkt. Sind ihre Führer blind genug, auf dem heutigen Boden der Regation und der Verstorungswilligkeit zu beharren, so wird ihre Macht, vorausgesetzt nur, daß dem Bürgerium jene unerlässlichen Garantien gegeben sind, bei uns Ende sein. Jeder verkennt und muß verkommen, der auf die Dauer ideale und nationale Interessen misachtet, der sie erleben zu können glaubt durch eine öde Interessenpolitik wie der Wand der Landwirte oder durch eine ebenso öde Massenpolitik wie die der Sozialdemokratie.

Daß just Herr Nieher, der Führer einer ausgesprochenen Interessenvertretung des Handels, Börsen- und eines Teil des Industriekapitals, der Sozialdemokratie, die die Interessen der ungeheuren Mehrheit der Nation vertritt, öde Massenpolitik vorwerfen kann, beweist nur, daß er für die hohe Anstufbedeutung der Arbeiterbewegung kein Verständnis besitzt. Aber das ist schließlich keine Privatangelegenheit. Interessanter ist die Bereitwilligkeit des Herrn Nieher zur Sammlungspolitik und seine Voraussage, daß sie unvermeidlich sei. Denn daß die Sozialdemokratie plötzlich sich selbst aufgeben und ihre Ziele verleugnen wollte, bloß um des Triumphes des Hansabundes willen, das wird wohl Herr Nieher selbst nicht glauben.

Wichtig wäre bloß, ob Herr Nieher und seine Gefolgsleute in der nationalliberalen Partei wirklich erst dann die Sammlungspolitik betreiben wollen, wenn die politischen Reformen, die Herr Nieher fordert, und die wir gern noch näher prüft hätten, auch durchgeführt sind. Hält Herr Nieher dieses Vorhaben auch wirklich ein, dann wollen wir ihn gerne den Kampf der „Gesammelten“ organisieren lassen. Nur über Massenpolitik sollte Herr Nieher sein Stille sein. Oder weiß er wirklich nicht, wie ganz er im Sinne kapitalistischer Massenpolitik befangen ist?

Von den Urteilen der bürgerlichen Presse über den Wahlausfall seien die wichtigsten kurz verzeichnet. Die „Börsliche Zeitung“ sagt:

Herrn v. Scheidebrand und seinen Freunden kommt das Verdienst zu, die Sozialdemokratie zur weitestgehenden Partei im Reichstag gemacht zu haben. Aber wichtiger noch als diese Tatsache ist die von der früheren Mehrheit bewirkte Annäherung zwischen der bürgerlichen Linken und der Sozialdemokratie. Zwischen beiden Gruppen gähnt heute wie ehedem eine tiefe Kluft; die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten können nicht schwinden; es stehen sich nach wie vor zwei Weltanschauungen gegenüber. Aber das alles hindert nicht, daß Fortschrittspartei, Nationalliberale und Sozialdemokraten fast ausschließlich bei den Wahlen dem schwarzblauen Block als geschlossene Phalanx entgegengetreten sind, und daß sie im neuen Reichstag werden versuchen müssen, wenn nicht auf allen, so doch auf vielen Gebieten nicht bloß eine Abwehr, sondern auch eine Arbeitsmehrheit zu bilden.

Die neue Lage belastet die Parteien der neuen Mehrheit mit einer Verantwortung, deren sie sich hoffentlich allenfalls bewusst sein werden. Auch hier wird es gelten, mit mancher alten Gewohnheit zu brechen. Indessen wird es nützlich sein, weniger theoretische Erörterungen zu pflegen, als die Praxis sprechen zu lassen. Die Zusammenfassung des Präsidiums wird eine Aenderung erfahren. Den Anspruch auf den Sitz des ersten Präsidenten haben jetzt die Parteien der neuen Mehrheit. Dabei versteht es sich von selbst, daß der Sozialdemokratie mit ihren 110 Abgeordneten ein Platz im Präsidium eingeräumt werden muß, wie in einer Reihe Landtage und wie im österreichischen Reichsrat.

Das „Berliner Tageblatt“ meint: Die Frage war: soll die schwarzblaue Mehrheit weiterregieren? Die Wählerstimme antwortete darauf mit 7 1/2 Millionen Nein gegen 4,7 Millionen Ja. Die 7 1/2 Millionen Nein setzten sich um in — knapp gerade — 302 Mandate, die 4,7 Millionen Ja in 195 Mandate. Das Verhältnis der Mandate zur Zahl der Wählerstimmen schreit zum Himmel, und wenn die neue Mehrheit von einem ebenso einheitlichen und rücksichtslosen Willen besetzt wäre wie der schwarzblaue Block, den sie verdrängt hat, so würde sie wissen, was ihr zu tun obliegt. Sie hätte schonungslos und ohne Sentimentalität alles daran zu setzen, um die himmelschreiende Ungerechtigkeit der Wahlkreiseinteilung zu beseitigen und dafür zu sorgen, daß eine überwältigende Mehrheit von Wählerstimmen sich in Zukunft nicht mehr auszubilden braucht in einer knappen Mehrheit von Mandaten. So knapp — das darf allerdings nicht verschwiegen werden — hätte die Mehrheit freilich gar nicht zu werden brauchen. Die schändliche Sentimentalität, von der liberale Kreise sich am ersten Stichwahltag haben überlassen lassen, rächt sich naturgemäß, und zwar am Liberalismus. Die 12 bis 15 Mandate, die der Reaktion an jenem ersten Tage von den Liberalen geschenkt wurden, werden der Mehrheit noch manchmal fehlen. Und den Liberalen, wenn sie sich durchsetzen wollen, auch. Denn es ist ja klar, daß 90 Liberale neben 125 Sozialdemokraten einen weit stärkeren parlamentarischen Einfluß gehabt hätten, als sie neben 110 haben werden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ wirft die Frage nach dem Hauptschuldigen an der Niederlage ihrer Leute auf und findet ihn in der Regierung:

Nicht gegen die Parteien hat sich der gegnerische Sturm besonders und in erster Linie gerichtet, sondern gegen die Finanzreform und die Dinge, die damit zusammenhängen. Die Regierung hat lange, lange Zeit Mißgunst geübt, daß die Finanzreform die Köpfe vermisste und die Leidenschaften entflammte. Als sie endlich das Wort ergriff, war es zu spät. Und das, was sie sagte, war schwach und lahm. Die Regierung hat

gegen die sozialdemokratische Volksvergiftung lange, lange Zeit hindurch kein ernstes, kein scharfes Wort gefunden. Als sie es endlich fand, war es zu spät. . . . Bleibt die Regierung auf dem bisher eingenommenen Standpunkte der sogenannten Parteifolgsamkeit, nimmt sie wie bisher die Mehrheiten, wo sie sie findet, beschneidet sie sich darauf, anstatt zu führen und zu regieren, sich schmeicheln zu lassen, dann liegt die Gefahr eines wirklichen Großblades im Reiche nahe. Dann ist aber auch die monarchische Grundlage des Reiches bedroht.

Dieselben Tiefsinn produzierten auch die „Germania“ und die „Kreuzzeitung“ und die „Post“ stümt folgendes Kapitel an:

Noch schlimmer, ja geradezu verhängnisvoll kann die Zusammenfassung des Reichstages auf unsere Sozialpolitik einwirken. Der unserer Industrie wie unserem Gewerbe notwendige, von der Regierung gestattete Schutz des Arbeitswilligen kann natürlich von vornherein abgetan gelten. Gegen rund 110 Stimmen der Sozialdemokratie, rund 60 des Liberalismus und ungefähr 30 Stimmen des Zentrums (soweit diesen wohl abspitzern) würde jede bewertige Vorlage, oder auch nur der Versuch einer solchen Vorlage glatt erledigt sein. Und was auf der anderen Seite diese sozial-unpolitische Mehrheit der Industriellen für neue Klassen aufzubringen vermag und wahrscheinlich auch aufzubringen wird, mag die Zukunft erweisen.

Hoffentlich treffen die Befürchtungen des Scharfmacherorgans auch alle ein.

Die Wahlen in Baden.

Wenn wir auf das Ergebnis der Wahlen zurückblicken, können wir, was die Stimmzahl anbetrifft, zufrieden sein; denn im ganzen hat die sozialdemokratische Partei Badens um 22.000 Stimmen zugenommen. Mit 135.000 Stimmen haben wir nahezu ein Drittel aller in Baden abgegebenen Stimmen erreicht. Anders steht es mit der Zahl der Mandate.

Seit dem Jahre 1898 hatte unsere Partei die Wahlkreise Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim ununterbrochen besetzt; doch wurden Karlsruhe und Pforzheim die jetzt immer nur mit Zentrumshilfe erobert. Wer unsere Stimmenergebnisse in den katholischen Orten der Kreise Pforzheim und Karlsruhe in Betracht zieht, kann sich dem Gedanken nicht verschließen, daß vielleicht gerade mit Rücksicht auf die früher gelieferte Stützstütze des Zentrums in diesen Orten nicht mit der notwendigen Energie gearbeitet wurde, sonst hätte es nicht vorkommen können, daß vor den Toren der Hauptstadt katholische Arbeiter Mann für Mann dem Scharfmacher Wittum die Stimme gaben.

Verschiedene kleinere Stimmverluste an einzelnen Orten zeigen uns auch, daß unser Rekrutierungsgebiet vorerst die Arbeiterschaft bleibt und daß alles das, was uns früher an demokratischen Stimmen zu gute kam, diesmal vollständig in das bürgerliche Lager eingeschwenkt ist. In Pforzheim fehlten uns nur 400 Stimmen gegen die vereinigten bürgerlichen Parteien, und ist es höchst wahrscheinlich das letztemal, daß dieser Wahlkreis durch einen bürgerlichen Abgeordneten vertreten wird. In Karlsruhe dagegen bedarf es noch großer Arbeit, wenn der Kreis dem sicheren Bestehen der Partei eingereicht werden soll. Erst zwei Fünftel der Stimmen wurden hier für uns abgegeben.

Wenn irgendwo im Reich, so hatte das Zentrum in Baden den Zusammenschluß der Liberalen und Sozialdemokraten für die Stichwahlen zu erwirken. Die Zentrumspartei, die in Baden vollständig unter der Herrschaft des kampflosen Partier Wacker steht, hat denn auch alles getan um eine recht verworrene Stichwahlsituation zu schaffen. Wacker scheut vor keinem Mittel zurück um den Großblock zu sprengen. Er schreie es durch, daß in Karlsruhe, wo das Zentrum auf etwa 8000 Stimmen rechnen konnte und die Konservativen auf etwa 2000, kein Zentrumskandidat, sondern ein vom Zentrum unterstützter Konservativer, Herr v. Gemmingen, aufgestellt wurde. Wacker rechnete darauf, daß dieser Mann in die Stichwahl kommen werde. Um die Nationalliberalen zu zwingen, dann für Gemmingen zu stimmen, wurden im Heidelberger Kreis zwei schwarzblaue Kandidaten aufgestellt, damit dort der Sozialdemokrat mit dem Liberalen in die Stichwahl komme. In Karlsruhe fiel aber der Konservativ aus. Im 13. Kreis wurde der bisherige Abgeordnete vom Bund der Landwirte, ein Herr Ru pp, vom Zentrum unterstützt und geschlossen haben die katholischen Tabakarbeiter diesen Bauernbündler gewählt und ihm in erster Wahlgang zum Sieg verholfen. In Freiburg wurde neben dem Zentrumskandidaten ebenfalls ein Reichsparteiler aufgestellt. Dieser sollte den Liberalen in den protestantischen Orten soviel Stimmen wegnehmen, daß statt der Liberalen der Sozialdemokrat in die Stichwahl komme. Das Zentrum rechnete damit diesen Kreis dann mit Hilfe dieses Reichsparteilers und rechtsstehender nationalliberalen Bauern zu behaupten. Im 4. Kreis (Wrad) wurde gleichfalls ein konservativer Kandidat aufgestellt. Dort wollte man verhindern, daß konservativ Bauern für das Zentrum stimmten. Das Zentrum wollte dort gar nicht in die Stichwahl kommen, damit es im 4. Kreis den Liberalen seine Stimmen zur Verfügung stellen konnte als Gegenleistung für Freiburg. Der Hauptstreich aber wurde in Pforzheim geführt. Dort stimmte das Zentrum für den nationalliberalen Kandidaten, da dieser ein Großblockgegner war. So hoffte Wacker eine Stichwahlsituation zu schaffen, bei welcher das Zentrum alle seine Mandate rettet und zudem den Großblock sprengt. Von all dem sein ausgeflügelter Blödsinn ist aber bei der Hauptwahl nur der Streich in Pforzheim gelungen. Dieses Mandat wurde uns abgenommen. Die Zentrumblätter feierten diesen Sieg als einen Zentrumsieg und seiner Genehmigung nach gehört Wittum tatsächlich zu den Schwarzblauen. Daß ein solcher Mann von den Nationalliberalen aufgestellt werden konnte, beweist, daß die nationalliberalen Scharfmacher auf ihre Partei pfeifen, wenn diese nicht nach ihrer Pfeife tanzt.

Die erbärmliche Haltung der Nationalliberalen in Pforzheim und auch die Agitationsmethode, wie sie besonders in Freiburg in den letzten Tagen vor der Wahl geübt wurde, hat natürlich in den Reihen unserer Genossen starke Erbitterung hinterlassen.

Zuerst war ganz allgemein die Meinung vorhanden, daß die Liberalen nur Stichwahlhilfe erhalten dürften, wenn Karlsruhe für uns freigegeben werde. In vier Kreisen fanden die Liberalen mit dem Zentrum in Stichwahl und brauchten unsere Hilfe. Aber die Liberalen hatten uns in Baden nichts zu bieten. Nur in Karlsruhe stand der freisinnige Kandidat mit unserem Genossen Ged in Stichwahl. Vom Zentralwahlkomitee wurde deshalb auch an die Liberalen die Forderung gestellt, den Karlsruher Kreis freizugeben, weil nur dann in den oberbadischen Kreisen damit gerechnet werden könnte, daß alle Sozialdemokraten für die Liberalen zur Wahl gehen würden. Die badischen Freisinnigen gingen aber nicht darauf ein. Sie ließen sich vom Zentrum die Versicherung geben, daß die Wahlenthaltungsparole nicht ernst gemeint sei und ihr Kandidat Haas von den Merkelen herausgehoben werden würde, und hielten darauf an ihrer Kandidatur fest.

Als das Zentralwahlkomitee am Dienstag, den 18. Januar, zum zweitenmal zusammentrat, wählten wir, daß wir zu dem Pforzheimer Mandat auch noch das Karlsruher verlieren würden, wenn wir entsprechend den Parteitagebeschlüssen und entsprechend der politischen Situation die Liberalen gegen das Zentrum

unterstützen würden. Große Begeisterung für die Liberalen war unter diesen Umständen nicht vorhanden; der Beschluß für die Liberalen einzutreten, wurde aber doch bereits einstimmig gefaßt. Und er ist auch gehalten worden. Es ist eine Unmöglichkeit, wenn das „Berliner Tageblatt“ schreibt, der Konstanzer Kreis sei dadurch verlassen gegangen, weil nicht alle Sozialdemokraten die Parole befolgt hätten. Gerade im ersten Kreis ist die Parole befolgt worden, trotz aller Zentrumsleide die angewandt worden sind. Befragt hat dort das Zentrum, weil es noch 800 Mann an Reserven aufbrachte, und die Nationalliberalen nur 300. Im zweiten Kreis hat sich der liberale Kandidat Rombach durch allerlei Kulturkampfphrasen selbst den Boden abgegraben. Dann sind im letzten Kreis in der Stichwahl auch eine Anzahl protestantischer Geistlicher für den Zentrumskandidaten eingetreten, weil nach ihrer Meinung zwar nicht die Religion, wohl aber das Delegationsgesetz, das die Bezahlung der Pfarrersgehälter beider Konfessionen aus allgemeinen Steuermitteln sichert, gefährdet ist. So hat auch den Zentrumsabgeordnete Lehrenbach sein Mandat nur mit Hilfe der protestantischen Bietisten behaupten können.

Der Zentrumsführer Wacker aber hat kein unerlässliches Spiel bis zum letzten Moment fortgesetzt. Was er leistete übertrifft alles, was bisher an politischer Unschicklichkeit geschiet wurde. In der feierlichsten Weise wurde in der Presse und Versammlungen Wahlenthaltung proklamiert. Diese Haltung wurde eingehend begründet, und manche unserer Genossen glaubten, daß es ernst damit sei. Am Freitag wurde die Parole noch einmal in Freiburg bekräftigt, doch schon am Freitag wurde ein Zirkular an die Vertrauensleute verschickt, in dem aufgefordert wurde, nicht vor vier Uhr nachmittags zu wählen, jeder Vertrauensmann solle aber so viel Wähler wie nur möglich auf diesen Zeitpunkt beisammen haben, damit dann die Parole gegen Ged und für Haas ausgegeben werden könne.

Es wurden schon am Freitag Flugblätter gedruckt, auf welchen die Wähler aufgefordert wurden für Haas zu stimmen, weil im Oberland die Sozialdemokraten für die Liberalen stimmten. Im Oberland dagegen wurden Zettel verteilt mit dem Inhalt: „In Karlsruhe übt das Zentrum Wahlenthaltung, damit die Wahl Ged's gesichert.“

Ferner wurden an Parteigenossen, allerdings anonym, Zettel verschickt mit folgendem Inhalt: „Werter Genosse! Wegen Pforzheim üben wir an den Liberalen Rache. Schmid muß durchfallen. Wir wählen alle Ged.“

So hoffte das Zentrum Verwirrung in unsere Reihen zu tragen, um sich seine Mandate zu sichern und uns dann im letzten Moment Karlsruhe zu nehmen. Während in Karlsruhe schon die Aufforderung verteilt wurde, Haas zu wählen, kam in Freiburg ein Abgeordneter des Zentrums auf das Bureau der „Volksmacht“, um dort den Genossen nahe zu legen, die Sozialdemokratie solle mit der Unterstützung der Liberalen aufhören, dann werde das Zentrum in Karlsruhe seine Parole einhalten.

Jetzt suchen die Zentrumsparteiler zu beweisen, daß sie in Karlsruhe nur deshalb so gewählt haben, weil im Oberland die Sozialdemokraten liberal wählten. Das wählen die Herren aber schon bevor sie ihre Parole ausgaben. Der Zentrumsführer Trunf in Karlsruhe hat am Stichwahlabend selbst gestanden, daß er den Freisinnigen schon am Montag, den 15. Januar, abends gesagt habe, sie sollen nur die Kandidatur Haas aufrecht erhalten, Haas werde gewählt. Damit ist klar bewiesen, daß die ganze Wahlparole nichts war als ein wohlüberdachter Trick.

Wir haben zwei Mandate verloren, aber wir sind konsequent vorgegangen ohne uns von Mandatschaherei leiten zu lassen. Jetzt heißt es, die Zeit auszunutzen für die „Muskulatur“ Organisation und der Presse. Dann werden wir dem Zentrum sein Verhalten heimzahlen mit Sins und Zinseszinsen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 26. Januar 1912

Das Kanzlerblatt als Verleumder.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sich aus Dresden melden:

Dr. Heinze ist mit nur wenig Stimmen unterlegen, weil 1800 bis 1900 Zettel auf Dr. D. Heinze statt Dr. A. Heinze lauteten, also ungültig waren. Unter Hinzurechnung dieser Stimmen würde er mit einer immerhin noch beachtenswerten Mehrheit festgesetzt haben. Wie diese falschen Zettel an die Stimmzettelteiler gelangt sind, ist noch nicht aufgeklärt. Vermuten kann man immerhin, daß hier ein Wahlmänner der Sozialdemokraten vorliegt. Ist es doch in Dresden vorgekommen, daß ein Zettelteiler der rechtsstehenden Parteien im Wahllokal nachher Zettel für den Sozialdemokraten mit ausgegeben hat.

Das Kanzlerblatt wird immer alberner. Jedes dumme Gefasel, das ihm irgendwoher gemeldet wird, wenn es sich gegen die Sozialdemokratie richtet, wird ohne Kritik aufgenommen. Welche Beweise oder welchen Anhalt hat die „Nordd. Allgem. Ztg.“ dafür, daß die Sozialdemokratie jene Stimmzettel hergestellt aber verteilt hat? Heraus damit! Oder hält es das Kanzlerblatt für seiner Moral für erlaubt, ohne irgendwelche Beweise ehrenrührige Anschuldigungen zu erheben? Im gewöhnlichen Leben nennt man Subjekte, die sich derartige grundlose Behauptungen erlauben, gemeine Verleumder! Wenn nicht das Blatt des Herrn Beismann Hollweg zu dieser Kategorie mitgezählt werden will, ist es verpflichtet, Beweise zu bringen!

Die Regierung und der neue Reichstag.

Der bekannte Berliner offiziöse Berichterstatter der „Adnischen Zeitung“ telegraphiert diesem Blatte unter anderem:

Es liegt auf der Hand, daß die Regierung mit dem Reichstag rechnen muß, den ihr die Wähler geschickt haben. Wir möchten glauben, daß sie, obgleich ihr das Ergebnis der Wahlen unerwünscht ist, sich doch nicht gleich mit Auflösung zehankeln trägt, sondern daß sie versuchen wird, mit dem neuen Reichstag so gut zu arbeiten, wie es eben angeht. Bei dem Fehlen der festen Mehrheit ist sie auf wechselnde Mehrheiten angewiesen. Für die sogenannten nationalen Fragen, besonders für die der Landesverteidigung, wird sie unter den obwaltenden allgemeinen Verhältnissen un schwer eine Mehrheit finden, wenn sie es vermeidet, den Vogen zu überspannen und mit übertriebenen Anforderungen an den Reichstag heranzutreten. . . . Außerordentlich schwierig dürfte sich die Entscheidung gestalten bei großen grundlegenden Fragen, die unser geistiges Leben betreffen. Wir halten es für wahrscheinlich, daß die Regierung ihrer Verantwortung und Lösung möglichst aus dem Wege gehen wird, und es ist nicht zu vergessen, daß sie bei der Zusammenfassung des Reichstages auch nicht anders handeln kann. . . . Man sieht also, daß sich die vielfältigsten Möglichkeiten für Kompensationen und Vermutationen bieten, die es schließlich nicht unmöglich erscheinen lassen, daß diesem Reichstag ein längeres Leben beschieden ist, als man jetzt vielfach annimmt. Abgesehen wird das nicht nur von der Geschicklichkeit, die die Regierung zeigt, sondern auch von der Autorität, die sie nur dadurch sich erwerben kann, daß sie sich nur von Gründen des allgemeinen Wohles leiten läßt, das nur dann seinen richtigen Ausdruck finden kann, wenn man die Bedingungen des

modernen Lebens richtig einschätzt und sich nicht darauf beruft, Verletzungen Rechnung zu tragen, die bei der ganzen großen Entwicklung, die das Deutsche Reich genommen hat, nicht mehr am Platze sind."

Der Reinfall der Stichwahlverfahren.

Das eigenartige Verfahren, die Stichwahlen nach drei besonderen Gruppen, die offenbar nach einem ganz bestimmten System sortiert waren, auf drei verschiedene Termine zu verlegen, findet in der nationalliberalen „Köln. Ztg.“ folgende Beurteilung:

„Es ist unabweislich, daß Herr v. Bethmann Hollweg sich über die Stimmung der Wählerschaft arg getäuscht hat; doch kann er sich gut damit trösten, daß es sehr vielen anderen Leuten ebenso gegangen ist, z. B. Herrn Wedel, der ja auch ein allgemeines Zusammenrücken der Bürgerlichen nach der Hauptwahl prophezeit hat. Die Verbitterung zwischen rechts und links hat sich aber vielfach als zu stark erwiesen, um die Furcht vor der roten Gefahr wirksam werden zu lassen. Der fein eingefädelt Plan, durch die Verteilung der Stichwahlen auf drei Termine die Einigung der Bürgerlichen zu erzwingen, ist völlig mißglückt; ja, er hat die gegenteilige Wirkung ausgeübt, wie die von den Konservativen und dem Zentrum betriebene Auslieferung zahlreicher liberaler Mandate an Bessern und Sozialdemokraten beweist. Man darf also die dringende Erwartung aussprechen, daß diese Praxis, die nur das Unmorale des Stichwahlverfahrens hervorhebt, nie wiederkehren wird.“

Kein Zweifel, daß das faulere Planchen der reaktionären Stichwahlverfahren total mißlungen ist. Auch wir glauben deshalb annehmen zu dürfen, daß man es mit diesem ebenso untauglichen, wie unanständigen Trick nicht wieder versuchen wird.

Ob freilich die Anberaumung der Stichwahlen auf einen einheitlichen Termin der Reaktion mehr nützen wird, ist eine andere Frage. Der Erfolg des Zusammengehens von Freisinn und Sozialdemokratie hat — trotz des anfänglichen Verzagens des Freisinn — bewiesen, wie gewaltig die Linke gefährdet werden kann, wenn nur der Freisinn entschlossen ist, die Front gegen rechts zu richten. Für seine Verluste an die Sozialdemokratie vermag sich der Freisinn durch die sozialdemokratische Unterstützung reichlich schadlos zu halten in Wahlkreisen, die der Reaktion entzogen werden können. Der Gewinn der Linken würde in Zukunft aber noch weit größer sein können, wenn der Freisinn es über sich gewönne, schon vor der Hauptwahl keinen Zweifel darüber zu lassen, wie er in der Stichwahl zu schlagen gedenkt. Jedem reaktionären Block wäre damit das Schicksal besiegelt.

Bei einem Rückfall in die alte „Zweifrontentaktik“ würde sich der Freisinn nur die Verantwortung dafür aufbürden, reaktionäre Majoritäten zu ermöglichen. Ein solcher Rückfall würde sich aber am Freisinn unfehlbar bitter rächen und zu einer abermaligen Desertion seiner Wähler führen. Wir glauben deshalb einstweilen nicht, daß der Freisinn die Wählkreise von 1912 so bald in den Wind schlagen wird!

Vor Kerger übergeschnappt.

Der fromme „Reichsbote“ ist über die Schlafabrechnung vom 25. Januar ganz aus dem Häuschen geraten. Sieht er doch folgenden Untergrund eines übergeschnappten Einsenders wieder:

Als gestern Abend die letzten Ergebnisse der Wahl bekannt wurden, schloffen sich mehrere Hundert der Zuschauer zu einem festen Zuge zusammen, zogen unter lauten Gesänge der Arbeitermarschallische und anderer revolutionärer Lieder („Kampfbanner“, „Vorwärts“, „Sozialismus“) sowie unter mehrfachen Hochs auf die revolutionäre Partei und ihre Führer vom „Volk-Anzeiger“ zum „Vorwärts“. Kein Schußmann oder Vertreter der Staatsanwaltschaft trat ihnen entgegen! Nachdem sie am „Vorwärts“ ihre Forderung dargebracht hatte, zerstreute sich die Masse wie auf Verabredung in ruhiger Weise. Wahrscheinlich, es ist weit gekommen in Berlin! Die Schußmänner werden als „Bananen“ öffentlich beschimpft, aber man schweigt und überläßt den Revolutionären das Feld. Wer diese Arbeiter einhermarschieren sah, dem mußte sich das Herz zusammenkrampfen in dem Bewußtsein, daß die staatliche Autorität selbst keinen Gebrauch mehr machen will von den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir haben gestern Nacht den Beweis gesehen, daß wir in Berlin nicht mehr vor, sondern bereits mitten in der Revolution leben! Einst hieß es: „Die Straße gehört dem Verkehr“, gestern aber füllte sich die Umsturzpartei als Herrin der Straße. Das Nachbild vom 25. Januar in diesen Straßen Berlins wird hoffentlich vielen, die gestern noch den sozialdemokratischen Siegen jubeln dalken, die Augen über die vorhandenen Gefahren öffnen, hoffentlich aber auch der Obrigkeit!

Dieser Schrei nach Jagow verrät die geradezu bedrückende Gestimmtheit, in die der Wahlausfall und der Volksjubel über die Zustimmung des Blocks der Ritter und der Heiligen die armen Leidtragenden versetzt hat. Weil etliche tausend Menschen die paar hundert Schritte vom „Lokal-Anzeiger“ bis zum Vorwärtshaus gezogen sind und ein paar Hochs angebracht haben, soll Jagow gleich mit der Blenue dreinhauen oder gar mit blauen Schuhen dazwischenfahren lassen! Dabei wäre der Wiedermann, der sich so lässlich über die Herrschaft der „Revolution“ entläßt, wahrscheinlich selbst im Zuge mitmarschiert, wenn es diesmal wieder ein „Niederreiten“ gegeben hätte! Wir empfehlen dem Gewißmann des „Reichsboten“ und der gleich schwer mitgenommenen Redaktion des Blattes eindringlich Kaltwasserbehandlung!

Wahlkrawalle in Schwyz.

Das Wolffsche Telegraphen-Bureau meldet aus Schwyz: Nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses entstand gestern gegen Mitternacht auf dem Marktplatz vor dem Kaiser Wilhelm-Denkmal ein Aufruhr, an dem mehrere hundert Polen teilnahmen. Die Menge stürmte ein Café, in dem sich deutsche Bürger aufhielten, zertrümmerte dort die Wärmestriche und richtete auch an dem übrigen Inventar großen Schaden an. Anlaß des Tumultes war, daß die polnischen Wähler erfahren hatten, daß Döngler Studenten, die zur Wahlhilfe nach Schwyz gekommen waren, sich in dem Lokal befänden. Als aus einer anderen Wirtshaus den Bedrängten Hilfe wurde, entstand eine große Prügelei, bei der auch geschossen wurde. Zwei Studenten wurden schwer verletzt. Nach dem Tumult durchzogen die Polen die Stadt, zertrümmerten die Schaufenster der deutschen Kaufleute und schlugen die Türen ein. Dann begaben sie sich nach dem Landratsamt, in dem der Reichstagsabgeordnete von Salem wohnte, und warfen dort die Fenster ein. Es wurde Sturm geklopft. Endlich gelang es der Polizei, die zunächst der Menge gegenüber machtlos war, diese zu zerstreuen. Die Bürgerchaft ist in großer Erregung, da sie weitere Belästigungen durch die Polen befürchtet. Es ist militärische Hilfe requiriert worden. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Für Kaisers Geburtstag planen die Polen weitere Kundgebungen.

Ferner: Schwyz, 26. Januar. 150 Mann vom 2. Pommerschen Jägerbataillon sind aus Rast hier eingetroffen. Auch die Schwyzer Sanitätskolonne, die gestern Abend helfend eingreifen wollte, wurde in ihrem Samariterwerk durch die Polen behindert. Einzelne Mitglieder derselben wurden in Ausübung ihrer Tätigkeit schwer verletzt.

Bekanntlich gehören die Polen mit den Ultramontanen und den Konservativen zu dem „nationalen“ Schwarz-

blauen Block, dessen Aufgabe es nach eigener Versicherung seiner Geistesgrößen ist, nicht nur das Vaterland vor der vaterlandslosen roten Rote zu schützen, sondern auch die „bölkischen“ Eigenheiten der deutschen Bevölkerung zu erhalten. Das Axiom ist nur, daß die Herren Junter, Merkalan und Polen etwas ganz Verschiedenes unter „Vaterland“ und „bölkischer Eigenheit“ verstehen.

Kröcher bleibt dem Reichstag erhalten.

Einige liberale Blätter wissen zu melden, daß Herr Jordan v. Kröcher, Birk. Rat, Rittermeister a. D. und Rittergutsbesitzer, aus seinem bisherigen Wahlkreise Salzweide-Ordelegen herausgewählt worden sei. Das stimmt nicht. Das Wolffsche Telegraphen-Bureau meldet:

Nach vorläufiger amtlicher Feststellung erhielten v. Kröcher (L) 13 478 Stimmen, Dr. Böhm (Vd.) 13 143 Stimmen; v. Kröcher (L) ist demnach gewählt.

Das ist eine erfreuliche Meldung. Herr v. Kröcher ist ein so drastischer Repräsentant preussischer Junterbildung, Juntergesittung und des ostelbischen Pferdestallhums, daß wir ihn im Reichstag nicht missen möchten, zumal sein Abwahl auf diesen Gebieten, Herr E. v. Oldenburg-Januschau, nicht wieder gewählt worden ist.

Bethmann als Sündenbock.

Eine den Konservativen nahestehende Korrespondenz verbreitet, wie die „Berliner Volks-Zeitung“ meldet, folgende Nachricht:

„Der Kaiser hatte anläßlich der letzten Stichwahlen die Anweisung gegeben, ihm sofort von dem Gesamtergebnis der Reichstagswahlen Meldung zu erstatten, sobald das Ergebnis bekannt sei. Am Donnerstagabend gegen 10 Uhr konnte dem Monarchen die Mitteilung gemacht werden, daß das Resultat aus allen Wahlkreisen eingelaufen wäre. Natürlich ist der Kaiser von dem Ausfall der Wahlen nicht sonderlich erbaut. Er hat schon nach dem Ergebnis der Hauptwahlen sich dahin geäußert, daß die Zunahme der sozialdemokratischen wie der fortschrittlichen Stimmen ein untrügliches Zeichen für Fehler in der Regierung sei. Diese Ansicht wiederholte der Monarch jetzt bei der Entgegennahme des Berichtes über die Zusammensetzung des neuen Reichstages und bemerkte dabei, daß bei der Festlegung sozialpolitischer Gesetzbestimmungen mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse der werktätigen Bevölkerung genommen werden müsse.“

Die ganze Notiz erweckt den Anschein, als solle nunmehr mit dem Feldzug gegen den Reichsanwalt eingesezt werden, dem es die Konservativen nicht vergessen können und nicht vergessen werden, daß er sie im Reichstag bloßgestellt hat.

Gatower Wahlterrorismus.

Zu dem ungeheuerlichen, in Gatow gegen den Genossen Hornig verübten Gewaltakt, über den wir gestern bereits kurz berichteten, wird uns noch folgendes mitgeteilt.

Der Wahlvorsteher, Gemeindevorsteher Wolter, hatte bereits am Tage der Hauptwahl, entgegen der ausdrücklichen Anweisung des Ministers, die Wahlakten aufeinandergeschichtet. Ein Besucher führte eine Liste über die Abstimmenden, deren Namen er aufschrieb und mit fortlaufenden Nummern versah. Gegen das ungesetzliche, auch eine strafbare Urkundensäufung darstellende Verfahren legten unsere Genossen sofort telegraphische Beschwerde ein. Der Wahlkommissar, Oberbürgermeister Rühfche (Spandau), untersagte darauf auch dem Wahlvorsteher dieses Verfahren. Trotzdem schlug der Wahlvorsteher Wolter auch am Stichwahltag, am Donnerstag, dasselbe gesetzwidrige Verfahren ein. Mehrere Besucher notierten, wie bei der Hauptwahl, die Namen der Abstimmenden nach der Reihenfolge ihres Stimmens. Der Wahlvorsteher hatte den Genossen Adresse erst zugelassen, nachdem dieser aus Charlottenburg die amtliche Bestätigung, daß er wahlberechtigt ist, herbeigeschickt hatte. Nach Ablauf der Wahlzeit nahm der Wahlvorsteher die Wahlakten, die aufeinandergeschichtet in der Wahlurne lagen, heraus und war so, daß sie aufeinandergeschichtet so liegen blieben, daß mit Hilfe der Abstimmungsliste genau zu kontrollieren war, wie die Wähler gestimmt hatten! Hiergegen protestierte Genosse Kresse. Wolter erwiderte: Das kümmert Sie gar nichts. Da griff ein anderer Genosse so in die Auberis hinein, daß die Reihenfolge verändert war. Der Wahlvorsteher schlug diesem Behinderer der Urkundensäufung ins Gesicht, kam hierbei dem Tisch zu nahe und warf die Lampe um. Hierauf rief er: Wachtmeister ziehen Sie blau und schlagen Sie zu! Der Gendarm Kerkel schlug hierauf blindlings auf zwei völlig unbeteiligte Zuschauer los. Dem Genossen Hornig, einem älteren, sehr ruhigen, besonnenen Mann, brachte er eine schwere Wunde am Hinterkopfe bei und schlug ihn dann mit dem Säbel noch über den Rücken, so daß hier eine tiefe Fleischwunde entstand. Alle Zuschauer wurden dann aus dem Lokal gewaltam entfernt, mit Ausnahme des Gendarmen und des Genossen Kresse. Dann wurde die Tür verschlossen. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde dann das Resultat ermittelt. Die Öffentlichkeit wurde erst nach wiederholtem Protest des herbeigeschickten Genossen Grünberg, der mehrmals Einlaß begehrte, wieder hergestellt.

Der Wahlvorsteher selbst erklärte am Abend, es täte ihm leid, daß gerade der Mann, der sich absolut ruhig verhalten habe, verletzt sei. Es sei nun aber mal geschehen.

Die Staatsanwaltschaft wird gegen den Wahlvorsteher und die Besucher, die die Listen führten, Anklage wegen verübter Verletzung der Geheimhaltung der Wahl, bezüglich wegen Wahl- und Protokollsäufung, und gegen den Gemeindevorsteher Wolter außerdem wegen schwerer Körperverletzung unter Mißbrauch seiner Amtsgewalt einzuschreiten haben.

Sicherung der Beamtenrechte.

Der Zentralverband der bayerischen Gemeindebeamten beschloß in zwei Vertrauensmännerkonferenzen, die sich mit der Befragung der Landtagskandidaten wegen ihrer Stellungnahme zum kommenden Gemeindebeamtenengesetz beschäftigten, die Forderung zu erheben, es dürfe kein Kandidat unterstellt werden, der sich nicht offen und risikofrei dafür ausspricht, daß er für Gleichstellung der Gemeinde- und Polizeibeamten in bezug auf politische Freiheit, Freizügigkeit, Gehalt, Pension und Disziplinarrecht mit den Staatsbeamten eintritt.

Muß dem Ueberwachenden in Versammlungen Sitzgelegenheit beschafft werden?

Mit dieser Angelegenheit hatte sich das königliche Schöffengericht zu Trebnitz i. Schl. zu befassen. Am 14. Dezember v. J. fand dort eine von den Sozialdemokraten einberufene Wählerversammlung statt, die außerordentlich stark besucht war. Alle Sitzgelegenheiten waren vergriffen und viele Versammlungsbesucher mußten deshalb stehen. Dem kurz vor der Eröffnung zur Ueberwachung erscheinenden Polizeikommissar konnte der Versammlungsleiter weder einen angemessenen Platz, noch eine Sitzgelegenheit anweisen. Die Folge war ein Strafmandat über 15 M., gegen das aus

prinzipiellen Gründen Einspruch erhoben wurde. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht wollte der Polizeikommissar unter „angemessenem Platz“ auch Sitzgelegenheit verstanden wissen. Das Gericht war anderer Meinung. In der Begründung führte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Ulrich, aus, daß ein die Versammlungen Ueberwachender Beamter durchaus kein Recht habe, vom Leiter der Versammlung eine Sitzgelegenheit oder gar einen Tisch zu verlangen. Wenn der Beamte eine Sitzgelegenheit haben will, dann muß er sich dieselbe entweder selbst mitbringen oder durch dritte Personen besorgen lassen. Wegen Nichtbeschaffung einer Sitzgelegenheit kann eine Beurteilung nicht erfolgen, wohl aber deswegen, weil der Leiter dem Ueberwachenden den Platz nicht ausdrücklich angewiesen hat. Das mußte mit 5 M. gesühnt werden.

Oesterreich.

Kehrenthal geht.

Der Minister des Aeußern, Graf Lega v. Kehrenthal, wird, wie die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ erfährt, sein Amt in den nächsten Tagen niederlegen und zwar wirklich wegen schwerer Krankheit und trotz des Vertrauens des Kaisers und der Feindseligkeiten der Thronfolgerpartei.

Rußland.

Verbrüderung des englischen und russischen Kapitals.

Seit der politischen Annäherung zwischen Großbritannien und Rußland, die 1907 mit dem Vertrag über die Abgrenzung der Einflußsphären in Vorderasien eingeleitet wurde, haben einflußreiche Kreise der Politik und der Hochfinanz in beiden Staaten energische Anstrengungen gemacht, um auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine Annäherung zwischen den beiden Entente-Mächten herbeizuführen. Die von Sir Edward Grey inaugurierte Politik lief darauf hinaus, Rußland wieder zu einer Großmachtstellung zu verhelfen, um es in dem Konkurrenzampfe gegen Deutschland auf seiner Seite zu haben. Und die englische Hochfinanz unterstützte diese Bestrebungen, da sich ihr in dem gedachten interrevolutionären Rußland ergiebige Profitquellen eröffneten. Die bankrotte russische Regierung suchte diesen Stimmungsumschwung nach Kräften zu fördern, und der Zar beehrte sich, nach England zu reisen und in höchst eigener Person für die finanzielle Annäherung zwischen der Londoner City und „seinem“ pumpbedürftigen Staate Stimmung zu machen. In dieser Absicht hieb auch die Deputation der bürgerlichen Dumaabgeordneten, die 1906 nach England reiste, um für die Annäherung an den Zarismus Neklawe zu machen. Damals schenken sich auch nicht die Vertreter der liberalen Opposition, mit Professor Michulow an der Spitze, an dieser schmachvollen Farce teilzunehmen, um sich vor der europäischen öffentlichen Meinung als „Sr. Majestät Opposition“ ausgeben zu können. Der feige völkerräuberische Charakter des durch die Kadettenpartei repräsentierten russischen Imperialismus war dadurch schlagend erwiesen und sein Kredit in den Volksmassen gründlich untergraben. Dafür aber waren die Interessen der englisch-russischen Kapitalverbrüderung gerettet, die seitdem in der Vorkampagne Rußlands und Englands, vor allem in der Londoner „Times“, wahre Orgien gefeiert hat.

Die politischen Ereignisse verhinderten es in den verflochtenen zwei Jahren, daß der Englandbesuch der Dumaabgeordneten von den englischen Parlamentariermitgliedern erwidert wurde. Aber länger als bis zu diesem Jahre konnte der Besuch nicht aufgeschoben werden, da nach einigen Monaten die Sterbestunde der dritten Duma schlug. Inzwischen ließ sich trotz aller Bemühungen der interessierten Kreise gerade jetzt ein solcher Besuch nicht in Szene setzen. Die Hunnenpolitik des offiziellen Rußlands in Persien, die Annebelung Finnlands und endlich das aggressive Vorgehen Rußlands in der Mongolei hat nicht nur die englische Demokratie gegen den Zarismus mobil gemacht, sondern auch einflußreiche Kreise der liberalen Partei, vor allem die durch die Erfahrung Rußlands in Vorderasien geschädigte Handelsbourgeoisie gegen die ruffreundliche Politik des Ministeriums aufgebracht. „Noch unlängst schrieb die „Nation“, die führende liberale Wochenchrift, indem sie alle Sünden der Gresham Politik zusammenfaßte: „Wir lieben Rußland Geld, und das Resultat war, daß die Duma zerstört wurde. Wir garantierten die Unabhängigkeit Persiens, und Rußland besetzte drei Viertel des Landes. Wir feierten hier die russischen Abgeordneten, und die russische Regierung zerstörte die Freiheiten Finnlands. Wir nahmen Rußland mit in die alte Gruppe auf, die die Unabhängigkeit Chinas garantierte, und Rußland nahm sich die Mongolei. ... Die besten Leute Rußlands sind noch immer in Sibirien oder im Gefängnis. Trotzdem konnte man in Petersburg solche Erfolge erreichen.“ Angesichts dieser Stimmung in den führenden liberalen Kreisen, die durch die Protestbewegung gegen die persische Politik noch verschärft worden ist, konnte eine Deputation des englischen Parlaments nach Rußland nicht zustande kommen. Die Deputation, die in diesen Tagen in Petersburg eintrifft, kann keineswegs als Vertreterin des englischen Parlaments oder gar des englischen Parlaments oder gar des englischen Volkes angesehen werden. Ihr gehören die Vertreter verschiedener Körperschaften an, vor allem aber die Repräsentanten des englischen Vorkapitals, das — wie der frühere Sekretär des russischen Empfangskomitees in London, Sir W. Scott, in der „Times“ feststellte hat — an dem Bau der transpersischen Bahn interessiert ist. Das englische Kapital sendet seine Leute nach Rußland, um in trautem Einvernehmen mit dem Zarismus sein Profitinteresse zu fundieren. Es versteht sich von selbst, daß die arbeitenden Massen Englands und Rußlands dieser Verbrüderungskomodie vollkommen fernstehen. Die Vertreter des englischen und russischen Proletariats haben vor zwei Jahren gegen die schmachvolle Mission der Dumaabgeordneten in England lauten Protest erhoben. Sie werden auch jetzt ihre Stimme erheben und den verräterischen Charakter der jetzt eingeleiteten Farce vor dem Volke entlarven.

Petersburg, 26. Januar. Die aus Parlamentariern, Industriellen, Kaufleuten und Journalisten bestehende englische Deputation ist heute, aus London kommend, hier eingetroffen. Abends fand in der englischen Volkshaus ein Diner statt, bei dem Ministerpräsident Kolochow und der englische Vorkapitalherzliche Trinksprüche wechselten.

Hungerrevolten in Rußisch-Polen.

Fünftausend arme Juden in Warschau haben vor einigen Tagen, durch die Not und Arbeitslosigkeit zur Verzweiflung getrieben, vor dem Gebäude der Gemeindeverwaltung Protest erhoben gegen die ungeheuerlichen Maßnahmen der Gemeindeverwaltung, die die Armenunterstützungen noch mehr herabgedrückt hat. Diese Haltung der Verwaltung, die angefaßt der zunehmenden Teuerung wie blutiger Hohn erschien, führte schließlich zu turbulenten Szenen. Die Menge drang in das Gemeindehaus ein, Polizei wurde herbeigeschickt, und das Ergebnis waren zahlreiche Verhaftete und Verwundete. Trotz dieser Maßnahmen, der einzigen, die die russische Administration gegenüber den Hungernden unternimmt, dauern die Unruhen fort. Tausende Männer und Frauen besetzen das Gemeindehaus und bitten um Brot.

Gewerkschaftliches.

Der Staat als Unternehmer.

Den Arbeitern der preussischen und der sächsischen Staatsbahnen wird von den Regierungen bekanntlich nicht nur das Koalitionsrecht rundweg abgebrochen, es wird ihnen auch jede Beteiligung an sozialdemokratischen Bestrebungen bei Strafe sofortiger Entlassung verboten. So wurden kurz vor der Reichstagswahl die Eisenbahnarbeiter durch die bekannten Verfügungen für „nationale“ Stimmabgabe zu beeinflussen gesucht, nachdem ihnen verschiedentlich kleinere Lohnzulagen gemacht worden waren. Die sächsische Eisenbahnverwaltung gewährte eine Lohnzulage von 20 Pf. pro Tag ab 1. Oktober 1911 und diese Zulage bezichtigte der Finanzminister v. Sendewitz im sächsischen Landtag als weitgehende Vergünstigung. Inzwischen haben aber die Werkstattdarbeiter die Erfahrung machen müssen, daß die Lohnzulage für sie gar nicht in Frage kommt, denn es wird jetzt fortwährend an den Stückpreisen „reguliert“, so daß nach der Lohnzulage zum Teil weniger verdient wird als vorher. Aber selbst bei den Betriebsarbeitern und bei den Arbeitern der Bahnmeistereien bildet diese Lohnzulage nur einen Tropfen auf einen heißen Stein. Von den Arbeitern wird immer höhere Arbeitsleistung verlangt und ihre Bezahlung wird schlechter statt besser. Man betrachte nur folgende Zahlen, die dem statistischen Bericht der sächsischen Staatsbahnen für 1910 entnommen sind. Die Gesamteinnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr betragen: 167 656 246 M. im Jahre 1909 und 179 087 253 M. im Jahre 1910. Auf einen Kilometer mittlerer Betriebslänge kamen 1909: 51 202 M., 1910: 54 014 M. Das ist eine ganz enorme Steigerung des Verkehrs. Trotzdem wurde das Personal nicht wesentlich vermehrt und die Gesamtsumme an Lohnausgaben ist von 1909 zu 1910 nur um etwa 2 1/2 Millionen gestiegen; sie betrug aber im Verhältnis zur Gesamteinnahme 1909 20 Proz. und 1910 nur 19 Proz., während die Ueberschüsse von 25,50 Proz. im Jahre 1909 auf 29,05 Proz. im Jahre 1910 im Verhältnis zur Gesamteinnahme gestiegen sind. Der Ueberschuß betrug 1909 42 757 497 M. und 1910 52 033 733 M. Das Jahr 1911 brachte nun eine weitere gewaltige Steigerung des Verkehrs und damit eine ungeheure Mehrbelastung des Personals.

Aus dem statistischen Bericht ist weiterhin aber auch ersichtlich, daß die Löhne der unteren Eisenbahner gänzlich unzureichend sind. So beträgt der durchschnittliche Tagesverdienst im Jahre 1910 (vom 1. Oktober 1911 ab kommt dazu durchschnittlich 20 Pf. Zulage) für die Baunterhaltungsarbeiter 3,03 M., bei der Bahnbewachung sogar nur 2,72 M., bei den Neubauämtern 3,26 M., beim Zugbegleitungsdiens 3,24 M., bei den Werkstattdarbeitern im Zeitlohn nur 3,69 Mark, im Stücklohn 5,48 M. Der Durchschnittsverdienst sämtlicher Arbeiter, deren Zahl sich auf rund 30 000 beläuft, wird auf 3,46 M. pro Tag angegeben. Bei solch geringem Lohn muß das Personal, mit Ausnahme der Arbeiter in den Hauptwerkstätten, deren Arbeitszeit täglich 9 Stunden beträgt, wöchentlich bis zu 14 1/2 Stunden Dienst leisten. Nicht mehr als 56 Stunden durchschnittlich pro Woche arbeiten nur 4,78 Proz., über 56 bis 63 Stunden 4,34 Proz., über 63 bis 70 Stunden 2,68 Proz., über 70 bis 77 Stunden 67,54 Proz., über 77 bis 84 Stunden 19,29 Proz., über 84 bis 91 Stunden 7,17 Proz. und mehr als 91 Stunden wöchentlich noch über 4 Proz. Das ist eine ungeheuerliche Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, und die Lage der sächsischen Eisenbahnarbeiter ist nach diesen amtlichen Riffen eine tief traurige. Dazu kommt aber noch die Entretzung und die oft schimpfliche Behandlung des unteren Personals durch die Vorgesetzten. Wenn trotzdem ein solcher Geist, wie er sich wieder gelegentlich der Reichstagswahlen bei den sächsischen Eisenbahnern offenbart hat, die große Mehrheit des bedrückten und abgeraden Personals beherrscht, so ist das ein gutes Zeichen des erwachenden Klassenbewußtseins der Eisenbahner. Denn diese Arbeiter in der nächsten Zeit die Augen auf den sächsischen Landtag richten, so wissen sie wohl, daß sie Vertretung ihrer Interessen nur von der Sozialdemokratie zu erwarten haben. Sie wissen aber auch, daß sie vom Parlament allein das Heil nicht erwarten dürfen, sondern daß sie gleich ihren Arbeitsbrüdern in der Industrie und im privaten Verkehrs- und Transportgewerbe in der freien gewerkschaftlichen Organisation für eine bessere Lebenshaltung kämpfen müssen. Das wissen sie wohl. Der Staat aber, der sie ausbeutet bis aufs äußerste, entzieht ihnen das Recht der Koalition. Deshalb richtet sich ihr Kampf zunächst auf die Erringung des Koalitionsrechts und in diesem Kampfe verdienen die Eisenbahner die weitgehendste Unterstützung und Förderung durch die organisierten Arbeiter.

Berlin und Umgegend.

Die gelbe Plage bei Ludwig Lötze.

Um den nur allzu berechtigten Forderungen der organisierten Arbeiterschaft einen Damm entgegenzusetzen, hat das selbst sehr mächtig organisierte Unternehmertum schon zu den bergweirtesten Mitteln gegriffen, allerdings ohne sein Ziel zu erreichen. Einen besonderen Erfolg versprach man sich von der Gründung einer gelben Gewerkschaft. Die Metallindustrie wurde vornehmlich von diesem Weisheitsfieber infiziert und hier in Berlin sind es die größten Firmen wie Siemens und Lötze, in deren Betrieben die gelbe Organisation kreidensüchtig gegähelt wird. Die Art, wie diese gelbe Gewerkschaft, genannt Werkverein, entstanden ist und sich, wenn auch recht kläglich, entwickelt, bietet vorzügliches Material bei kommenden Vorlagen für Ausnahme- und Justizhofgesetze. Als vor zwei Jahren im Löwischen Betriebe die Gründung dieses Werkvereins erfolgte, mußte sich jeder Neueintretende durch Unterzeichnung eines Reverses verpflichten, keiner Organisation anzugehören, die Streikunterstützung ausspricht usw. Die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter wurden teilweise gezwungen, diesem sogenannten Werkverein beizutreten. Sträubten sie sich, so folgte in der Regel die Entlassung. Der Arbeiterausschuß wurde daraufhin vorstellig und verlangte im Namen der Arbeiterschaft, daß dieses Kreiben zu unterbleiben habe und bei der Einstellung niemand gefragt werden dürfe, welcher Organisation er angehört und niemand eine Unterschrift zu leisten brauche, die den Eintritt in den Werkverein begreift. Die Direktion erklärte damals dem Arbeiterausschuß kurz und bündig, sich in dieser Hinsicht keinerlei Vorschriften machen zu lassen. Daraufhin legten die Arbeiter des Spezial-Maschinenbaues am 18. März 1911 die Arbeit nieder. Es folgten mehrere Verhandlungen und nach längerem Sträuben ließ sich die Direktion zu dem Zugeständnis herbei, daß von den Arbeitern keine Unterschrift mehr verlangt werde und die Beamten und Vorarbeiter des Betriebes keine Propaganda für den gelben Werkverein machen dürften. Dadurch waren die Differenzen erledigt und die Arbeiter nahmen die Arbeit wieder auf. Bald jedoch begann das Spiel von neuem, es wurden Unterschriften „gesammelt“ und die gelben Agitatoren agitierten fröhlich drauf los. Um nun die Durchführung der Vereinbarungen mit der Direktion zu sichern, veranw. Redakteur: Albert Wad, Berlin. Inseratenteil verantw.:

legten die Arbeiter des alten Maschinenbaues am 4. Mai die Arbeit nieder. Bei den nun stattfindenden Verhandlungen erklärte der Herr Direktor W. A. Schmidt namens der Direktion schriftlich, daß die Vereinbarungen, die im März zwischen den beiden Parteien getroffen wurden, noch zu Recht beständen und er, der Direktor, jeden Beamten, der dagegen verstöße, zur Rechenschaft ziehen werde. Die Arbeiter schenkten der Versicherung abermals Vertrauen und beendeten den Streik. Wenn sie aber glaubten, jetzt Ruhe zu haben, so mußten sie bald einsehen, daß sie sich getäuscht hatten. Trotz der zweimaligen schriftlichen Versicherungen mußten sie sehen, daß durch die Beamten und bezahlten Agitatoren weiter ein Zwang auf die Arbeiter ausgeübt wird. In einer Versammlung, die am 19. d. M. stattfand, wurde eine Resolution angenommen, in der das Verhalten der Direktion gemißbilligt und eine fünfgliedrige Kommission beantragt wurde, zum dritten Male auf die Durchführung der zweimal schriftlich gegebenen Zusicherung zu dringen. Auch wurde betont, daß jede Agitation und jeder Zwang zu unterbleiben habe. Es wurde aber auch noch weiter erklärt, daß die Versammlung den seitens der Direktion während der Aussperrung gewählten gelben Ausschuß nicht anerkennen könne, und so lange die gewählte Kommission als ihre Vertretung betrachte, bis ein neuer Arbeiterausschuß gewählt sei. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Am Donnerstag fand nun in den Prachtssälen Nordwest, Wilschstr. 24, eine außerst stark besuchte Betriebsversammlung aller bei der Firma L. Löwe u. Cie., A.-G., beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, die sich mit der Antwort der Direktion und der weiteren Stellungnahme beschäftigte. Die Direktion hatte der Kommission folgendes Antwortschreiben zukommen lassen:

Auf das Bescheid vom 19. d. M. erwidere ich, daß nach § 41 der Arbeitsordnung die offizielle und einzige Vertretung der gesamten Arbeiterschaft der Arbeiterausschuß ist, nicht aber eine von einem Teil der Arbeiterschaft gewählte Kommission. Ich stelle anheim, ihre Beschwerde entweder durch den derzeit im Amte befindlichen Arbeiterausschuß, oder durch den Arbeiterausschuß der aus den Wahlen vom 29. d. M. hervorgehen wird, vorzubringen.

Inzwischen habe ich bereits in der Betriebskonferenz vom 20. d. M. Ihre Beschwerde zur Kenntnis der Herren Werkstättenleiter und die von Ihnen in bezug genommene Abmachung in Erinnerung gebracht.

Folgt Unterschrift.

Nachdem in der Versammlung dieses Schreiben verlesen war, nahm Hand L. das Wort zu einer kurzen Darstellung des Sachverhalts. Nachdem der jetzige Vorstand der Betriebskassenkasse, der zugleich den Arbeiterausschuß darstellt, von der übergroßen Mehrheit der Arbeiterschaft bei Löwe als Vertretung nicht anerkannt worden sei, habe die letzte Versammlung eine Kommission gewählt, die jedoch von der Direktion nicht empfangen wurde. Die Löwischen Arbeiter bedankten sich dafür, den jetzigen gelben Ausschuß als ihre Interessenvertretung zu betrachten. Das habe die Direktion schon bei der Abfassung des Schreibens auch gewußt. Dieser Ausschuß sei nicht von Arbeitern gewählt, sondern von Gnaden der Firma bestimmt. Weil die Firma nun dieses wußte, habe sie in ihrem Schreiben auch anbegehrt, den Ausschuß, der aus der Wahl am 29. Januar hervorgeht, mit der Vertretung der Forderung zu betrauen. Die Vereinbarungen mit der Direktion bestehen auch heute noch zu Recht. Dies bestätigte die Direktion in ihrem Schreiben, indem sie darin mitteilt, daß sie den Werkstättenleitern ihre damaligen Maßnahmen nochmals zur Kenntnis gebracht habe. Es werde sehr wichtig sein, in den nächsten Tagen festzustellen, in wie weit die Ermahnung gescheitert hat. Die Firma werde schon es anhaben, daß die übergroße Zahl ihrer Arbeiter von dem gelben Verein nichts wissen will. Mit Urlaub als Vorbedingung soll ein Teil der Arbeiter dahingebacht werden, daß am 29. Januar ihre Stimme denen zufällt, die der Direktion angenehm sind. Der Urlaub besteht darin, daß wer 5 Jahre im Betrieb ist, 3 Tage, und wer 10 Jahre im Betrieb ist, 6 Tage frei bekommen soll bei fortlaufendem Gehalt. Aber nur wer ununterbrochen in dieser Zeit im Betriebe ist, soll diese Vergünstigung erhalten. Die Arbeiter wissen aber, daß eine Unterbrechung der Arbeitsdauer schon rechtzeitig eintreten werde. Am 29. Januar sollten die Arbeiter der Direktion die richtige Antwort erteilen.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Redners bekräftigt und noch ergänzt. Die gelbe Agitation im Betriebe werde strotz betrieben, die Löhne seien zum Teil sehr gering, Überstunden mühten laut Beschluß verweigert werden. Alle Leute hätten gesagt, wenn sie nicht in den gelben Verein eintreten, habe die Firma keine Arbeit mehr für sie. Hand L. nahm noch einmal das Wort und ging unter anderem auch auf die Firsch-Dunderschen ein. Diese fühlten sich nicht stark genug, eine Liste durchzubringen und hätten deshalb beschlossen, sich der Stimme zu enthalten. Jede Stimmenthaltung sei aber eine Stärkung der Gelben und ein Vorteil für die Direktion. Er nehme an, daß die Mitglieder des Firsch-Dunderschen Gewerkschafts sich nicht an die Parole lehren werden. Weiter warnte Redner vor dem kollegialen Verkehr mit den Gelben. Wer nicht mit und sei, sei gegen uns. Unter den Firsch-Dunderschen gäbe es manchen, der seinem Fühlen und Denken nach zu der freien Arbeiterschaft gehört. Nur der wirtschaftliche Zwang bringe sie dazu, uns fern zu bleiben.

Auch sollten sich freie Gewerkschaftler nicht dazu hergeben, Kofonnenführer zu werden und gelbe Jügelinge auszubilden, wie man schon versucht habe. Mit einem nochmaligen Appell, bei der Wahl des Ausschusses am 29. Januar die volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun, schloß der Redner die Versammlung.

Um den Vöttcher-Tarifvertrag.

Dem Effigfabrikanten W. Timmer, Wäldingstr. 8, scheint die Organisation ein Dorn im Auge zu sein. Um nicht durch organisierte Vöttcher belästigt zu werden, hat dieser Herr es fertig gebracht, einen Familienbater, der über fünf Jahre im Betrieb als Vöttcher beschäftigt war, kurz vor Weihnachten angeblich wegen Betriebs-einschränkung zu entlassen. Jetzt klagt Herr Timmer nächste Vöttcher durch die „Morgenpost“: — Der Vöttcher-Tarifvertrag sowie der Arbeitsnachweis, den jeder Kleinmeister anerkennt, existiert für diesen Herrn nicht. Die im Betrieb beschäftigten Arbeiter und Vöttcher werden schlecht entlohnt. Die Arbeitszeit für Vöttcher beträgt täglich 10 1/2 Stunden. Da Herr Timmer den Vöttchertarif nicht anerkennen will, ist diese Effigfabrik für Vöttcher gesperrt.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Werkstattdarbeiter bei der deutschen Waffen- und Munitionsfabrik Wittenau.

Die im Verband der Bureauangestellten organisierten Werkstattdarbeiter dieses Betriebes traten Anfang Januar in eine Lohnbewegung ein und verlangten Erhöhung des Anfangsgehalts von 18 M. auf 24 M. pro Woche, steigend bis zum Höchstgehalt von 36 M. pro Woche; ferner Klarstellung der Rechtsverhältnisse, insbesondere bezüglich der monatlichen Kündigungskfrist, Bewilligung eines Sommerurlaubs von 3—14 Tagen, steigend mit der Dauer der Dienstzeit. Es kam zur Verhandlung mit der Direktion und wurde dabei folgendes vereinbart: Erhöhung des Gehalts von 18 M. auf 22 M. pro Woche, steigend bis zu 34 M. Die monatliche Kündigungskfrist für sämtliche Angestellten, Urlaub wird gewährt: bei ein- bis dreijähriger Beschäftigung eine halbe Woche und über drei Jahre eine Woche.

Deutsches Reich.

In der Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik A.-G. vorm. B. v. Pittler, Wahren u. Co., Leipzig, sind wegen des terroristischen Vorgehens der Direktion Differenzen ausgebrochen. Diese Firma verfuhr mit allen Mitteln, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu verweigern, sie versuchte, eintretende Arbeiter zum Eintritt in den gelben Werkverein zu zwingen und fordert gleichzeitig den Austritt aus der Gewerkschaft und aus der politischen Organisation. Außerdem wurde einem Teil der Arbeiter eine verächtliche lange Kündigungskfrist aufgedrängt, zu welchem Zweck läßt sich leicht erarten. Dazu sagt jetzt die Firma in Leipzig und namentlich auch in auswärtigen bürgerlichen Blättern Arbeiter, zunächst Werkzeugmacher.

Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt

Sie hat auch schon etliche Metallarbeiter entlassen, die aus dem gelben Werkverein, in den sie hineingepreßt worden waren, wieder ausgetreten sind. — Die Leipziger Metallarbeiter ersuchen deshalb, Arbeitsangebote der Firma abzulehnen.

Mechaniker, Tischler, Buchbinder! Die Metall-Fabrikwerke in Sonthelm bei Heilbronn haben ihre sämtlichen Arbeiter wegen geringfügiger Differenzen plötzlich entlassen. Die Firma sucht nun durch unzählige Inserate und durch Streifbroschüren in allen Gegenden Mechaniker, Tischler und Buchbinder. Die Angeworbenen haben hier schon große Enttäuschungen erlebt und viel Schaden erlitten. Falls deshalb kein Arbeiter auf diese Gesuche herein. Helfe jeder mit, den Bezug fern zu halten.

Deutscher Metallarbeiterverband, Vertretungsstelle Heilbronn.
Der Streik der Konfektionsarbeiter in Aschaffenburg ist beendet und ein Tarifvertrag mit der Organisation der Konfektionäre abgeschlossen worden.

Ausland.

Die Metallarbeiteraussperrung in Prag

Ist aus dem Kampf um die neue Arbeitsordnung hervor-gegangen, die grundlegende Änderungen bestehender Kollektivverträge enthält. Ihr Hauptvorzug aber ist, daß sie indirekt und heimtückisch die Arbeiter zwingen will, Akkordarbeit für einfachen Stundenlohn zu leisten. Nachträgliche Verminderung von Lohnzahlungen, durch die sich der Arbeiter benachteiligt fühlt, soll unzulässig sein! Der Kampf wird gemeinsam von Zentralisten, Separatisten, Nationalen und Christlichen geführt.

Landarbeiterstreik in Portugal.

In Portugal streiken etwa 50 000 Landarbeiter in 21 Ort-schaften. Zwischen den Ausständigen und der republikanischen Garde kam es in Évora zu blutigen Zusammenstößen, wobei ein Arbeiter getötet und viele verwundet wurden. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den verhafteten streikenden Landarbeitern be-fanden sich auch die Anführer der Aufstandsbewegung. Am Donner-tag fand eine Versammlung aller Syndikate in Lissabon statt, um die Proklamation des Generalstreiks zu beraten. Der Streik ge-winnt immer mehr an Ausdehnung.

Letzte Nachrichten.

Sozialdemokratischer Kommunalwahlsieg.

Wolfsbüttel, 26. Januar. (Fig. Tel. des „Vorm.“) Bei der heutigen Stadiverordnetenwahl wurden die Genossen Schelz mit 518, Scheerle mit 480 Stimmen gegen 287 bzw. 309 bürgerliche Stimmen gewählt.

Beilegung des italienisch-französischen Zwischenfalls.

Paris, 26. Januar. Der Kabinettsrat ist heute nachmittags 7 Uhr im Ministerium des Äußeren unter dem Vorsitz Poincaré's zusammengetreten, um die Antwort des französischen Vorkonfers in Rom Barrère zu prüfen. Die Minister erklärten, als sie sich zurückzogen, der französisch-italienische Zwischenfall sei zur Zufriedenheit beider Länder beigelegt.

Ein italienischer Mißerfolg.

Konstantinopel, 26. Januar. Nach amtlichen Meldungen kom-bardierten die Italiener die Häfen Biol und Sulciman bei Derna und versuchten eine Landung. Der Versuch scheiterte jedoch an dem Widerstand der Türken und Araber.

Schon wieder eine Dampferbeschlagnahme.

Marseille, 26. Januar. (B. L. W.) Wie der Compagnie Riphe aus Tunis telegraphiert wird, ist der Dampfer „Languanno“ nach einer Weile angehalten und beschlagnahmt worden. Wie die Gesellschaft erklärt, verfuhr der Dampfer den Postdienst an der tunesischen Küste.

Die Revolte der Italiener in Differdingen.

Luzemburg, 26. Januar. In der heutigen Sitzung der De-puatiertenkammer gab, wie die „Luzemburger Zeitung“ meldet, der Staatsminister Eyschen eine Aufklärung über die Vorkommnisse in Differdingen, wo mehrere hundert Arbeiter der Deutsch-Luzemburger Bergwerk- und Hütten-Aktiengesellschaft sich im Aufstand befinden. Nach den dem Minister vorliegenden noch unkontrollierten Nachrichten scheinen sich die Ausständigen vor dem Eingang des Werkes versammelt zu haben, um zu verhindern, daß die Arbeiter drinnen Essen erhielten. Es kam zu einem Zusammenstoß, wobei auf beiden Seiten geschossen wurde, ein junger Deutscher getötet und zwei andere Arbeiter verwundet wurden. Dann drangen die Italiener ein und schossen durch ein Fenster in das Bureau, wo der Verwaltungsrat versammelt war. Von Luxemburg sind 50 Mann des Freiwilligenkorps abgegangen. Um 3 Uhr telegraphierte der Bürgermeister von Differdingen, der Aufstand hat revolutionären Charakter angenommen, die Gendarmerie wird überlaufen. Die Ausständigen sind 500 Mann stark. Sie haben die Tore des Werks erbrochen; es wurde mit Steinen geworfen und Revolver-schüsse abgegeben. Zwei Mann sollen tot und zwei verwundet sein. Es wird dringend militärische Hilfe verlangt. Der Fall ist sehr ernst. Der Staatsminister fügte noch hinzu, daß der italienische Konsul sofort nach Differdingen gefahren sei.

Buchdruckerstreik in Brünn.

Brünn, 26. Januar. (B.-C.) Infolge Lohn Differenzen zwischen den Buchdruckerbesitzern und dem Maschinenpersonal in einigen hiesigen Etablissements dürfte bereits morgen ein allgemeiner Ausstand in den Buchdruckereien erfolgen. Man nimmt an, daß den Zeitungen seitens der Arbeiterschaft das Erscheinen un-möglich gemacht wird.

Der Bergarbeiterstreik in der belgischen Kammer.

Brüssel, 26. Januar. (B. L. W.) Da die Grubenbesitzer im Borinage das von den streikenden Bergarbeitern vor-geschlagene Schiedsgericht auch heute trotz Vermittlungsversuche des Arbeitsministeriums wiederholt ablehnten, hat die Kammer heute auf Antrag der Sozialisten einstimmig eine Tagesordnung angenommen, in der der Wunsch aus-gesprochen wird, die Regierung möge auf eine baldige Lösung des Konfliktes dringen.

Anarchische Zustände in Peking.

Peking, 26. Januar. (Meldung des Neuenbüchischen Bureau.) Drei Bataillone kaiserliche Truppen mit zehn Gebirgsgeschützen und sechs Maschinengewehren haben Tjinanfu verlassen, entweder mit der Absicht, die Revolutionäre in Tschifu anzugreifen oder die Eisenbahn zu schützen. Der Vizekönig von Suifuang hat ge-meldet, er halte die dortigen kaiserlichen Truppen nicht für zu-verlässig. Die Panik unter den Chinesen in Peking dauert an, die Zutrigen im Palast und in der Regierung nehmen überhand.

Das Ende eines ehemaligen Volkslieblings.

Guanaquil, 25. Januar. (B. L. W.) Der revolutionäre General Montero, der heute vom Kriegsgericht zu 16 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, wurde nach der Urteilsverkündung von dem erbitterten Pöbel erschossen, sein Leichnam durch die Straßen geschleift, enthauptet und schließlich verbrannt. Die Er-zürung der Bevölkerung dauerte die ganze Nacht, an vielen Stellen der Stadt stießen Revolver-schüsse.

Gauf Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Der neue Reichstag.

Sozialdemokraten 110.

Preußen.

Stadtkreis Berlin.

- Berlin II Richard Fischer
Berlin III Wilhelm Pfannkuch
Berlin IV Otto Bückner
Berlin V Robert Schmidt
Berlin VI Georg Ledebour

Provinz Brandenburg.

- Nieder-Barnim Artur Stadthagen
Teltow-Beeskow Fritz Jubelil
Potsdam-Osthavelland Karl Dieblnecht
Brandenburg-Westhavelland Heinrich Pens
Rasau-Luskan Otto Wels
Kottbus-Spremberg Karl Siebel
Soran-Forst Oswald Schumann

Provinz Ostpreußen.

- Rönigsberg-Stadt Hugo Haase

Provinz Pommern.

- Stettin-Stadt Ewald Vogtherz
Radowitz-Greifenhagen Alwin Körsten

Provinz Schlesien.

- Breslau-West Eduard Bernstein
Breslau-Ost Gustav Bauer
Sriegau-Schweidnitz F. Feldmann
Waldburg Hermann Sachse
Reichenbach-Neurode August Kühn
Grünberg-Freystadt Georg Davidsohn
Görlitz-Lauban Paul Taubadel

Provinz Sachsen.

- Zerichow I und II Wilhelm Haupt
Magdeburg-Stadt Otto Landsberg
Wanzleben H. Silberschmidt
Alschersleben-Kalbe Adolf Albrecht
Alschersleben-Halberstadt Brandes
Bitterfeld-Delitzsch Gustav Raute
Saalkreis Halle Fritz Kunert
Naumburg-Weißeneck Adolf Thiele
Nordhausen Oskar Cohn
Erfurt-Schleusingen Heinrich Schulz

Provinz Schleswig-Holstein.

- Kiel-Rendsburg Karl Begien
Altona-Stormarn Karl Frohne

Provinz Hannover.

- Hannover-Stadt August Breh
Hameln-Linden Gustav Fischer
Hildesheim Friedrich Rauch
Einbeck-Northelm Karl Reichmann

Provinz Westfalen.

- Altena-Iserlohn Karl Spiegel
Hagen Max König
Dortmund August Erdmann

Provinz Hessen-Nassau.

- Höchst-Homburg Friedrich Brähne
Frankfurt a. M. Stadt Max Cuarc
Kassel-Melsungen S. Hüttmann
Eschwege-Schmalkalden G. Thöne
Hanau-Gelnhausen Gustav Hoch

Rheinprovinz.

- Köln-Stadt Adolf Hofrichter
Lennep-Remscheid Wilhelm Dittmann
Elsfeld-Darmen Fritz Ebert
Solingen Philipp Scheidemann
Düsseldorf Karl Haberland

Bayern.

- München II Georg v. Vollmar
Speyer Jakob Binder
Kaiserslautern Hoffmann
Hof Joseph Simon
Bayerath Karl Hugel
Nürnberg Albert Südekum
Erlangen-Fürth Martin Tegih
Ansbach-Schwabach Michael Hiel
Würzburg Franz Schmitt

Sachsen.

- Zittau Edmund Fischer
Bernstadt-Löbau Hermann Krätzig
Dresden-Neustadt August Raden
Dresden-Altstadt Georg Gradnauer
Dresden-Land Georg Horn
Meißen Richard Schmidt
Pirna Otto Nühle
Freiberg-Deberan Hermann Wendel
Döbeln-Rositz Karl Pinlau
Leipzig-Land Fritz Seyer
Nittweida-Burgstädt Daniel Stücklen
Chemnitz Gustav Noke
Meerane-Glauchau Hermann Wolfenbühne
Zwickau-Crimmitschau Wilhelm Stosse
Stollberg-Schneeberg Georg Schöpflin
Zschopau-Marienberg Paul Gähre
Annaberg-Schwarzenberg Ernst Grenz
Kirchberg-Auerbach Paul Lensch
Plauen Hermann Jädel

Württemberg.

- Stuttgart Karl Hiltenbrand
Cannstatt-Ludwigsburg Wilhelm Reil
Heilbronn-Beigheim Franz Feuerstein

Baden.

- Mannheim Ludwig Grant

Hessen.

- Darmstadt-Groß-Geran Ludwig Quessel
Offenbach-Dieburg Karl Ulrich
Erbach-Bensheim Ludwig Hasenzahl
Mainz Eduard David

Mecklenburg-Schwerin.

- Rostock-Dobruan Joseph Herzfeld

Sachsen-Weimar.

- Weimar-Arnolds August Vaudert
Jena-Neustadt Paul Leutert

Theater.

Neues Schauspielhaus: Fiat Justitia. Kriminal-groteske von Lothar Schmidt und Heinrich Jigenstein. Das Stück war gut empfohlen: Die Schöneberger Jury hatte die Aufführung verboten wollen. Inzwischen die Erwartungen, die sich an diese Vorgeschichte knüpften, gingen nur zum Teile in Erfüllung. Das Ziel, nach dem die Autoren die Pfeile der Satire schossen, war trefflich gewählt. Der Angriff galt der Klassenjustiz, die hohen Herrschaften gegenüber (man denke etwa an den Fall Eulenburg) von respektvoller Rücksichtnahme übersteht und gegen arme Teufel, lumpige Kamenlose so gern die sogenannte volle Strenge des Gesetzes walten läßt. Er galt dem öden juristischen Formalismus und polizeilich-bureaufreudischen Schikanen. Doch die Verfasser kamen nicht über einzelne epigrammatische Wendungen hinaus, die ebenso wie ihre wichtige Schlüsselstelle, vom Drum und Dran szenischer Ausprägung abgelöst, in knappen „Simplicissimus“-Format serviert, weit amüsanter, schneidiger hätten wirken können. Für eine lächerliche Grotteske von einigermaßen einheitlichem Stil reicht die Erfindung nicht. Es wird gerast, gedehnt, allerhand verdrehte Gewaltanteile müssen die Läden stoßen. Von feiner Verweispit man keinen Hauch. So fehlt dem farlatunistisch liebertreibenden die rechte Stimmungsregulation.

Im ersten Akte breitet der Herr Polizeipräsident — natürlich ein irgendwo im Ausland, in Serbien residierender — seine Weisheit aus. Ein umgekehrter Scherlock Holmes, der nie den Wald vor lauter Bäumen sieht und einen harmlosen Arrestanten nach einem nichtsförmigen Verhör für den Urheber des letzten sensationellen Mordes erklärt. Seine schneidende anulliche Erhabenheit verwandelt sich bei dem Besuche eines Grafen, der einen widerspenstigen Gutsarbeiter niederzermalte, in demütig zustimmende Ehrerbietung. Ansätze zur Satire, die sich indes zu keinem starken Eindruck runden. Das Gericht spricht über den unglücklichen Vurschen, der sich vergebens darauf beruft, daß der angeblich Ermordete, spurlos verschwundene sein bester Freund gewesen, das Todesurteil aus. Die breite Ausmalung dieser Szenen, die Pünktlich-mischung von allerhand Durcheinander verstimmt. Erst im dritten Akt, der in dem mit großen Paragrafenzeichen und dem Wilde einer schielenden Justitia geschmückten Saale des obersten Gerichtshofes spielt, gibt es dann schlagkräftige Krämpfe, gelächelt satirisch zugespitzte Liebercolungen. Der Revisionsantrag des Verurteilten wird mit allen Finessen, unter feierlichen Reden des Staatsanwalts und reichlicher Verteilung von Ordnungstrafen durch den Vorsitzenden, verhandelt. Klüglich stürzt der angeblich Ermordete herein. Er hat in Amerika von dem Prozeß gelesen und ist zurückgekehrt, um so durch sein Erscheinen die Unschuld des Freundes unwiderleglich zu beweisen. Aber für das töbliche Gericht, das die Urteile erster Instanz nur bei formalen juristischen Versehen annullieren darf, ist dieser Zeuge, auf Grund der vorliegenden Gerichtsakten. Lust. Gerichtsnotorisch ist er tot. Seine Existenz ist widerrechtlich und kann deshalb juristisch nicht bewiesen. Da kein Formfehler im Urteil vorliegt, muß es bestätigt werden! Nur die Fingigkeit des Advokaten, der im letzten Augenblick noch glücklich entdeckt, daß die Vornamen seines Klienten von der Anklage in un-

Braunschweig.

- Braunschweig-Stadt Wilhelm Blas
Holzminden-Gandersheim Otto Antrick
Sachsen-Meiningen.
Sonneberg-Saalfeld Paul Reißhand

Sachsen-Roburg-Gotha.

- Gotha Wilhelm Bodt.

Sachsen-Altenburg.

- Altenburg Anhalt. Hermann Käppler

- Deffau-Zerbst Wolfgang Heine
Bernburg-Wallenstedt Ferdinand Bender

- Schwarzburg-Rudolstadt Artur Hoffmann
Neuß ältere Linie Hermann Förster
Neuß jüngere Linie Emanuel Wurm

Hansestädte.

- Hamburg I August Webel
Hamburg II Heinrich Dieck
Hamburg III Wilhelm Mehger
Lübeck Theodor Schwarz
Bremen Alfred Heuke

Elßaß-Lothringen.

- Mülhausen Ludwig Emmel
Colmar Jakob Peiretos
Straßburg-Stadt Bernhard Wöhle
Straßburg-Land R. Fuchs
Metz Georg Weill

Zentrum 93.

Angerpointer. — Fior. — Veder (Arnberg 2). — Dr. Veder (Siegkreis). — Dr. Belzer. — Wilmshayer. — Holz. — Christant. — Dr. Dahlem. — Rohmann. — Engelen. — Erzberger. — Dr. Foh-bender. — Fehrenbach. — Dr. Ferber. — Graf v. Galen. — Gersten-berger. — Freiler. — Gleitsmann. — Gröber. — Gaudler. — Hartmann. — Haub. — Herold. — Dr. Freiherr v. Hertling. — Dr. Hige. — Horn (Reiffe). — Hubrich. — Jrl. — Dr. Jaeger. — Klose. — Kohl. — Krebs. — Krings. — Krig. — Dr. Vender. — Leser. — Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg. — Freiherr v. Massen. — Dr. Marconer. — Marx. — Dr. Mayhinger. — Dr. Mayer (Kaufbeuren). — Müller (Zulda). — Raden. — Pauth (Cochem). — Dr. Pfeiler. — Dr. Pichler. — Ponschab. — Richter. — Dr. Pieper. — Graf Praschma. — Dr. Pfeiffer. — Pöh. — Ranner. — Roeren. — Fürst und Altgraf zu Salzu-Reifferscheidt-Krauthaim und Hyd. — Reichs-graf Sandberg. — Capletta. — Schwarz. — Dr. Schaebler. — Schay. — Schelbauer. — Boerle. — Schiffer. — Schirmer. — Freiherr v. Kerkering. — Schüler. — Schwarz (Lippstadt). — Sei- — Sittart. — Dr. Spahn (Bonn). — Sped. — Sperlich. — Stamm. — Steinbl. — Diet. — Strzoda. — Stupp. — Thuman. — Freiherr v. Thünefeld. — Dr. Trendel. — Wallborn. — Well-stein. — Dr. Will. — Duffner. — Dr. Am Jehnhoff. — Dr. Zehner. Graf Dppersdorff. — Slowagki. — Giesberts. — Dr. Vell.

Fortschrittliche Volkspartei 45.

Wartskat. — Kopp. — Siehr. — Ruppel. — Leube. — Wald-stein. — Dr. Brabant. — Dr. Strube. — Dr. Hediger. — Fegter. — Kl. — v. Schulze-Wävernitz. — Dr. Haas. — Dr. Pachtke. — Dr. Wendorf. — Dr. Müller-Meiningen. — Dr. Reumann-Hofer. — Raempf. — Hoff. — Weinhäuser. — v. Payer. — Kerfsbaum. — Krömer. — Schweidhardt. — Rieching. — Gunser. — Kerchen-stein. — Hubrich. — Hausmann. — Pöhle. — Rifer. — Gothein — Ahhorn. — Heyn. — Traeger. — Dr. Mund. — Laug. — Winckel. — Dr. Doormann. — Brudhoff. — Abloh. — Dove. — Koch. — Fischel. — v. Litz.

gelehrter Reihenfolge angegeben sind, verdankt es dieser, daß er mit heiler Haut davontommt. — Geklopft wurde flott, die Aufnahme war freundlich.

Humor und Satire.

Geist und Witz des alten Fritz.

Alles hängt von dem Augenblick ab, in dem man auf die Welt kommt. Ein Alexander der Große, in unseren Tagen in Mazedonien geboren, wäre nur ein Lumpenkerl, und wenn Ludwig XIV. der Enkel Ludwigs XV. wäre, so würde er bei seiner Thronbesteigung mit einem Staatsbankrott debütieren, der ihm nicht gerade Ruhm eintragen würde. Die Talente allein genügen nicht, wenn nicht die Mittel da sind, sie zu betätigen. Wenn der große Condé Kapuziner-mönch gewesen wäre, so hätte er nie in Europa von sich reden gemacht; und wenn Voltaire als Bürger in der Bourgogne geboren wäre, hätte er seine „Henriade“ niemals geschrieben.

In einer schlechten Kirche werden wiederholt der Maria als Dankopfer dargebrachte Silberstücke gestohlen. Der Küster hat Verdacht auf einen Soldaten, der beim Gottesdienst immer der erste und der letzte ist. Man hält ihn an und findet solche Silberstücke bei ihm. Der Soldat leugnet: er habe sich in seiner Not an die Muttergottes gewandt und diese selber habe ihm dann die Silberstücke in sein Quartier gebracht. Er wird kriegsrechtlich verurteilt und das Urteil dem Könige zur Bestätigung vorgelegt. Der fragt einige katholische Geistliche, ob nach den Lehren ihrer Kirche ein solches Wunder möglich sei, was diese bejahen. Da schreibt der König unter das Urteil: „Der vorgebliche Hebelstater wird von der Strafe losgesprochen, da er zumal den Diebstahl zu leugnen beharrt, und nach der Erklärung der Theologen seiner Kirche das gewirkte Wunderwerk nicht unmöglich ist. Allein für die Zukunft verbiete ich ihm bei harter Strafe, weder von der heiligen Jungfrau noch von irgendeinem anderen Heiligen irgendetwas mehr anzunehmen.“

An den Kardinal von Singendorf, Bischof von Breslau: Der Heilige Geist und ich sind übereingekommen, daß der Prälat Schaff-gottsch Koadjutor von Breslau sein soll, und die von Ihren Dom-herrn, die sich dem widersetzen, sollen als Leute betrachtet werden, die dem Wiener Hofe und dem Teufel ergeben sind und die den böchsten Grad der Verdammnis verdienen, weil sie dem Heiligen Geist Widerstand leisten.

Randverfügung auf der Eingabe zweier Beamtenfrauen, der König möge entscheiden, welche von ihnen den höheren Rang habe: „Die größte Kärrin geht voran.“

Notizen.

— Vortragsabende. Am Sonntag, abends 8 Uhr, ver-anstaltet Gertrud Eysold im Veetshovenaal einen Vortragsabend, an dem sie Werke von Walt Whitman, Rilke, Prevoist, Schindhorn, Deutshold und Goethe rezitiert. — Am Sonntag, den 4. Februar, abends 8 Uhr, findet ein humoristischer Otto Ernst-Abend im Kindwirth-Scharpenka-Saal statt.

Kleines feuilleton

Die Cavalleria rusticana im Variet6. Der heftige Kampf zwischen den großen Londoner Variet6bühnen und den Theatern wegen der Verechtigung, Opernwerke im Variet6 aufzuführen, ist kürzlich durch eine Entscheidung der Behörden provisorisch geschlichtet worden. Während bisher in London eine Variet6nummer nicht länger als 30 Minuten spielen durfte, ist diese schematische Zeit-beschränkung aufgehoben. Im übrigen mußte man dem Variet6 das Recht zuerkennen, einzelne Szenen oder erheblich abgekürzte Fassungen von Schauspielen oder Opern aufzuführen zu dürfen. Aber die Aufhebung der 30 Minuten-Grenze scheint jetzt eine neue Aera im Variet6wesen Englands herauszuführen: Soeben hat Edward Koch mit Mascagni einen Vertrag abgeschlossen, der den italienischen Komponisten verpflichtet, die Cavalleria rusticana im Variet6, im Londoner Hippodrom, zu dirigieren. Es handelt sich nicht etwa um eine abgekürzte Aufführung der Cavalleria, sondern um eine Auf-führung des ganzen Werkes ohne Kürzungen, während die Vajazzi feinerzeit auf eine Aufführungsdauer von etwa einer halben Stunde zusammen-geschränkt war. Das dürfte der erste Fall sein, daß eine reguläre Oper, die an allen Opernbühnen der Welt gespielt wurde, unver-lürzt ins Variet6 überfiedelt. Und dieser für die gesamte Theater-welt bedeutende Fall wird wahrscheinlich nicht lange ohne Nachahmer bleiben. Mascagni erhält 40 000 Mark die Woche, wofür er täglich eine Nachmittags- und eine Abendvorstellung dirigieren muß; die Dekorationen werden nach den Wünschen Mascagnis in Mailand angefertigt und ebenso verpflichtet sich die Variet6direktion, einen Chor von 50 Stimmen nach den Wünschen Mascagnis in Italien zu engagieren. Das Orchester wird bei diesen Aufführungen aus 70 Mann bestehen; kurz, das englische Variet6 tritt hiermit end-gültig den Eroberungszug in die ureigenste Domäne der Opern-häuser an.

Ein Untergrundkanal. Ein eigenartiger Plan eines Kanalbanes erregt in der New Yorker Ingenieurwelt lebhaftes Interesse: die Stadt Jamaica auf Brooklyu bei New York soll durch einen Kanal mit der Flushing-Bai verbunden werden und man will dabei eine Wasserstraße schaffen, die von LaSalle bis zu 1000 Tonnen Güte verkehren können. Bei der Ausarbeitung des Planes stellte es sich heraus, daß ein offener Kanal unerwünschte Kosten ver-ursachen würde, weil die Bodenpreise abnorm hoch sind und weil man eine ungewöhnlich große Anzahl von Brücken bauen müßte, um die zahlreichen Straßen und Chaussees über den Kanal zu führen. Der neue Plan sieht nun einen Kanal vor, der freckenweise unter-tedisch geführt wird, also einen Untergrundkanal. Der Tunnel wird eine Breite von 60 Fuß haben, so daß zwei Lastkähne aneinander-passen können; die Wölbung über dem Wasserspiegel, also der freie Raum von der Hochwasserlinie bis zum oberen Rande des Tunnels, ist auf 45 Fuß bemessen. Die Kosten des eigenartigen Projektes sind von den Fachleuten auf rund 48 Millionen Mark ge-schätzt worden, während die Anlage eines gewöhnlichen Kanals so teuer sein würde, daß die Rentabilität des Unternehmens von vorn-herin ausgeschlossen wäre.

Nationalliberale 45.

Kafer. — Schlee. — Dr. Semler. — Wittum. — Held. — Hoppe. — v. Nächstofen. — Meyer. — Schulenburg. — Wartling. — Hepp. — Hestermann. — Paasche. — Baffermann. — Dr. van Calder. — Pügel. — Dr. Thoma. — Dr. Jund. — Mansenborn. — Kölsch. — Bed. — Zimmermann. — Lide. — Meje. — Dr. Quard. — Reinath. — Bärwinkel. — Vlt. — Strad. — Marquardt. — Jeller. — Goetting. — Hed. — Sieg. — Schwabach. — Schifferer. — Meyer. — Dr. Volkert. — Wamhoff. — Stöbe. — Hedmann. — Dr. Vöttger. — Dr. Ortman. — Prinz Carolath. — Dr. Veder.

Konservative 43.

v. Bieberstein. — v. Bonin. — v. Brodhausen. — v. Breder-Isow. — Graf v. Carnier. — Frommer. — Dr. v. Seydebrand und der Lase. — Graf v. Kaniy. — v. Kappengit. — Kretsch. — Kallewig. — v. Michaelis. — Kehl. — Niederlöhner. — v. Nor- mann. — Dr. Dertel. — zu Püllig. — Red. — Noth. — Rupp. — Graf v. Schmetzin-Köwig. — Siebenbürger. — Dr. v. Zeit. — Weitsböck. — Graf v. Westarp. — Wll. — v. Winterfeldt-Menklin. — v. Waffow. — Dr. Dietrich. — Kramer. — v. Hochendorf. — v. Carmer. — v. Bolko. — Dr. Giese. — Pantl. — v. Graefe. — Freiherr v. Anigge. — Ritter. — Krenshadt. — Hoefch. — Meyer. — Holtzschle. — v. Kröcher.

Polen 18.

Leo v. Czarkinski. — v. Dunoski. — v. Grabki. — Kurzawski. — v. Loszewski. — Graf v. Mielzynski (Plek). — Graf Mielzynski (Samter-Birnbaum). — v. Morawski-Bierzycki. — Riegolewski. — Nowicki. — Fürst Radziwili. — Sedha. — v. Trampczynski. — Sosinski. — Dombel. — v. Chlopowski. — Brandys.

Reichspartei 15.

Freiherr v. Camp-Massanen. — Merzin. — Schulz (Wronberg). — Witt. — Juern. — Stubbenborn. — Loefcher. — v. Deryen. — Hegenscheidt. — Dr. Krenndt. — v. Liebert. — Doerkfen. — Warmuth. — v. Salent. — Schröder.

Wirtsch. Vereinigung und Reformpartei 14.

Wachmaier. — Weishardt. — Die. Nunn. — Bogt (Crailsheim). — Burkhardt. — Herzog. — Rupp. — Behrens. — Bogt (Hall). — Vietmeiger. — Berner (Wieschen). — Berner. — Gräfe. — Bruhn.

Stähler 5.

Dr. Midlin. — Thumann. — Wetterlé. — Delfor. — Dr. Schay.

Pöhringer 1.

Lebeque.

Weissen 5.

Goldsborn. — Alpers. — Freiherr v. Wangelheim. — Freiherr v. Scheele. — v. Meding.

Däne 1.

Hansen.

Wilde 2.

Graf Sojadowsky. — Freiherr v. Seyl.

Glückwünsche zu unserem Wahltag.

Beim Parteivorstand und der Redaktion des „Vorwärts“ sind noch eine ganze Anzahl Glückwunschtelegramme eingelaufen, von denen wir nachstehend die wichtigsten wiedergeben.

Aus Wien wird berichtet: „In der herrlichen Vollendung des Sieges, der am 12. Januar so glänzend eingeleitet wurde, unsere herzlichsten Glückwünsche. Die Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie Österreichs und der Maß der deutschen sozialdemokratischen Ab-geordneten Österreichs.“

Von der gewerkschaftlichen Landeszentrale Eng-lands ging folgender Glückwunsch ein: „Herzlichen Glückwunsch zu dem Erfolge der sozialdemokratischen Partei. Nicht erlahmen mit den Anstrengungen bis nach dem zweiten Wahlgang. Appleton.“

Durch den Genossen Stauning wird uns aus Kopenhagen folgender Gruß übermittelt:

„Die dänische Sozialdemokratie hat Euren Kampf mit Spannung verfolgt. Einen herzlichen Gruß zu Euren großartigen Erfolge. Es lebe die internationale Sozialdemokratie.“

Aus Paris wird telegraphiert:

„Im Namen der Sozialdemokratischen Arbeiter-partei Rußlands senden das Zentralorgan der Partei und die Organisationskommission an die deutsche Sozialdemokratie zu ihrem glänzenden Sieg über die ganze bürgerliche Gesellschaft ihren brüder-lichen proletarischen Gruß.“

Die Parteileitung der ungarländischen Sozial-demokratie drückt aus Budapest:

„Nebenwichtig ist der erregende Sieg, zu dem wir Euch noch-mals beglückwünschen. Die deutsche Sozialdemokratie ist und bleibt unser Vorbild und unsere Hoffnung inmitten schwerer Kämpfe.“

Genosse Demetrowitsch sendet aus Zagreb (Kroatien) folgende Worte: „Die kroatische Sozialdemokratie bewundert Euren Kampf und Sieg.“

Sizmingham, den 26. Januar 1912. „Die Konferenz der Labour Party sendet zu dem Endergebnis der Wahlen die herzlichsten Glückwünsche. Mit brüderlichen Grüßen Ramsey MacDonald.“

Lissabon, den 25. Januar 1912. „Der Zentralrat der portugiesischen Sozialdemokratie sendet im Namen der portu-giesischen Genossen die warmsten Glückwünsche zu den Wahlsiegen Eurer Partei, zu diesem großen Triumph des Sozialismus über den Imperialismus, der ein wohlhabender Triumph des internationalen Sozialismus ist, weil Euer Wahlsieg in der Tat für die gesamte Arbeiter-Internationale die Bedeutung einer großen Eroberung hat. Mit herzlichsten Grüßen Der Sekretär: Cesar Vaqueiro.“

Sofia, den 26. Januar 1912. „Die bulgarische Arbeiter-schaft in Sofia sendet enthusiastischen, sozialistischen Gruß an das deutsche Proletariat für seine glänzenden Wahlerfolge am 12. Januar und bei den Stichwahlen. Wieder mit dem kapitalistischen Imperia-lismus und Militarismus! Hoch der proletarische Klassenkampf! Die geeinigten Sozialdemokraten in Sofia.“

Außerdem ist noch eine große Anzahl Glückwunschtelegramme von Organisationen des In- und Auslandes eingetroffen.

Der Krieg.

Der französisch-italienische Zwischenfall formell noch nicht beigelegt.

Paris, 25. Januar. „Echo de Paris“ berichtet aus Rom: Man teilt mit, daß bis zur Stunde eine endgültige Formel für die Beilegung des französisch-italienischen Zwischenfalls noch nicht gefunden ist. Es bleiben noch gewisse Schwierigkeiten zu beseitigen, jedoch glaubt man, daß sich bei gutem Willen der beiden Regierungen eine Verständigung bald erzielen läßt und daß das Uebereinkommen die Eigenliebe beider Nationen wahren wird. (Die ganze Streitfrage beruht sich jetzt darauf, daß Italien die 29

auf der „Ranaba“ festgenommenen und nach Cagliari gebrachten Türken entlassen will, weil sie tatsächlich Vertreter des roten Halbmonds sind, Frankreich dagegen verlangt, daß die Entlassung erfolgen soll, weil es sich bei der Festnahme der Türken um einen Bruch der Neutralitätsbestimmungen gehandelt habe. Vorläufig will aber die italienische Regierung die von ihrem Kriegsschiff begangene Ver-legung der Neutralität nicht zugeben.)

Paris, 26. Januar. (Meldung der Agence Havas.) In dem französisch-italienischen Streit ist noch immer keine Einigung erzielt worden über die Formel, durch welche der Zwischenfall beigelegt und die Rechte Frankreichs betont werden sollen, ohne daß der Würde und dem Ansehen Italiens zuzuge-treten wird. Politische Kreise hoffen immer noch, daß die Ver-zögerung der Beilegung des Zwischenfalls nur von kurzer Dauer sein wird und daß die Besprechungen zu einem befriedigenden Er-gebnis führen werden. In den späten Abendstunden trat mit großer Bestimmtheit ein aus italienischer Quelle stammendes Gerücht auf, die italienische Regierung habe die Absicht kundgegeben, die 29 in Cagliari zurückgehaltenen Türken den französischen Be-hörden in Marseille auszuliefern, sobald eine Einigung über die Formel erreicht sei.

Paris, 26. Januar. „Echo de Paris“ zufolge hat Poincaré den Vorkoster Barrère angewiesen, in Rom zu betonen, daß die französische Regierung die Ergebnisse der von den italienischen Behörden angestellten Unter-suchung nicht anerkennen wolle, sondern die Rückgabe der türkischen Reisenden ohne jeden Kommentar verlange, und daß es für die guten Beziehungen der beiden Länder nützlich wäre, wenn mit dem Bestreben, eine Formel zu finden, nicht allzuviel Zeit verloren ginge.

Die Revolution in China.

Verständigung zwischen Sunyatsen und Juanshikai.

Schanghai, 26. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Friedeausverhandlungen haben eine unerwartete Wendung zum Besseren genommen. Dr. Sunyatsen hat ein in den freundlichsten Ausdrücken abgefaßtes Telegramm an Juanshikai geschickt, in dem er das Mißverständnis auf-klärt, das sein letztes Ultimatum an Juanshikai verursacht hatte. — Das Ebit über die Abdankung des Thrones wird vor dem 29. Januar, dem Tage des Ablaufs des Waffenstillstandes, er-wartet.

Strategischer Aufmarsch der Revolutionsarmee.

London, 26. Januar. „Daily Telegraph“ meldet aus Peking vom 25. Januar: Telegramme von der Front melden, daß die Republikaner die Hankau-Vahn bis zum 71. Kilometer besetzt halten und alles verfügbare Material auf der Endstrecke am Jangtse für Truppentransporte ansammeln. General Li und die Armee bei Hankau rüsten sich für eine große Schlacht nach Ablauf des Waffenstillstandes. Die Truppen aus Hupoh und Kianfu, die fast die ganze republikanische Armee bilden, marschieren gegen die Kaiser-lichen bei Hwang-pei. Die dritte Armee marschiert auf Hankangung am Fluße Han.

Kämpfe in der Mandchurei.

Sigitar, 26. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Wie die Behörden aus Schalontun melden, wurde der Gouverneur, als er mit einer chinesischen Truppenabteilung Chum-kufen verfolgte, von fünf Banden, die über 200 Mann stark waren, umringt. Die Hälfte der chinesischen Truppenabteilung wurde ge-tötet; auch der Gouverneur befindet sich unter den Gefallenen.

Deutschland und die chinesische Revolution.

Das Gouvernement des Schutzbereiches Kiau-tichon hat die telegraphische Anweisung erhalten, von den Ende Februar d. J. planmäßig zur Ablösung gelangenden Truppenteilen der Besatzungen von Tjingtau und Tientsin (Matrosen-artillerie-Abteilung und Seebataillon) 500 Mann nebst den er-forderlichen Offizieren zunächst zurückzubehalten. Hiervon sind 200 Mann als Ersatz derjenigen Truppen bestimmt, aus denen vor einiger Zeit die in Tientsin stationierte Schutzwache gebildet wurde. Diese Mannschaften sind damals den Besatzungsgruppen Tjingtau entnommen worden. Freiwillige Meldungen sollen bei Auswahl der Zurückbleibenden in erster Linie Berücksichtigung finden. Diese Maßnahme soll eine Schutzmaßregel zur Sicherung eben-tuell gefährdeter deutscher Reichsangehöriger, ihres Lebens und Eigen-tums sein.

Aus der Partei.

Der Jahresbericht der französischen Partei.

Das Wochenblatt der geeinigten Partei „Le Socialiste“ ver-öffentlicht die Jahresberichte der Verwaltungskommission, der Partei-buchhandlung und der Fraktion an der Parteitag in Lyon. Der vom Parteisekretär Genossen Dubreuil vorgelegte Bericht der Verwaltungskommission ist wenig günstig. Die Gesamtzahl der ein-geschriebenen und Parteibeiträge zahlenden Mitglieder — oder genauer der für die Vertretung der Föderationen auf dem Parteitag mög-gebende Quotient, der sich ergibt, wenn man die Summe der bei den Föderationen eingezahlten Beiträge durch die mit Monats-beiträge entsprechende Ziffer dividiert — ist von 63.358 im Jahre 1910 auf 63.657 gewachsen, so daß man von einem Fortschritt kaum reden kann. Genosse Dubreuil bringt diesen Stillstand damit in Verbindung, daß im Wahljahr 1910 das Wachstum der Partei ungewöhnlich groß war und dieser Gan im folgenden nicht anhalten konnte. Aber immerhin erklärt dies nicht, warum der Zuwachs diesmal viel geringer war als in irgend einem Jahr seit der Einigung der Partei. Das schlechteste Jahr — 1907/1908 — zeigte noch einen Gewinn von 1111 Mitgliedern.

Noch merkwürdiger ist das Bild, wenn man auf die Details eingeht. Bisher war es die Regel, daß die Föderationen um so mehr zunahmten, je größer sie waren, und der Abfall sich haupt-sächlich auf die kleinsten Föderationen beschränkte. Diesmal haben aber auch große Föderationen Mitglieder verloren. Betrachtet man die Gruppe der 16 größten Föderationen — derjenigen, die 1910 über 1000 Mitglieder hatten — besonders, so findet man, daß nur 6 zu, 9 abgenommen haben und eine stehen geblieben ist. Der Gesamtverlust in dieser Gruppe beträgt 1074 Mitglieder! Zwei Föderationen haben 500 und mehr Mitglieder verloren: Jibre, das von 1457 auf 987, also um mehr als ein Drittel heruntergegangen ist, und Pas-de-Calais, das von 2837 auf 2312 sank. Und auch von den zwei größten Föderationen der Partei hat der Bericht nicht gerade Gutes zu melden. Die Nord-föderation hat wohl um 5 Mitglieder zugenommen — sie hat jetzt 11.530 Mitglieder —, dagegen ist die Seine von 8750 auf 8500 gesunken. Von allen Parteiföderationen sind 51 gewachsen, 2 stehen geblieben, 30 zurückgegangen. Dagegen hat sich die Zahl der Föderationen von 83 auf 86 erhöht, durch Zusammen-ber-tung der tunesischen Föderation und Teilung von 2 anderen. 15 Föderationen haben weniger als 100 Mitglieder — 1910 waren es nur 12 — und entsprechen nicht den vom neuen Parteistatut für die An-erkennung festgestellten Bedingungen.

Die Zahl der Parteideputierten ist gleich geblieben. Ein Mandat wurde verloren, ein anderes gewonnen. Bei den Wahlen für die General- und Bezirksräte gewann die Partei eine Reihe von Mandanten.

Die Abonnementsziffer des „Socialiste“ ist noch immer be-trübend gering. Sie ist von 1833 auf 1857 gestiegen. Trotzdem die Abonnementspflicht wiederholt den Parteisektionen in Erinnerung gebracht wurde, sind nur in 28 Föderationsgebieten mehr als zehn Exemplare abonniert. Wenn der Jahrsatz des Blattes durch manche politische Artikel, die zu dem in der politischen Parteipresse Gelesenen nichts hinzuzufügen, nicht an Interesse gewinnt, so enthält es doch manches wertvolle Material — wir erwähnen nur Compère-Morels monographische Serie über die agrarischen Zustände in den ver-schiedenen Departements — das bei dieser geringen Verbreitung einfach verloren geht. — Der Einzelverkauf des Blattes geht weiter zurück, die Gesamtanfrage beträgt nach wie vor 2300.

Im Bericht der Fraktion verdient die zum Schluß ge-gebene Statistik über die Einigkeit bei den Abstim-mungen besonderes Interesse. Im Laufe des Jahres 1911 gab es in der Deputiertenkammer 157 Abstimmungen. Bei 80 war die Ab-stimmung der Fraktion vollständig einmütig, 51mal gab es Ab-splittierungen von 1 bis 9 Deputierten, bei 14 Abstimmungen eine eigentliche Spaltung. Das Resultat wäre in An-betracht der geschichtlichen Bedingungen des französischen Sozial-ismus und im Vergleich mit den bürgerlichen Parteien nicht un-günstig, wenn zur letzten Kategorie nicht gerade Abstimmungen von besonderer Wichtigkeit gehörten, wie die über die Alters-versicherung und das deutsch-französische Abkommen. Dagegen war die Fraktion bei der Ablehnung des Budgets mit einer einzigen Ausnahme, einer Enthaltung, einig.

Der Parteitag wird vom 18. bis 21. Februar togen. Auf der Tagesordnung stehen außer den Berichten die Punkte: Antisemitismus und Freimaurerei, Agrarfrage, Munizipalprogramm, Jugendorgani-sation. Von den Föderationen ist eine Reihe weiterer Punkte vor-getragen worden. Doch schlägt die Verwaltungskommission vor, nur einen davon: die Lebensmittelerhöhung, zu diskutieren und behält sich vor, das Amendement Vaillant-Reir-Gardie über den Generalstreik der Kriegsmaterial liefernden Industrien zur Verhandlung auf dem Parteitag, der dem internationalen Kongreß in Wien vorgezogen wird, vorzuschlagen.

Wahlproteste.

Die Genossen, die gegen den Ausfall einer Wahl wegen gefehlvridiger Vorkommnisse Protest erheben wollen, müssen den Protest spätestens bis zum 16. Februar an das Bureau des Reichstags eingeleitet haben.

Wir warnen aber die Genossen ausdrücklich, Proteste auf bloße Behauptungen oder Vermutungen hin zu machen. Die Beschwerdepunkte müssen genau angegeben und durch namhaft gemachte Zeugen oder unbestreitbare Tatsachen begründet werden. Das Beweismaterial ist dem Protest beizufügen.

Ein Fraktionsbild, enthaltend die Porträts aller sozialdemo-kratrischen Reichstagsabgeordneten, erscheint in kürzester Zeit im Be-lage der Buchhandlung Bortwirts, Paul Singer & Co. m. b. H. Das Bild wird auf gutem Karton in Ausstrich hergestellt und daher sowohl als Zimmerdekoration, als auch zum Dekorieren von Vereinszimmern und Sälen sehr geeignet sein. Der Preis beträgt 50 Pf. Bestellungen nehmen die örtlichen Parteibuchhandlungen schon jetzt entgegen.

Landtagswahltag in Hessen. Bei der Erwahlung für Genossen Ord im Landtagswahlkreis Rühlheim bei Offenbach wurde Genosse Adelong-Mainz mit 3700 gegen 1980 Zentrumstimmen gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

In Unrecht verbotener Rainung.

Das preußische Oberverwaltungsgericht hat schon wieder mal einer Polizeiverwaltung und den ihr vorgeordneten Be-hörden mitteilen müssen, daß sie das Reichsvereinsgesetz nicht verstehen. Es handelte sich um den Festzug, den die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft von Altona und Ottenfen für den 1. Mai 1910 geplant hatte. Der Festzug sollte sich am Nachmittage des 1. Mai, einem Sonntag, von der Krieh-Kreuter-Straße durch Altona nach Bahrenfeld bewegen. Die Parteisekretäre Siebert und Kürbis als Vorstandsmitglieder der sozialdemokratischen Vereine von Altona und Ottenfen beantragten die Genehmigung bei der Polizeiverwaltung in Altona. Diese versagte die nach § 7 des Vereinsgesetzes erforderliche Geneh-migung mit der Begründung, daß mit dem Aufzuge Gefahren für die öffentliche Sicherheit verbunden sein würden. Vorausgesetzt würden viele tausend Personen daran teilnehmen. Gerade aber Sonntagnachmittags sei der Verkehr zwischen Altona und dem Vorort Bahrenfeld außerordentlich groß. Dieser Verkehr würde gefährdet werden. Der Aufzug habe aber auch den Charakter einer Demonstration tragen sollen. Bei diesem gegen die heutige Ge-sellschaftsordnung gerichteten demonstriativen Charakter des Auf-zuges der Sozialdemokraten und der mit ihnen haltenden Ge-werkschaften würden weite Bevölkerungsteile beunruhigt werden und es könnte so zu Störungen der öffentlichen Sicherheit kommen. Die Genossen Siebert und Kürbis beschwerten sich beim Re-gierungspräsidenten und beim Oberpräsidenten, ohne damit Erfolg zu haben.

Darauf klagten sie beim Oberverwaltungsgericht. Sie bestritten, daß irgendwelche konkrete Tatsachen vorlägen, die die Befürchtung der Störung der öffentlichen Sicherheit begründen könnten. Ohne Rücksicht auf solche Tatsachen sei denn auch tatsächlich das Verbot lediglich die Folge einer Anordnung des Ministers.

Der Oberpräsident erwiderte nichts, sondern reichte nur die sogenannten „polizeilichen Vorgänge“ ein, die zumeist aus Polizeiberichten zu bestehen pflegen. Hier handelte es sich nur um einen solchen Bericht, der Auskunft geben sollte über die Motive der Polizei. In dem Bericht wird nun als entscheidend hervor-gehoben daß am Sonntag, den 1. Mai 1910, auf dem bekannten Bahrenfelder Rennplatz ein großes Pferderennen stattfinden sollte. Dann pflügeren, so wurde ausgeführt, mindestens 10.000 Personen nach Bahrenfeld hinaus, die ungefähr dieselben Wege gingen, die der Zug der Genossen genommen haben würde. Nicht nur Fuß-gänger beständen das Rennen, sondern es führten auch viele Per-sonen mit Automobilen hinaus, und andere ritten. Wenn sich nun noch 10.000 Sozialdemokraten und Gewerkschaftler dahin bewegten, dann seien sehr leicht Störungen möglich.

Das Oberverwaltungsgericht, das seinerzeit die Sache verurteilte, hat nun sehr entschieden, daß die Beschwerde-beschilde des Regierungspräsidenten und des Oberpräsidenten auszuheben seien und daß die Verfügung der Altonaer Polizeiverwaltung, wonach die Genehmigung des Aufzuges beto-boten wurde, außer Kraft gesetzt werde.

Nach § 7 des Vereinsgesetzes darf die Genehmigung zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel oder zu einem öffentlichen Aufzuge nur verweigert werden, wenn aus der Veranstaltung eine Gefahr für die öffentliche Sicher-heit zu befürchten ist. Das Oberverwaltungsgericht geht nun davon aus, daß die Behauptung einer solchen Gefahr mit Tatsachen lokaler Natur belegt sein müsse, aus denen sich nach vernünftigem Ermessen eine nahe Möglichkeit der Verwirklichung der Gefahr ergebe, und daß allgemeine Sentiments nicht genügen. Im vorliegenden Fall fehle es an jener Voraussetzung der Annahme einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Aus Industrie und Handel.

Aus der Verkehrsstatistik der Reichspost.

84 Milliarden Sendungen befördert die Reichspost nach ihrer sechsen erscheinenden Verkehrsstatistik jetzt jährlich; davon

entfallen auf den eigentlichen Briefverkehr 5,8 Milliarden, auf die Zeitungsummern und außergewöhnlichen Zeitungsbeilagen 2 Milliarden, auf die Päckerei- und Versendungen 271 Millionen Stück. Der Gesamtbetrag der Wertangaben sowie der Postbankverkehr (Postanweisungen, Postaufträge, Postnachnahmen, Zahlkarten, Zahlungsanweisungen) umfaßte nahezu 42 Milliarden Mark. Die Zahl der beförderten Telegramme betrug 55,8 Millionen, die Zahl der vermittelten Gespräche 1664 Millionen, 34 600 Postanstalten, 35 400 Telegraphenanstalten, 30 000 Fernsprechanstalten und 907 770 Fernsprechstellen dienten der Bewältigung dieses Verkehrs. Das eigentliche Beamtenpersonal umfaßte 209 590 Köpfe; darunter befanden sich 19 440 weibliche Personen und 124 000 Unterbeamte. Außerdem waren noch insgesamt 60 900 Beamte und Beamtinnen im Nebenamt (Postagenten und Hilfsstelleninhaber) und außerhalb des Beamtenverhältnisses lebende Personen (Telegraphenarbeiter, Ausbesser und jugendliche Telegraphenbesteller) beschäftigt.

Die neue Reichspoststatistik bringt erstmalig auch Angaben über die Zahl der reichseigenen Postwertzeichen- und Postkartenautomaten (567), über die im Postbetriebe verwandten Stempel-, Schreib- und Rechenmaschinen (1264), über die Gesamtzahl der Dienst- und Wohngebäude (3925) und der Familienwohnungen für Beamte und Unterbeamte (2411), über die Zahl der Postfahräder und Motorräder (7728), über die Zahl der im letzten Jahre ausgelieferten Postausweisarten (28 900) und Postlogerarten (21 500). Postbriefkasten waren nicht weniger als 128 470 im Reichspostgebiet vorhanden. An Postwertzeichen wurden 4615 Millionen Stück abgesetzt im Gesamtwerte von 431 Mill. Mark.

Die Zahl der unbestellbaren Postsendungen betrug 2 Millionen. Im Verhältnis zu der Gesamtzahl der ausgelieferten Sendungen entfielen danach auf 1 Million Briefe 200, auf 1 Million Postkarten über 1000, auf 1 Million Druckfachen 60 und auf 1 Million Pakete 6 unbestellbare Sendungen dieser Art, woraus erhellt, in welchem Umfang das Publikum noch immer Postkarten ausliefert, die entweder gar keine oder eine ungenügende Adresse tragen.

Im Vergleich mit den übrigen Ländern Europas nimmt die deutsche Post, wobei Bayern und Württemberg mit eingerechnet sind, mit 9,3 Milliarden beförderter Postsendungen bei weitem die erste Stelle ein. Nach Deutschland folgen Großbritannien mit 5,5 Milliarden, Frankreich mit 4 Milliarden, Oesterreich und Ungarn mit insgesamt 3,1 Milliarden und Rußland mit 1,8 Milliarden Sendungen.

Im Telegrammverkehr wird Deutschland mit rund 50 Millionen beförderter Telegramme in Europa nur von Großbritannien (62 Millionen Telegramme) übertroffen, Frankreich hat 52 Millionen, Rußland 33 und Italien nur 18 Millionen aufzuweisen. Im Fernsprecheverkehr wird Deutschland mit über 1 Million Vermittlungsanstalten und Sprechstellen und 1850 Millionen Gesprächen auch nicht annähernd von einem anderen Lande der alten Welt erreicht. Großbritannien besitzt demgegenüber 613 000 Vermittlungsanstalten und Sprechstellen, Italien 58 000, Oesterreich und Ungarn zusammen 155 000, Schweden 174 000, Dänemark 88 000 und Rußland 130 000.

Heber 100 Millionen Mark Ausfuhrprämien!

Nach den amtlichen Ausweisen sind im vergangenen Jahre die Zölle mittels Einfuhrscheinen in der Höhe von 1 043 798 802 M. beglichen worden. Im Lande wurden Tausende von Menschen an Unterernährung, die Familienväter konnten oft trotz fleißiger Arbeit nicht genug Brot kaufen, — und die Agrarier bekommen aus der Reichskasse viele Millionen Mark, damit sie deutsches Getreide billig im Auslande loschlagen und durch die Entbidung des Vaterlandes hier den Preis in die Höhe treiben können! Die Farmer wenden allerdings ein, daß nur für die Wehransfuhrmenge die Prämie bezahlt werde. Lassen wir das Argument einmal gelten. Dann ergibt sich für den Außenhandel mit Roggen und Roggenmehl folgendes Resultat: Unterstellt man für Wehl eine Ausbeute von circa 50 Proz., dann macht der Ausfuhrüberschuß rund 4 Millionen Doppelzentner aus. Die Ausfuhrprämie beträgt pro Doppelzentner 5 M. Mitin haben die Brotkonsumenten 20 000 000 M. opfern müssen für die Ausfuhrprämie, die als

Freishebel im Inlande wirkt. Das ist ein aufreizender, skandalöser Zustand, den aber die Agrarier und Ultrantontanen verteidigen.

Verfammlungen.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Zentrale Groß-Berlin) hielt am Donnerstag im Gewerkschaftshause seine vierteljährliche Generalversammlung ab, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute. Hoffmann eröfnete zunächst den Bericht für das abgelaufene Quartal. Die Hauptkasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 42 412,40 M. Die Lokalfasse hat im vierten Quartal eine Einnahme von 33 333,63 M. gehabt. Dazu kommt der Bestand vom dritten Quartal mit 43 211,53 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 16 517,52 M., so daß ein Kassenbestand am Schlusse des vierten Quartals von 60 027,51 M. verbleibt. Mitglieder zählte die Zentrale am Schlusse des dritten Quartals 7850 männliche, 807 weibliche und 65 jugendliche. Im Laufe des vierten Quartals traten ein 1197 männliche, 105 weibliche und 40 jugendliche. 202 männliche, 96 weibliche und 1 jugendliches Mitglied sind ausgetreten oder wurden ausgeschlossen, so daß am Schlusse des vierten Quartals die Zentrale 8794 männliche, 316 weibliche und 104 jugendliche, zusammen 9214 Mitglieder zählte. Die Zentrale hat also ihren Mitgliederbestand um 983 vermehrt.

Zu Beginn des Jahres zählte die Zentrale 7465 Mitglieder, und zwar 7185 männliche, 224 weibliche und 56 jugendliche. Die Zentrale hat also im Laufe des Jahres um 1749 Mitglieder zugenommen. Aufnahmen wurden allerdings 3680 gemacht. Es haben somit 1931 wieder die Betriebe verlassen oder sind aus der Organisation ausgetreten. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 153 373,10 M., gegen 127 325,85 M. im Vorjahre; sie hat sich also um 26 047,25 Mark gesteigert. Die Lokalfasse vereinnahmte im Berichtsjahre 39 480,41 M. mehr wie im Vorjahre, denn sie erhielt 1910: 91 603,22 Mark und 1911 dagegen 131 143,63 M. Die Ausgaben beider Kassen zusammen bezifferten sich auf 224 489,09 M. gegen 184 829,34 M. im Vorjahre; es wurden also im Berichtsjahre 40 159,75 M. mehr ausgegeben. An Unterführungen wurde aus beiden Kassen gezahlt:

| | 1910 | 1911 |
|----------------------------|---------------------|---------------------|
| Bei Sterbefällen | 8 582,50 M. | 11 712,50 M. |
| Krankheit | 26 893,55 | 35 678,82 |
| Arbeitslosigkeit | 6 591,83 | 8 294,84 |
| Wahrgelungen | 539,05 | 1 147,88 |
| Streik | 243,85 | 1 000,00 |
| Reisfähiger | 1 510,— | 1 845,— |
| Zusammen | 43 826,78 M. | 60 278,14 M. |

Das ist also eine Mehrausgabe für Unterführungen von 15 451,36 M. Der Bestand der Lokalfasse stieg von 34 659,73 M. auf 60 027,51 M., also um 25 367,78 M. Zu beachten ist noch, daß die Einnahmen aus den Raibeträgen sich im Berichtsjahre auf 2458,26 M. beliefen, gegen nur 1163,75 M. im Vorjahre. Die Sammlung für die Tabakarbeiter hat bis jetzt einen Ertrag von 1871,32 M. gehabt. Wenn auch die Zentrale im verfloßenen Jahre eine gute Entwicklung genommen hat, meine der Kassierer, so muß es doch das Bestreben sein, im Jahre 1912 weitere, wenn möglich noch bessere Fortschritte zu machen. Auch in der Diskussion kam die Befriedigung über das Wachsen der Mitgliederzahl und die gute Finanzentwicklung, die trotz der wesentlich gestiegenen Finanzanspruchnahme der Unterführungseinrichtungen zu konstatieren ist, zum Ausdruck.

Alsdann wählte die Versammlung die Ortsverwaltung, die wie folgt zusammengesetzt wird: Wupky, Vorsitzender, Hoffmann, Kassierer, Busacker, Geipel, Niels, Müller, Reumann, Polenske, Schabel, Scharlau, Schulz, Schuke, Schünemann, Süß und Jabel Weißer. Zu Neuwahlen wurden Henische, Krumm und Schabel wiedergewählt. Als Delegierte zur Gewerkschaftskommission wurden Busacker, Dittmer, Hoffmann, Polenske, Scharlau und Wupky gewählt. Inzwischen traf die Nachricht vom Siege Karl Liebknechts in Potsdam-Tibelland ein, die von der Versammlung mit einem tosenden Beifallssturm

begrüßt wurde. Als weiteren Bureauangestellten wählte die Versammlung Otto Becker, der in kurzen Worten für das Vertrauen dankte. Ein von Wupky eingehend begründeter Ausschlussantrag gegen das Mitglied Jabel wurde angenommen. Einem Antrage der Ortsverwaltung, den auf die Zentrale entfallenden Anteil mit 1800 M. von der Summe, die der Verband zur Unterstützung der ausgesperrten Tabakarbeiter an die General-Kommission abgeführt hat, aus der Lokalfasse anstatt durch Extra-beiträge zu decken, fand gleichfalls Annahme. Die weiteren Verhandlungen dieser untergeordneter Angelegenheiten wurden durch die Beifallsfundgebungen, die die sozialdemokratischen Siegesnachrichten auslösten, noch mehrmals unterbrochen, konnten aber zu Ende geführt werden.

Zentralverband der Fleischer. In der Generalversammlung vom 23. Januar wurden gewählt: Als erster Vorsitzender Paul Bergmann, als zweiter Vorsitzender Wihl, Schäfer, als Schriftführer Paul Jäschke und als Kassierer Jos. Schaubert, als Beisitzer Kästner, Brase, Kofrow, Böfel und Tscharnil.

Aus aller Welt.

Das Erdbeben in Griechenland.

Bei dem Erdbeben in Kephallenia sind mehrere Dörfer zerstört worden; acht Personen wurden getötet und zwei verwundet. Die Erdstöße dauern an. Mehrere tausend Menschen sind obdachlos. Zwei Kriegsschiffe sind mit Lebensmitteln und mit anderen Hilfsmitteln nach dem Ort des Erdbebens abgegangen.

Eine Köpenickade.

Einen erfolgreichen Coup vollführte am Mittwochabend ein gerissener Gauner im Postamt der Altstadt in Innsbruck. Er erschien in der Kleidung der Postamtsdiener und holte einen Teil der zu expedierenden Post auf einem Postwagen ab. Einen weiteren Teil brachte er etwas später auf einem gewöhnlichen Holzfarren fort. Auf diese Weise gelangte er in den Besitz von 17 180 Kronen in Wertpapieren und Gold. Bis jetzt konnte man den Gauner noch nicht ermitteln.

Der sanfte Heinrich.

Eine Zeitung in Kassel bringt, wie wir der „Saarbrücker Zeitung“ entnehmen, folgendes Inserat: „Es ist mir zu Ohren gekommen, ich hätte Kollegen denangelt wegen Tuldens von Glückspielen „Lammenbaum“. Da ich keine Lust habe, meine Zeit vor Gericht zu vergeuden, so verpöche ich hiermit dem, der dies Gerücht aus Dummelei glaubt, 3 Mark, jedem, der es aus Bosheit weiterverbreitet, 5 Mark, dem Ueheber 10 Mark, die er persönlich bei mir in Empfang nehmen kann. Hermann Dunkelberg. Für einen guten, brauchbaren Däsenziemer zahle angemessenen Preis. Dunkelberg, Waldwirtschaft zum „sanften Heinrich“.“

Kleine Notizen.

Religiöser Wahnsinn. Dreißig Anhängerinnen einer von der Gruppe der Morabitinnen gebildeten neuen Sekte versuchten in Lodz einen gewissen Kowalski, den sie als ihren Heiland betrachten und dessen Auferstehung ihre Lehre rechtfertigen soll, zu bewegen, sich kreuzigen zu lassen. Während man noch verhandelte, umringten die Anhängerinnen das Haus und nur ein rechtzeitiges Eingreifen der Polizei rettete Kowalski vor einem sicheren Tode. Mehrere der Frauen sind verhaftet worden.

Schwerer Jagdunfall. Wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, erschöß der Kaufmann Wolf auf einer Treibjagd aus nächster Nähe den Treiber Wengertich.

Explosionskatastrophe in Südamerika. Ein Telegramm aus Guayaquil in Ecuador meldet, daß gestern etwa 60 Personen bei einer Explosion, die in den Militärbaracken stattfand, ihr Leben verloren.

Grosser

Inventur - Verkauf

in unseren sämtlichen Geschäften

W, Leipziger Strasse 29
Ecke Friedrichstrasse (Mädlerhaus)

S, Oranienstrasse 155-156
Ecke Prinzessinnenstrasse

W, Königgrätzer Str. 124-129
Hotel Fürstenhof

Weitest herabgesetzte Preise

Völlige Räumung der Restbestände der Saison

Nur erstkl. Schuhwaren der diesjähr. Mode



Carl Stiller Junior

Moderne Strassen-Stiefel

□ □ für Damen und Herren □ □
Vorzügl. Chevreau od. Box calf. Viele Ausführungen. □ Lackkappe, Lackbesatz etc.
Serie 1 früher 10⁵⁰ jetzt 8¹⁰
Serie 2 früher 12⁵⁰ jetzt 9⁸⁰
Serie 3 früher 15⁵⁰ jetzt 11⁶⁰
Serie 4 früher 18⁰⁰ jetzt 14⁶⁰

Warm gefüht. Hausschuhe

u. Hausstiefel für Herren u. Damen * auch Schnallenverschuß * Leder, Melton oder Kamelhaarstoff
früher bis 2,50 | früher bis 3,75 | früher bis 4,75
jetzt 1⁴⁰ | jetzt 2⁴⁰ | jetzt 2⁹⁰

Eleg. Damen-Tanzschuhe

Chevreau, Lack, Doré, Atlas, Samt, weiß Glacé
früher 7,50 | früher 9,00 | früher 10,50
jetzt 5⁸⁰ | jetzt 6⁸⁰ | jetzt 7⁸⁰

„Carola“-Kinder-Stiefel

Ein Posten. Ges. gesch. Marke □ Höchste Haltbarkeit
25-26 | 27-30 | 31-35 | 36-40
jetzt 4¹⁰ | jetzt 5¹⁰ | jetzt 6¹⁰ | jetzt 7¹⁰

Ein Posten Knaben-Stiefel

Aus vorzüglichem Box calf, sehr strapazkräftig
31-35 6⁸⁰ | 36-40 7⁸⁰

Carl Stiller Junior

Auf sämtlichen Waren ist der bisherige Preis deutlich ersichtlich!

W, Leipziger Str. 29
Ecke Friedrichstr. (Mädlerhaus)

S, Oranienstr. 155-156
Ecke Prinzessinnenstrasse

W, Königgrätzer Str. 124-129
Hotel Fürstenhof

Für die ausgesperrten Tabakarbeiter Deutschlands

gingen bei der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend ferner ein:

Vom Verein der Berliner Buchdrucker 5, 6 und 7. Rate 6000.—, Verband der Fabrikarbeiter Verwaltung Berlin auf Listen: Chem. Fabrik Schering Berlin 901 20,75, 902 2,55, 903 Nibel 13,10, 904 Gummit. Bergemann 6,50, 910 Kahlertweg Wilhelmshof 7,80, 911 Gummit. Berg 13,80, 917 1,20, 919 Gummit. Herz 12,50, Breitkreuz 939 4,85, 940 9,60, 941 3,25, 1478 Radfabrik Henderhol 8,65, 1479 B. Fick 5,30, 1482 Schubert, Köpenick 6,25, 1483 Buchmühl Lubzinski 7,20, 1884 9.—, 1488 Spandau 11,20, 1489/90 Anilin, Trepptom 15,10, Summa 158,40. Vom Verband deutscher Gastwirtschaftlichen, Ortsverwaltung Berlin I, auf Listen: 2136 durch Heide 12,65, 2137 durch Büllich 12,80, 2138 durch Destrach 2.—, 2139 durch Riemann 19,80, 2140 aus den Germania-Sälen 12,85, 2141 durch Seiffert 4.—, 2142 durch Burde 16,50, 2143 durch Käfel 13.—, 2144 durch Bornmann 9,30, 2145 durch Kücken 9,70, 2147 aus den Hohenstaufen-Sälen 4,70, 2148 aus dem Gewerkschaftshaus 10.—, 2149 aus den Arminhallen 3,70, 2150 aus den Andreas-Sälen 3.—, 2151 vom Café-Theater 2,65, 2152 Branerei Friedrichshain 13,25, 2153 Böhmisches Brauhaus 3,75, 2154 Seppien-Säle 4,70, 2155 Heide-Mt-Berlin 3,55, 2156 durch Jäger 1,70, 2157 Konfordie-Säle 7,10, 2158 Industrie-Heide 4,90, 2159 mit dem Brater 2.—, 2160 Neue Philharmonie 2,60, 2161 aus den Ruffersälen 3,60, 2162 aus Forterls Kapeller 2,75, 2163 durch Gutmann 9,20, 2164 durch Heide 11,45, 2165 aus Altkas Heide 3,10, von den Café-Angestellten 5,90. Schneidergewerkschaft „Hoffnung“ 20.—, Verband der Bäder, Jahrestelle Köpenick 5.—, Sechserliste Luz 3,10, Kaufklub Ernst und Ebert, W. d. A. H. A. 9.—, Sparverein „Hoffnung“ 5.—, No. 1,90, von den Kreuzbergern 50.—, „Thermos“ 4.—, 8,25, Koblager bei Kiliand 5.—, 51—54 Stad. u. Co., Marienhof 33,75, 2200 5,50, Autobetrieb Wirtz 3,90, Verband der Eisenarbeiter auf Listen 56,30, Verband der Glaser auf Listen 4,55, 41 Fuhrhof Schulze 4,75, 2390 4.—, 21 und 43 durch Raschopf 20,95, Buchdrucker Paz u. Garleb 1,90, Altkasverein Bornwärts in Gommern 5.—, Verband der Steinseher, Ortsverwaltung Berlin, auf Listen 81.—, In Summa 6701,85.

lichen Angestellten bezahlen. Die in manchen Gegenden Deutschlands erlassenen Vorschriften, die entweder das Wohnen beim Wirt verbieten oder es gerade zur Vorschrift für die Kellnerin machen, können an diesen Zuständen natürlich nichts ändern, die nur durch eine ausreichende Entlohnung der Kellnerin, die sie von den Lanten und Blättern des Gastes unabhängig machen würde, aus der Welt geschafft werden könnten.

Zimmerhin können einzelne vor dem Versinken bewahrt werden durch Einrichtungen wie das in der württembergischen Hauptstadt soeben vom Verein zur Fürsorge der Gasthofsgehilfinnen in der Kottbühlstraße eröffnete neue Kellnerinnenheim, das den familienlosen Gastwirtsgehilfinnen einen behaglichen Aufenthalt bieten soll.

Das Heim wurde mit einem Kostenaufwand von 270 000 M. errichtet, wovon 120 000 M. auf den Ankauf des Hauses und 150 000 M. auf den zweckentsprechenden Umbau entfielen. In ihrer Aufbringung gab die städtische Sparkasse ein Darlehen von 120 000 Mark und zwei Privatpersonen ein solches von je 60 000 bzw. 40 000 M. Im Erdgeschoss des Hauses befinden sich Läden; im ersten Stock ist das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung untergebracht. Die hier erzielten Mieten decken bereits den größten Teil der aufzubringenden Zinsen, so daß das in den drei oberen Stockwerken untergebrachte Heim nur noch 2000 M. aufzubringen hat.

Die Preise für ein Zimmer mit mehreren Betten betragen für die erste Nacht 90 Pf., später 80 Pf. pro Bett. Zimmer mit Einzelbetten kosten 1,20 M. Für 20—25 M. ist monatlich ein Privatzimmer zu mieten. Gemeinsame Aufenthalts- und Lesräume stehen natürlich zur Verfügung.

Zimmerhin zeigen die genannten Preise, daß das Heim nur Kellnerinnen mit schon recht ansehnlichen Einnahmen zugänglich ist.

Kristiania unter der Herrschaft der Frauen.

Unter der Frauenherrschaft würde die Stadt Kristiania stehen, wenn die Frauen die kommunalpolitische Macht, die ihnen das allgemeine Gemeindevahlrecht gibt, als Gegenpartei der Männer ausüben wollten. Nach dem statistischen Jahrbuch der Stadt Kristiania für 1910 sind in die Wählerliste 59 744 Frauen, und zwar 29 472 verheiratete sowie 30 272 unverheiratete und Witwen eingetragen, und nur 41 200 Männer. Die Zahl der wahlberechtigten Frauen überwiegt also die der wahlberechtigten Männer um 18 544. Aber es hat sich bisher bei allen Wahlen, so lange das weibliche Geschlecht das Wahlrecht besitzt, gezeigt, und es wird sich auch immer wieder zeigen, daß das Geschlecht höchstens insofern für die Parteimahne ausschlaggebend sein kann, als die Frauen nicht einem Manne ihre Stimme geben, der gegen die Gleichberechtigung der Frau ist, sonst aber keine parteipolitische Rolle spielt. Die Frauen schließen sich eben den bestehenden Parteien oder deren Auffassungen an, und Versuche, eine besondere Frauenpartei zu bilden, erweisen sich als zwecklos. Letzten Endes müssen natürlich die Klaffengegensätze ausschlaggebend sein für die politische Stellung der Frauen wie der Männer, und man kann auch immer wieder die Beobachtung machen, daß die Damen der „besseren“ Gesellschaft auf dem Posten sind, wenn es gilt, die höchsten Güter der besitzenden Klasse zu

wahren, z. B. eine höhere Belastung durch direkte Steuern zu verhindern.

Leider ist die große Masse der proletarischen Frauen in Norwegen und in der norwegischen Hauptstadt noch nicht so weit aufgeföhrt, um im selben Umfange von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen, im Jahre 1910, waren es in den Stadtteilen, wo die reichen Leute wohnen, 80 bis 82 Prozent der wahlberechtigten Frauen, die ihre Stimme abgaben, in den armen Stadtteilen aber nur 60 Prozent und darunter. Es gibt eben unter den Proletarierfrauen zu viele, die den ganzen Tag und ein gut Teil der Nacht unablässig arbeiten, um nur das Nötigste zum Leben herbeizuschaffen, und so nicht Zeit finden, sich um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern. Noch und nach wird es aber ohne Zweifel gelingen, auch hier der Ausföhung freie Bahn zu schaffen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fach 11 —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Vorschub und eine Zahl als Merkschema beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Adressenangabe beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Koloniefr. Das ist kein Grund zur Freude. — **Quillemot.** Die Eltern haben Anspruch auf die Hälfte des Nachlasses der Verstorbenen, ausgenommen die Haushaltungsgegenstände, die der Stemann sämtlich erhält. Antrag auf Vermittlung an das Amtsgericht, in dessen Bezirk der letzte Wohnsitz der Verstorbenen gewesen ist. Die Kosten der Krankheit hat der Mann allein zu tragen. Die übrigen Fragen lassen sich nur nach Kenntnis des Anstellungsvertrages Ihrer Eltern beurteilen. — **2. Pantow, G. K.** Testament nicht empfehlenswert, dagegen ein Vertrag zu Rebeiten, der am zweckmäßigsten zu notariellem Protokoll erklärt wird. — **G. B. 1.** Vollzeipräsident. 2. Einige Monate Charité. 3. Etwa 900 M. — **W. 23, 200.** 1. Ja. 2. Geldstrafe. 3. Zunächst Ladung vor den Schiedsmann, demnach Klage beim Schiedsgericht. 4. In Ihr Beisein gestellt. — **J. 13.** Die Klage in die Einrichtungs würde voraussichtlich erfolglos sein, da die Lante intervenieren kann. — **W. 13.** Eine eidesstattliche Versicherung des Möbelhändlers reicht für die Intervention aus. Ob ein Antrag auf Erlass der Steuer Rücksticht auf Erfolg hat, läßt sich aus Ihrer Darstellung nicht entnehmen. — **R. 100.** Einbehaltung der Miete nicht zulässig. Sie können gegen die Gesellschaft klagen, falls Sie Ihre Behauptung beweisen können. — **J. 85.** Ja, falls die Ehescheidung nach deutschem Recht zulässig war. — **B. 101.** 1. Reichen Sie, unter Angabe Ihrer Verhältnisse, einen Antrag an das Amtsgericht ein, in dessen Bezirk Sie wohnen. 2. Kosten 3,50 M. 3. Fragen Sie bei Hb. Hoffmann, Blumenstr. 24, an. — **C. 25.** Verschweigen Sie sich über den Beiseid der Landesversicherungsanstalt beim Reichsversicherungsamt. — **Dr. 21.** 1. und 2. Mitteilung an das Gericht unter Beifügung des Zeugnisses. 3. Das hängt von der Stellungnahme des Vermieters ab. 4. Wenn Sie arm ist: Ja. 5. Sie können als Bestand erscheinen. — **B. 1000.** Die vorzeitige Anmeldeung befreit nicht von der Steuerpflicht am Aufenthaltsorte. — **G. V. Rixdorf.** Bis zum Abend. — **R. 2.** Pantow. Kein Anspruch auf Rente und die Möglichkeit, Heilbehandlung zu erlangen, bleibt für den Fall der Weiterversicherung bestehen. — **B. 2. 88.** 1. Nein. In der Regel besteht aber die Schadensersatzpflicht für den Unternehmer. 2. Nur dann, wenn entsprechende Vorbildung vorhanden ist. 3. Nein. — **Gellehann, Rixdorf.** 1. Ja dahin, ist für ordnungsgemäße Heizung Sorge zu tragen. 2. 14 Tage reichen aus. 3. Ja, falls Sie Ihre Behauptungen beweisen können. — **B. 6. 250.** 1. Etwa 26 M. wochentäglich. 2. In der Regel Ja. — **G. 3. 20.** 33 Pf. **W. 58.** In einer Zeitschrift von etwa 5 M. monatlich. — **H. 3. 21.** Soweit die Ansprüche länger als vier Jahre zurückliegen. — **W. 3. 15.** Die vereinbarte einhalbjährliche Kündigungsfrist ist maßgebend. Ihre Angaben reichen zur vorzeitigen Aufgabe der Stellung nicht aus. Das Reisegeld kann nicht geföhrt werden, falls die Kürzung nicht ausdrücklich vereinbart ist. — **Tracut, Baumhüttenstr.** Karte hier nicht angekommen.

Alle Gewerkschaftsvertreter und sonstigen Funktionäre werden hiermit höflichst ersucht, die noch in ihren Händen befindlichen Listen und etwaige Gelder umgehend abzuliefern.

Gelder, welche per Post eingelandt werden, sind an A. Körtgen, SO. 16, Engelauer 15 I, zu senden. Alle Sammlungen sind sofort auf unserem Bureau, Engelauer 15 I, Zimmer 23, in den Wochentagen vormittags von 9—12 1/2 Uhr und nachmittags von 4—7 1/2 Uhr außer Sonnabends nachmittags) oder in den Bureaus ihrer Gewerkschaft abzuliefern.

Die Listen 846, 990, 1478, 1567, 1926, 2146 und 2010 sind verloren gegangen und sind beim Vorzeigen anzuhalten. Der Ausschuf der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend.

Aus der Frauenbewegung.

Das neue Kellnerinnenheim in Stuttgart.

Der Beruf der Kellnerin gehört zweifellos zu den fittlich am meisten gefährdeten weiblichen Berufen. Ist schon der Ort seiner Ausübung im allgemeinen eine Stätte leichter Lebensauffassung, so kommt hinzu, daß viele männliche Gäste es als selbstverständlich betrachten, daß sie mit dem Trinkgeld nicht nur die Arbeitsleistung sondern auch das gefällige Entgegenkommen der weib-



Anzug-Woche

Dauer vom 27. Januar bis 4. Februar. — Am Sonntag nur von 12—2 Uhr geöffnet!

Außerst günstige Kaufgelegenheit für Neueste Frühjahrs-Anzüge zu besonders billigen Preisen! Hervorragende Leistungen unserer Kleiderwerke:

- Serie I Herren-Sakko-Anzüge 1- und 2reihig. Modernste Cheviots und Kammgarnarten für jed. Geschmack, nur M. 25.50
- Serie II Herren-Sakko-Anzüge 1- und 2reihig. Englische Muster und Verarbeitung nur M. 34.50

| Modernste Kleidung zur Ball-Saison: | | | | | |
|-------------------------------------|----------------|----------------|-------------|------------|------------|
| Hochzeits-Anzüge | Gehrock-Anzüge | Frack-Anzüge | Ball-Westen | Oberhemden | Krawatten |
| Gesellschafts Anzüge | Smoking-Anzüge | Schwarze Hosen | Ball-Wäsche | Zylinder | Handschuhe |

BaerSohn

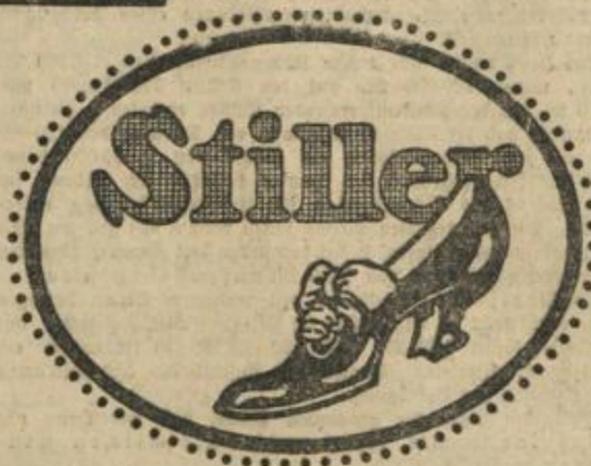
Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 □ □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 43 (Neueste Moden) kostenfrei

Jeglicher Nachdruck verboten

Großer Inventur-Verkauf der alten Stiller-Firma

Haupt-Geschäft:
Jerusalem Str. 32-35
Potsdamer Straße 2
Tauenzienstraße 19a
Königstraße 25 u. 26
Schöneb., Hauptstr. 146



Rixdorf, Bergstr. 25-26
Rosenthaler Straße 5
Charlottenburg
Wilmsdorfer Str. 45
Oranienstraße 161
Gr. Frankfurter Str. 123

Der Verkauf findet nur in obenstehenden Geschäften statt. Zur Vermeidung von Verwechslungen achte man genau auf Straßennamen und Hausnummern der alten Stiller-Firma (gegründet 1867).

Der stadtbekannteste enorme Erfolg unserer alljährlichen Inventur-Verkaufstage beruht auf den fabelhaft billigen Preisen bei nur bekannt guten Qualitäten, größter Auswahl, wofür der Jahrzehnte alte Ruf unserer Firma bürgt

Da der Andrang nachmittags besonders groß ist, wolle man nach Möglichkeit auch die Vormittagsstunden zum Einkauf benutzen

Extra billig

Große Posten Herren- und Damen-Stiefel u. Schuhe in besten Qualitäten, nur noch große u. kleine Nummern

durchweg **6⁷⁵**

Wert bis zu Mark 18.00

Moderne Herren- und Damen-Stiefel

Große Posten erstklassiger Fabrikate in vorzüglichen Qualitäten, in Boxkalf, Chevreau, schwarz u. braun, Chevreau mit Lackbesatz, sowie Stiefel mit Stoff- und Wildleder-Einsätzen, Stiefel mit Woll- u. Lammfütter, Stiefel m. Doppelsohlen

| Serie I | Serie II | Serie III | Serie IV |
|-----------------------|------------------------|------------------------|------------------------|
| 8⁷⁵ | 10⁷⁵ | 12⁷⁵ | 14⁷⁵ |
| früher 10.50 | früher 12.50 | früher 15.50 | früher 18.00 |

Extra billig

Große Post. amerikanische Gummischuhe für Herren und Damen durchweg

Damen: **2¹⁰** Herren: **3¹⁰**

Damen-Tanz-Schuhe

in hocheleganten Ausführungen, in Chevreau, Lack, Bronze, Atlas, weiß Glacé, Gold, Silber usw. usw.

| Serie I | Serie II | Serie III | Serie IV |
|-----------------------|-----------------------|------------------------|------------------------|
| 8⁷⁵ | 9⁷⁵ | 11⁷⁵ | 14⁷⁵ |
| früher 10.50 | früher 12.50 | früher 15.50 | früher 18.00 |

Große Restbestände vieler Arten Kinder-Spangen-Schuhe und Kinder-Ohren-Schuhe : Baby-Schuhe :

Hausschuhe jeder Art

sowie Kamelhaarstoff-Schuhe, große Restbestände, für Herren und Damen, besonders preiswert

| Serie I | Serie II | Serie III |
|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
| 1¹⁰ | 2³⁵ | 3³⁵ |

Rationelle Kinder-Stiefel zu hervorragend billigen Preisen

| Serie I | | | |
|--|-------------|-------------|-------------|
| Kinder-Schnür- u. Knopf- | | | |
| Stiefel, verschiedene Oberlederarten, schwarz u. braun | | | |
| 25-27 | 28-30 | 31-35 | 36-39 |
| 3.80 | 4.80 | 5.80 | 6.80 |

| Serie II | | | |
|--|-------------|-------------|-------------|
| Kinder-Schnür- u. Knopf- | | | |
| Stiefel, Boxkalf, Chevreau, schwarz, braun, beige und weiß Glacé | | | |
| 25-27 | 28-30 | 31-35 | 36-39 |
| 4.80 | 5.80 | 6.80 | 7.80 |

| Serie III | |
|--|-------------|
| Knaben-Schnür-Stiefel | |
| schwarz und braun, verschiedene Oberlederarten | |
| 31-35 | 36-39 |
| 5.80 | 6.80 |

Nur Haupt-Geschäft Jerusalem Str. n Extra billige Posten

| Große Posten | |
|--|-----------------------|
| Damen-Tanz-Schuhe | |
| und Abend-Schuhe, in den feinsten Ausführungen, unsortiert | |
| 2⁷⁵ | 4⁷⁵ |
| extra billig! | |
| und | |

| Große Posten | |
|---|-----------------------|
| Damen-Haus-Stiefel | |
| Chagrineder mit Filzfütter u. Pelz-Besatz, schwarz, braun, bordeaux | |
| 4⁸⁵ | 4⁸⁵ |
| prima Ausführung | |
| früher 8.50 | |

| Große Posten | |
|---|-----------------------|
| Leinen-Stiefel u. Schuhe | |
| sowie auch Tennis-Stiefel und Schuhe für Herren und Damen | |
| 2⁷⁵ | 3⁷⁵ |
| auch Sandalen | |
| Serie I | Serie II |

Kein Kaufzwang!

Keine Auswahlendungen!
Die früheren Preise sind auf jedem Paar deutlich ersichtlich!

Kein Versand nach auswärts!

Kein Umlausch!

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus

Kommandantenstr. 67.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Bank-Messing-Römertrank-Kell.

N. 4. Schlegelstr. 7. Fernsp. III. 7727

Götsch

Schiller- u. Linden-Parke

Theaterstr. 44. T. A. 7. 8278

Schütze, E., Weststr. 11a. T. 11178

Si-Si

Bestes alkoholfreies Getränk

Berlin O. Habelstr. 4

Arbeiter-Vereinigung

F. Falk!

Hamburger Laden, Charl. Wallstr. 69

Roter Laden, Schönb. Hauptstr. 108

Bäckerei, Konditor

Grötner's Großbäckerei

Geschäfte in

Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmerdorf.

Adlerbaker Bäckerei, N. Hauptstr. 108

Max Backer, Ramlersstr. 38

Bäckerei und Konditor

Wilk. Toedtl, Mariannenstr. 3

Emil Meyer, Fanninstr. 6

Brot-Fabrik, Vorwärts

Hermann Ulrich, Köpenick

Brotfabrik

berlinische, 20

R. Zimmer, Rixdorf

Buehl & Sohn

Brotfabrik Spandau

Willy Dolor, Prenzlauer Allee 43

Hermann Carl, Rixd., Hermannstr. 131

Herrn Eder, Schönhauserstr. 1

Egoll's Landrot

Heinrichsberger Mühle

Verkauf in Müllergeschäften

Berlin, Dönhofsplatz 4. Plakate

Schöneberg, Grödenstr. 24

Wilk. Engel

Verkauf in Müllergeschäften

Berlin, Dönhofsplatz 4. Plakate

Schöneberg, Grödenstr. 24

Oskar Henke's Brotbäckerei

75 Geschäfte

in allen Stadtteilen Berlins

und in Rixdorf.

Gegründet 1892.

Herberg, Paul, Amstord. Str. 29

Urschleierstr. 17. Burgdorferstr. 14

Angust Kamml, Pankstr. 48

L. Kierzkowski, Wichstr. 5

Küster-Großbäckerei, Bobstr. 8

Krause, Teplitzstr. 12 u. Triftstr. 43

Kroger, Rixdorf, Nauenstr. 43

Carl Landahn, Weberstr. 30

Landrot-Bäck., Schönb. Pl., Habelstr.

Landrot-Großbäckerei

O. Senf, Nchl. Krug, Waldstr. 4

Herrmann Lebelt, Hüllstr. 28

Alfred Lier, Wilmstr. 36

Lichtenberger Brotfabrik

Müllersche's bew. Bäckerei

Königsplatz 1. Rixdorf, Allee 31 u. 33

Gustav Mühlberg, Rixdorf, Allee 31

Herrn Carl, Berlin, Köpenick, Kariertstr.

u. Schöneberg, N. O., Friedländerstr.

u. N. O., N. O., N. O., N. O., N. O., N. O.

Bäckerei „Nordstern“

Inh. Gust. Müller

Filialen in verschiedenen Stadtteilen

Albert Pflanzig, Grünstr. 10

Paul Rittmann, Turinerstr. 26

Max Zapfack, Memelerstr. 62

Conrad Richter

Brotfabrik Nied.-Schöneberg

Niederl. in all. Stadtteil. Berlin

Niederl. in all. Stadtteil. Berlin

Otto Szillat

Schütt, G.

Schütt, G.

P. Springer

Weißbier

F. Springer

F. Springer

Heinrich Wittler

Fabrik

Fabrik

Badenanstalten

Arkona-Bad, Anhalterstr. 24

Augusta-Bad, Köpenick-Str. 60

Bad Glienicker, Glienickerstr. 107

Bad Glienicker, Glienickerstr. 107

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Ost-Bad, Pallasstr. 18

Kuranstalt M. Schulz

Platz

Bezugsquellen-Verzeichnis.

R. Gruner, Kopenhagenerstr. 9

S. Grossmann, Landsbergerstr. 14

Heinrich Nitzsch, Nauenstr. 19

Otto Nitzsch, Grünstr. 28

Alb. Hilse, Wilmstr. 10

Bertha Herbold, Gieselerstr. 165

Janiszewski, Fels, Eisenstr. 7

Alb. Kell, Gieselerstr. 10

G. Laurent, Prenzlauerstr. 62

Gustav Mal, Schönhauser Allee 177

Kemmel, K. Rixdorf, Hermannstr. 174

H. Penak, Schöneberg, Rixdorf, 10

W. Rutschke, R. Hermannstr. 42

Th. Schirbel, N. Stettinerstr. 8

C. Sommer, Wrasinerstr. 44

Aug. Trothe, Wrasinerstr. 41

Th. Thiede, Rixdorf, Hermannstr. 64

Aug. Wandell, Rixd., Bergstr. 98

H. Zinke, Nauenstr. 19

Wagner, P., Rixd., Bergstr. 42

S. Grossmann, Landsbergerstr. 14

Heinrich Nitzsch, Nauenstr. 19

Otto Nitzsch, Grünstr. 28

Alb. Hilse, Wilmstr. 10

Bertha Herbold, Gieselerstr. 165

Janiszewski, Fels, Eisenstr. 7

Alb. Kell, Gieselerstr. 10

G. Laurent, Prenzlauerstr. 62

Gustav Mal, Schönhauser Allee 177

Otto Pahnitz Wienerstr. 14
C. Richter Rixdorf, Friedelstr. 45
Rob. Voigt Baumstr. 87, Bg. Fabr.
Otto Wehnert Sattelmacher
 Chausseestr. 50.

Lehranstalten
Zuschuldschule des
Deutsch. Schneider-
Verbandes, e. V., BERLIN,
 Mauerstr. 86/88, T. 13401.

Rudolf Maurer
 Friedrichstr. 65a, Ecke Mohrenstr.

Strahlendorffs
Handels-Akademie,
 Beuthstr. 10 u. 11, I., II., III. Etage
 Größtes Institut Berlins
 Ausführl. Lehrpläne unsonst.

Lineum u. Wacht.
 Rixdorfer Lineum
 Rixdorf, Bergstr. 62.
 Weißensee, Berliner-
 Allee 228, Tapeten.
Rausch, Rich. Lineum-
 Fabrik
 Niederlage Warschauerstr. 6

Manufakturwaren
Grünberg Nachf. M. Modewaren
 Petersb.-Str. 29

Mohlhändler
W. Bachmann, Charl. Nähgüter 15
Bethke, Georg, Muskauer-
 straße 44.
 Rixd., Elbest. 53, Kais.-Friedr.-Str. 44
 Wesorstr. 189, Friedelstr. 23
 Troptow, Grätz-Str. 64.

Bordasch G. W. Kala-Frdr.-Str. 39
C. Bosse, Reinickendorferstr. 29
Jul. Conrad, Rhinischerstr. 44
Bernhard Danne, Kastanienstr. 31.

Frese, Ernst Geschäfte
 im SO.
Gaeger, Otto Charlotten-
 burg.
Paul Gaeger, Spandau.
 Emil Garke, Weidenh. 84, 143-149
 Grünerweg 83, Ackerstr. 89-90

Jos. Hauke Mehl-u. Kolonialw.
 Bergmannstr. 95.
Heerma, H. R. Hermannstr. 172
Heinrich, R. Rixdorf,
 Bergstr. 144,
 Kais.-Friedr.-Str. 144

Karl Hahn, Schererstr. 9.
Korn, Hugo Wrangel-
 Str. 117.
 Levaldestr. 128, T. A. Nord 9303
 via 4-via Statik, Hauptstr. 153
A. Kobbelt E. Krüger, Schöneb., Hauptstr. 153
 E. Kunze, Charl., Knobelsch.-Str. 16
 Posenerstr. 15, Straßener-Allee 18
Lütke, H. Fruchtstr. 67.

Gus. Meyer, Helm. St. 13, Wittl.-St. 1.
C. Neugebauer Ober-Schöneweide
Nietsch & Rabsahl, Carmen-
 Silvastr. 100
Otto Nowack Nachfol. Spandau.
Jul. Penner Großwalderstr. 11,
 vis a vis Lippelnerstr.
F. Pflugmacher, Colonnadenstr. 48.
R. Wiedler, Reichenkondorferstr. 64
Reinhold Werner, Tegel, Traskowstr. 30.
B. Zycyanski, R. Pannierstr. 59.

Möbelmagazine
Gustav Böse Tischlermeister, Leuten-
 dorf 22, am Oranienplatz.
 Berliner Ackerstr. 120, a.
 Möbelhalle, Norden, Javaldestr. 118.
 Daehne, F., R., Neue Jannstr. 56.
A. Dohmann, Stromstr. 44.

Wilh. Gabbert, Brunnen-
 str. 162.
Geppert, Paul, Zossenerstr. 22.
Gericke, Fritz, Müllerstr. 145.
Geiser, A., Alexand-
 erstr. 42.
H. Gebert, Möbel-Fabrik.
 Birkenstr. 44
Grill, Reizeckerstr. Scharsweberstr. 19.
Harnack Stallschreiberstr. 27,
 Bar- und Teilzahlung,
 Verkauf i. Fabrikgeb.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 133.
König, A., R., Berlinerstr. 162.
 20. u. 21. o. z. z.
Herm. Kogel, Hermannstr. 12.

Küchenmöbel
 Berliner-Küchenmöbel-Fabrik
 Neue Königstr. 31-32, T. VII 4740

Lüdecke, Kottbuser 83/85
 Damm
Lange, Max, Sch. wedter Str. 2.
 a. d. Kast. Allee 6
L. Lazarus, Petersburger Str. 62.
Lüdecke, R., R., Bergstr. 4.

Misch Sigmund
 Dresd. Str. 16
 auch Teilzahlg.

Rebsch, E., Spandau.
C. Reiber Nachf., Veteranenstr. 21.
Emil Rufiar Tischler-Innungsmeister
 Prinzenstr. 24

Schmidt, Otto Möbelfabrik
 Gartenstr. 32

Rob. Seelisch, Möbel-
 Fabrik
 Berlin 6, Eipserstr. 71/72a. Spezialität:
 Kleina u. mittlere Wohnzimmersätze
Slobeky, W., Unionsstr. 15.

A. Schuster, Ob. Schloßw. Köpenick 59
Schwanke, Rixd. Hermannstr. 229

Wilhelm Slotawa
 Turmstr. 31, Waldenstr. 34
 eig. Tischlerei u. Tapezierwerkst.
Wendland, Ernst Schweinmünd-
 Straße 121.
Herm. Wendland Reinickend.-
 Straße 114.
Jos. Werner Charlottenburg
 Behrstr. 10.

Möbel-Transport
Robert Frenzel, Cyprianerstr. 192.
Krüger, Rixd. Hermannstr. 254, T. 318.
Ritterstr. 96, IV., 4195
J. Lange Billigste Preisberechnung.
 Paul Schur, G. u. H. H. Birkenstr. 82

Molkereien
Molkerei „Nord-West“ Urzestr. 59
Milchkuranstalt
am Viktoriapark
 Kreuzbergstr. 27-28, T. A. VI. 1070
Kinder- und Kurlisch
Milch Schmidt
 Rixdorf
 Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96.

„Schweizerhof“
 Meierei und Milchkuranstalt.
 Emdener Str. 46 u. Tel. H. 2565.

Musikalien
Niemeyer, Richard E. Nippenstr. 18
Scholz Frankfurter Allee 73 b
Frankf.-Chaussee 115.

Musikinstrumente
Braun, Emil Musik. Inst.
 Haslag. Str. 7.
Kirst, Rich., Brunnenstr. 48.
Plato & Co., Köpenickerstr. 105/6.
Lorenz Rahmel, Oranienstr. 181
Lorbeer, Möllerstr. 14.

Musik-Haus
 Größtes Spezialgeschäft der
 Branche. Spittelmarkt 14a.

Reetz, Spandau, Havelstr. 21.
Schnöke, Otto, R., Rickardstr. 113.

Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 96.
 Waschmasch.
Pfaff bestes deutsches Fabrikat
 Steinhäuser, Spandau.
 R. Berlinerstr. 44.
 Lillauer, Vertr. Wilke, Hermannstr. 99/100.

Singer
Nähmaschinen
 Läden in allen Stadtteilen.

Afrana-Nähmaschinen
 G. A. Böttger, Androstr. 79, Petersburger-
 str. 87, Spandau, Ebbewalderstr. 19

Optiker
Bardorf, Monbi, Turmstr. 74.
Dase, Paul, N., Möllerstr. 174.
Groß, Paul, Warschauerstr. 56.
Herm. Haster, Gollnowstr. 19.
Schubert, Carl, R., Bergstr. 148.
Wienstruck, Spandau, Potsdamerstr. 19.

Papier- u. Schreibw.
O. Prochnow, Rixd., Hermannstr. 92.
Seidler, Louis, R., Bergstr. 42.

Pfandleihen
Rixd. Pfandleihe Rixdorf 58
 Spittelbürger Reizeckerstr. Hochmeister
 Herrmann, Urenvertr. Schmeckstr. 47.
E. Kron, Köpenickerstr. 55 a. T.
Langer, Wraselstr. 92, Billiger Verkauf.
Schmidt, Fennstr. 3
 E. Semfleben, Kottb.-Damm 28, 1.

Putz- u. Modewaren
M. Haase Rixdorf, Bergstr. 1
 Putzgeschäft
34 Hermann-Str. 34 Spezialhaus
 f. Damenabüte.

Puppen
P. R. Zierow, Schönhauser
 Allee 179

Restorhandlungen
Luise Frömel, Großwalderstr. 199.
Carl Joch, NO, Pallasudenstr. 97.
Pauline Preisung, Reizeckerstr. 113.
Berth. Schreiber, Sess Kienstr. 13.

Schuhwaren, Schuh.
Ernst Adam, Friedrichshagen.
Anhalt, E., Androstr. 13.
Baumgart, H., Mantuffelstr. 26.
Billige Stiefel, Sickingenstr. 6.
Bayenbach, Irelawst. 18, zeng. Preis.
 Warschauerstr. 91
Hans Dry Rumburg, Mozartstr. 3.
Dannschke, Invalidenstr. 144.
J. Densig Nachf., Chausseestr. 26
Ellers, Anhaltstr. A. Lindendstr. 112.
Engel, W., Reinickendorferstr. 93
Oak, Engler, Süssmiedstr. 42.
Osw. Fabian, Kippenk. Kienstr. 1.
Fleer, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanowig, Verckstr. 53 (19. Bsh.)
Otto Grätzsch, Chausseestr. 120/67.
Großmann, Spand., Schloßwalderstr. 54.
Heinrich Johann, Petersb.-Str. 36.
H. Jetziß, Badstr. 54.
Herm. Körner, Cöpenick.
G. Kramer, Wilh., Berlinstr. 131.
 Fabrikmarke
 für haltbarste
 Filzschuhe
 und
 Pantoffeln.
Kn
 F. Lange, Nowawes, Priesterstr. 29

Fiedr. A. Lange, Liebbergstr. 58.
Paul Lehmann, Friedrichshagen.
Ernst Müller, Teltowerstr. 59.
Mehring, Charlbg. Kals. August-Allée 90
C. Neumann, Falkensteinstr. 37.
Petersohn, Oak., Müllerstr. 155.
Plaumann, Jugowstr. 29, 69.
Reetz, Max Spandau, Schön-
 walderstr. 12.
G. Rechenberg, Schloßg. Allee 4.
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.

Schuhwarenhaus des Westens Verk-
 st. 44.
Schwensener, Turmstraße 48.
Alb. Seeger, W. u., Lortzingstr. 6
Sommer, Wilh., N., Seckel-Allee 25.
A. Tredlin, Friedrichshag., Friedelstr. 33.
Witt, Spand., Neudorferstr. 59.

Schirme u. Stühle
Glod, F., Spandau, Potsd. Str. 10.
Herrmann, Lybenerstr. 1, Eig. Fabrikat.
Jehnichen, Rixdorf, Kals. Friedr.-Str. 18
H. Lerche, Schöneberg, Kallesstr. 62
A. Rieke, Badstr. 11, Bezüge billigst
Herm. Rosenky, W. Kassestr. 4.
G. Schieussner, Warschauerstr. 58.

Seifen
Gustav Gumbel, Kantstr. 64.
Heidke, Paul, Burgdorferstr. 13.

Teppiche u. Gardinen
J. A. Schulz Weinberg-
 Weg 10 I.

Trauer-Magazin
Westmann
 Mohrenstr. 37a, Gr. Frk. Str. 115.

Uhren u. Goldwaren
Abel am Winterfeldpl.
Oscar Aidag, Charl., Krummest. 29.
J. Behrendt, Wrangelstr. 52.
Otto Brauer, Müllerstr. 164.

Charlottenburg Spandauerstr. 22
 E. H. Hirsch fr. Treck
Max Eisermann, Charl. Nörtingerstr. 16.
Brüggenmann, Reizeckerstr. 35.
Bürger, Jul., Möllerstr. 6.
Max Busse Brunnenstr.
 173/177.
W. Eisolt, Charl. Wilschroderstr. 111.
Ellinghausen, Gebr., Grönerweg 16.
Fenske, S., Kottbuserdamm 95
P. Fischer, SO., Michaelkirchstr. 5
J. Gebhardt Charlottenburg,
 Berlinerstr. 124.
George, Adolph, Badstr. 65.
Ernst Gräber, Brunnenstr. 78.
Eliswtr. 57, Lief. 4
H. Gampner Essen-Ges. Berlin u. Um.
H. Kammler, Charl., Krummest. 28
M. Kariel Brunnenstr.
 118.
Kniebusch, W., Frl. Chausseest.
E. Knuth, Boxhagen, Saatzstr. 2.
B. Lechtermann, Dreyse-E-W. Wilschroder,
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.
Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 23.
Lüders, H., Schöneberg,
 Kallesstr. 13.
Nolte, K., Simon-Dachstr. 13.

Rudolf Plunz, Brunnenstr. 112.
Quitow, Joh., Müllerstr. 1a.
Emil Quade Schöneberg,
 Hauptstr. 149.
Carl Schlewinsky, Koppenstr. 4.
R. Schmelz, Zehbergerstr. 143
Willy Schmidt, Friedenstr. 12.

Gustav Scholz Schöneberg
 Hauptstr. 155.
Schönemann, G. R., Berl.-Str. 73.
F. Schönwih, Berl. O., Gauerstr. 27
W. Schultz, Lützow, Nees Bahnhöfstr. 32
Schumacher, O., Tegel, Berl.-Str. 84. 5a.
Schulz, Osw., Frankf. Allee 24.
Gust. Schoder, Oranienstr. 150-56.

W. Stendel Schweinmünderstr. 66
 Ecke Lortzingstr.
Max Storch, Elbingerstr. 109.
M. Tomechna Nachf., Brückenstr. 16.
Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 32.
A. Tronner, Wilhelmstr. 8, Hauptstr. 12.
Truxa, W., Frankf. Allee 188.

Uhren- u. Goldwaren-Industrie
 Berlin 220, Lindenstr. 16. Beste
 direkt. Bezugsquelle! Katalog gratis.
 Versand nach außerhalb, billige Preise.
R. Weise, Nowawes, Priesterstr. 74
Wittig, Ad., Berlinerstr. 44.
Zabel Nachf., Charlbg., Berlinerstr. 118.

Versicherungen
„Deutschland“ Berlin
 Arbeiterversicherung — Schützen-
 Sterbekassenversicherung. straße 3.
„Friedrich Wilhelm“
Berlin WB, Behrenstr. 58-61
 Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeitsversichg.
 Mit u. ohne ärztl. Untersuchung.
 Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge

„Iduna“ zu Halle a. S.
 Berlin, Charlottenstr. 82
 Volks- und Lebensversicherung.

Warenhäuser
Warenhaus M. Hirsch
Spandau
Wilh. Herm. Lesser
 Kolonn. 54 Schöneberg Kolonn. 54
 am Ringbahnhof.
 Bei jedem Einkauf Rabattm.

Weine, Liköre u. Fruchtsäfte
Hugo Beling
 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Bettinger, E., Wald-Teich, Winklerstr.
Elle m. Weyle, Lützowstr., Gerlickestr. 16.
Groß, „Zur Sonne“, R., Freudenberg-
Martin, Bruno, R., Hermannsp. 3.
 auch Liköre u. Säfte.
Ignatz Sello Brunnenstr. 16
 und Filialen.

Conrad Großdistillation
 Oranienstr. 207.
Waschmittel
Verlangen Sie
„Edelweiß“
 Krone aller Waschmittel.

Weiß, Wollw., Trikot.
Ahlscher, Gust., Uobenerstr. 7a.
H. Barts, Schönhauser Allee 107.
Bredow, Otto, R., Hermannstr. 26
M. Gardels Beusselstraße 76
 Tauroggenstr. 10
Georgi, Ernst Kraut
 Str. 31a.

Hoffmann, Carmen Sylvastr. 6
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Julius John Lortzingstr. 9.
Robert Kutsche, Gubenerstr. 1.
Jonas, Hermann Kästrin-Pl. 1.
Juncker, H. Rixdorf,
 Hermannstr. 172.
Carl Klein, Hölchestr. 16, N.O. 12.
Robert Kutsche, Gubenerstr. 55.
Kriebel, Schöneberg, Leuthenstr. 5
A. Kasper, Caprivierstr. 5.
Ch. Loewy, Rixdorf, Bergstr. 32/33
 vis-a-vis der Kirche.
Meyer, Hermann, 17, (Arbeitsversichg.)
Nachmann, Müllerstr. 131a, Kant-Lief.
Fr. Ollwetzki, Alle Jakobstr. 187.
Schaefer, H. Husiten-
 str. 43.

M. Schaefer
 S.W. Hollmannstr. 43
 W. Maassonstr. 17.
Schrom, Lina, Mirbachstr. 31.
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Hermann Meyer, Schloßstr. 21.
Stein Reizeckerstr. 113, Scharsweberstr. 115

Ad. Schäfer Nachf.
 50. Admiralstr. 4.
Schneider, Weberstr. 61.
A. Tschaege Elisabethkirchstr. 13
Thuraw, O., Charlbg.-Cauerstr. 14
L. Vierarm, Zionskirchstr. 34.
E. Voigt, Reizeckerstr. Amelstr. 101.
Albert Vogt Urbanstr.
 — 31. —

Wild u. Geflügel
C. Dittmann Rixdorf,
 Berliner Str. 43.
P. Hildebrandt Brunnen-
 Stra. 56 122.
Schmidt, E., Spandau, Havelstr. 139
Zastrow, Landsberger-Allee 147, Fuchs.

Zahn-Atelier
E. Bode, N. Schönhauser Allee 42, I.
Hollbruch, Herm., Fackelstr. 177
Herold, H., Kaiserstr. 97, a. Rosenthal 17.
Jordan, Alfr., Fennstr. 61, geg. 1888.
Witte, Max Muskauerstr. 16
 Ecke Kottb. Platz.

SIMPLI

FABRIKATE
 HERGESTELLT VON DER FIRMA
 SAROTTI-BERLIN

SIMPLI-KAKAO

Pfund 1,20 Mark

SIMPLI-SCHOKOLADE

Rippe 5 Pf., Tafel von 8 Rippen 40 Pf.

Partei-Angelegenheiten.

Borghagen-Kummelsburg. Zur Errichtung einer zweiten Verkaufsstelle für den Ortsteil Borghagen findet am Sonntagvormittag 8 Uhr von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Folgende Bezirke sind daran beteiligt: Abteilung 1, Bezirk 1-4 und Bezirk 5, Abteilung 3, Bezirk 9-14. Die Genossen der Nachbarbezirke werden gebeten, daran teilzunehmen. Ferner findet zu diesem Zweck Mittwoch, den 31. Januar, im Café Bellevue eine öffentliche Versammlung statt.

Sossen. Am Donnerstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr, im Saale von Kurzer: Wahlvereinsversammlung, Tagesordnung: Vortrag: Wie festigen wir unsere errungene Position? Referent wird noch bekannt gegeben.

Bruchmühle, Eggersdorf. Am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von Ernst Rugner: Mitgliederversammlung, Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, die Agitation im Bezirk und Vertriebes.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Reichstagswahlkreis Arnswalde-Friedeberg. Ortsverein Berlin. Sonntag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, bei Thimm, Ristler Str. 79: Generalversammlung. Gäste willkommen.

Berliner Nachrichten.

Die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses im ersten Wahlkreis

fand gestern vormittag im Schulsaale der Gemeindefschule hinter der Garnisonkirche statt. Weite Kreise waren bei dem geringen Stimmenunterschiede gespannt, welche Zahlen die amtlichen Ermittlungen ergeben und ob die amtlichen Feststellungen an dem bekannt gegebenen Resultat etwas ändern würden.

Die Prüfung des Wahlergebnisses erfolgt in der Weise, daß der amtliche Wahlkommissar, im vorliegenden Falle Stadtrat Dr. Franz - 12 Beisitzer aus den Wählern des Kreises beruft zur Feststellung des Resultats. Unter den Beisitzern befanden sich in der Hauptsache Stadtverordnete des Kreises, bei denen auch unsere Partei vertreten war. Es lagen die Wählerlisten und die für jeden Reichstagswahlbezirk angefertigten Protokolle zur Prüfung vor. Alle Stimmzettel, die für ungültig erklärt worden sind, sind dem Wahlprotokoll beigegeben.

Die Beisitzer und der Wahlkommissar haben nach einer alten Ministerialverordnung kein Recht, Stimmzettel die vom Wahlvorsteher für ungültig erklärt worden sind, für gültig zu erklären. Es ist nur zulässig, Bedenken wegen ungerechter Ungültigkeitserklärung von Stimmzetteln zu Protokoll zu geben. Die Entscheidung hat nur die Wahlprüfungskommission des Reichstages.

Es ist im 1. Kreise ausgefallen, daß die Zahl der ungültig erklärten Stimmzettel eine recht große war, nicht weniger denn 128 Zettel waren ungültig. Die Gründe sind verschiedene. Vielfach war der Name Kaempf durchstrichen, ohne daß ein anderer Name schriftlich hinzugefügt war. Dann wieder waren Zettel vorhanden, auf welche ein Name geschrieben war, ohne den gedruckten Namen zu durchstreichen. Dann gab es auch eine Anzahl weißer Zettel. Manche Wähler verfahren den Stimmzettel mit Bemerkungen. Ein Zettel ist für ungültig erklärt worden, weil derselbe von einem Block abgerissen und auf der einen Seite etwas verändert war. Dieser Zettel, auf dem der Name Düwelle stand, ist für ungültig erklärt worden, weil er ein äußeres Kennzeichen besaß. Genosse Krons beantragte die Aufnahme eines Bedenkens gegen diese Ungültigkeitserklärung ins Protokoll. Der Wahlausschuß lehnte aber die Aufnahme ab.

Schließlich wurde als amtliches Ergebnis der Wahl festgestellt: Kaempf 5588 Stimmen, Düwelle 5579 Stimmen, ungültig 128 Stimmen. Kaempf gilt als gewählter Abgeordneter.

Jubiläumswache.

Wieder mal, wie so oft schon im zwanzigsten Jahrhundert, hat man aus der vaterländischen Kampfkammer die eingestaubten Festrequisiten hervorgekramt. Seit acht Tagen werden in allen deutschen Gauen Fahnen gewaschen, Gipsfiguren frisch getüncht, papierne Transparente geklebt, Girlanden geflochten, Jubelouverturen geübt, Hurragedichte eingepaukt, Festreden studiert, Ehrenjungfrauen geprobt, Bräus und Zylinder aufgebügelt, Kanzeleibener schleppen aus den Winkeln des Aufgebodens gipferne Jubiläumswächter heran, damit vorchriftsmäßig mit zwei Talgläsern an jedem Staatsfenster das Hohenzollernlicht leuchten kann. Ungezählte Postkutschen schmiegen geschäftstüchtig ihr königstreuens Aushängeschild, Hunderte von Festmärschen sind für die Delegation an der Staatsmaschine auf Kommando mit Besatzung belegt. Alles, was zur purpurnen Fahne schwört, spiegelt sich im höfischen Festschmuck und trägt schmaltzig: Sell dir im Siegerkranz! Ein echter Chinese auf Berliner Pflaster fragt, was denn der papierne, tannene, flatternde Schmuck an den Häusern, auf den Straßen zu bedeuten habe, und belustigt schreit man ihm in die Ohren: Hochzeitsfeier! In den Lokalen, wo um diese Jahreszeit der Alkohol die Narren züchtet, siehts genau so talmisfestlich aus. Kopfshüttelnd sagt sich der bezopfte Sohn des Himmels: da hättest Du eigentlich zu Hause bleiben können! So viel hat man ihm erzählt von Europens beleckter Kultur, und nun sieht er, daß alles nicht anders ist wie daheim. Für den Chinese ist ein Hochgenuss. Preussische Mandarinen mit der Plauenfeder und im Chrenschmuck der gelben Jacke wuchern wie Pilze aus dem Lindensoden. Befohlen zum Glückwünschen! Polizei-Chinesen sperren die Straßen ab, hemmen den Verkehr und drängeln die mit patriotischem Händstoffs geladene Gasserschar an die Häuser: immer an der Wand lang... Nicht euch... Stillgestanden... Achtung... Hurra, Hurra, Hurra! Chinese, was willst du noch mehr? Die Heimat, die lieblich freie, laucht vor dir auf und noch ein paar Zoll tiefer dein landesüblicher Kotau. Und mitten zwischen all dem künstlich geschriebenen Patriotengespinnst, ganz nahe dem Feldmarschallstab, kommt auf ebrenem Postament scheinbar Bewegung in den historischen Krückstock. Siehts nicht aus, als ob der alte Mann mit dem Dreipfüß seinem Koffe die Sporen geben, die Lammengirlanden zersprengen und mit einem Donnerwetter unter die hündliche Wange reiten will? Messieurs, das muß anders werden in Preußen! Auf Wienernde Hundsfötter verlass ich mich nicht!... Da bligen

vom Lustgarten her preussische Kanonen auf, die im Ernstfall auf Vater und Mutter schießen sollen. Die Feststraße erstrahlt von neuem im Glanze der Plauenfedern, der Rangknöpfe und der gelben Jacken. Die berauschte Menge neigt sich vor dem Feldmarschallstab tief bis zur Erde. Mit taitem, sarkastischem Lächeln, mit verächtlichem Juden im Einzelgesicht siehts der aus eiserner Ruhe zum Leben geweckte König, Viktoria schießen sie? Freiheit rufen sie? Pi dono... schlägt ihn erst mal tot, euren Kreimismus. Ein Volk, das so regiert sein will, muß auch auf seine Fassung politisch fertig werden! Mit mächtigem Satz flieht das Königstoch zum Denkmal zurück. Starr bliden die großen Königsaugen wieder ins Leere. Weite, Untätig hängt neben der Sattelkassche der Krückstock. Und über Nacht, als die Festbeleuchtung erloschen, das Hurragebrüll verstummt ist, war ein Wunder geschehen: der alte Fritz auf hohem Postament hat sich verächtlich umgedreht.

Unter den Freunden des Angelsports erregt es großes Aufsehen, daß dieser Tage öffentlich bekanntgegeben wurde, die Erlaubnis zum Sonntagsgangeln müsse in Zukunft mit 8 M. Stempelgebühr bezahlt werden. Der bisherige Zustand war der, daß für die Erlaubnis zum Angeln eine Gebühr an diejenigen Körperschaften gezahlt werden mußte, in deren Berechtigtem der Angelfort ausgeübt wird, sei es an den Stromflus, an Gemeinden oder an Fischereivereinigungen. Diese Gebühr ist sehr verschieden; sie bewegt sich zwischen 6-10 M. Für die weniger bemittelten Leute, die in der Woche ihrer Beschäftigung nachgehen müssen, kommt für dieses Vergnügen nur der Sonntag in Frage. Diesen Personen soll ihre kleine Freude besonders verteuert werden; sie sollen in Zukunft neben der Gebühr noch eine Sondersteuer zahlen für das Angeln am Sonntag. Der Minister für die Forsten und Domänen hat die Behörden - in Berlin die Polizeidirektoren - angewiesen, daß die Erlaubnis zum Sonntagsgangeln stempelspflichtig ist und mit 8 Mark erkaufte werden muß.

Diese Verfügung ist ganz unverständlich. Einmal begreift niemand, wie jetzt auf einmal eine solche Verfügung erlassen werden kann, nachdem bisher eine solche kostenpflichtige Stempelspflicht nicht bestand. Es muß die Frage aufgeworfen werden: Auf welche gesetzlichen Bestimmungen stützt sich diese Verfügung? Jemand, welche Gesetzesveränderungen sind in letzter Zeit nicht erfolgt?

Und dann soll nur die Erlaubnis zum Sonntagsgangeln stempelspflichtig sein. Das ist noch sonderbarer, die Stempelspflicht an einen besonderen Tag zu binden. Wahrscheinlich für die Stempelpflicht könnte doch nur ganz allgemein die Ausstellung gewisser Ausweisungen oder Bescheinigungen sein, nicht aber dürfte eine Besteuerung von der Ausübung einer Erlaubnis an einem bestimmten Tage abhängig gemacht werden können.

Wie wir hören, werden Anglervereinigungen in einem bestimmten Falle eine Klage provozieren, um gerichtlich die Ungültigkeit der Verfügung feststellen zu lassen. Sie tun gut daran.

Die Post am Geburtstag des Kaisers. Sämtliche Postanstalten des Ober-Postdirektionsbezirks Berlin sind am Geburtstag des Kaisers von 8-9 Uhr vormittags, 12 bis 1 Uhr und 5-7 Uhr nachmittags für den Verkehr mit dem Publikum geöffnet. Die Briefbestellung findet zweimal vormittags, die Geld- und Paketbestellung einmal vormittags statt.

Die Ursachen der ungewöhnlichen, lang andauernden Trockenheit des vorigen Sommers sind ermittelt. Die Meteorologen vom Reich mögen die Ohren spitzen und uns dankbar sein, daß wir ihnen eine Entdeckung vermitteln, die ihnen sonst wahrscheinlich verborgen geblieben wäre. Der Teltower Kreis-Kalender für 1912 (herausgegeben vom Verlag des „Teltower Kreisblattes“) hat ergründet, woran es gefehlt hat: am richtigen, inbrünstigen Gebet. Wohl haben noch viele im Kreis Teltow den Weg des Gebetes eingeschlagen, „haben so recht aus Herzensgrund gebetet: Herr Gott, erbarme Dich der verborrenden Felder!“ Aber die Zahl der Väter war im Verhältnis zur Masse der Kreisangehörigen doch zu gering, um „Ihn“, den „großen, gütigen, erbarmenden Gott“, zu rühren. Deshalb hat „Er“ die Notzeit uns zum Segen geschickt. Er wollte uns damit plausibel machen, daß die vielen klugen Leute, die es heute gibt, mit all ihrer „Weisheit“, ihren „Forschungen“, ihren „neuen Offenbarungen“ den Feldern, Gärten und Tristen kein Wasser zu beschaffen vermögen, wenn „Er“ es nicht aus den Wolken träufeln läßt.

Da haben also in dem sozialdemokratisch versuchten Teltow-Beeslow-Storkow-Charlottenburg die Berechtigten einmal böse mit den Ungerechten leiden müssen. Merkwürdig bleibt freilich, daß auch in Kreisen, in denen, wie erst jetzt wieder die Reichstagswahlen gezeigt haben, die frommen Väter in der großen Mehrheit sind, die gleiche Trockenheit herrschte wie in Teltow. Doch das geht offenbar den Teltower Kreis-Kalender nichts an. Der erscheint eben nur für die Eingeweihten des Kreises Teltow. Die Eingeweihten anderer Kreise mögen sehen, wie sie sich mit der Geschichte abfinden. Es genügt, wenn für Teltow durch das amtliche Kreisblatt festgestellt wird, womit es gebapert hat. Wenn nun etwa, was leicht möglich ist, das Jahr 1912 sich recht fruchtbar gestaltet, wird dann der Kreis-Kalender auch richtig folgern, daß der 12. Januar „Sein“ Vaterberg so erfreute, daß er das ganze Teltow seiner Gnade über Teltow ausschüttete? Wir wollen es abwarten.

Ungültige Vorschriften von Umsatzsteuerordnungen. Die Umsatzsteuerordnungen unterwerfen allgemein den Erwerb von Grundeigentum, das im Gemeindebezirk liegt, der Umsatzsteuer. Nun enthält die Spandauer Ordnung über die Erhebung einer Umsatzsteuer, gleich den Ordnungen verschiedener anderer Orte, worunter sich auch Berlin befindet, eine Bestimmung folgenden Inhalts:

„Die Steuer gelangt ferner auch im Falle des Wechsels im Personenbestande oder in der Beteiligung am Vermögen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kommanditgesellschaften, Gewerkschaften, eingetragenen Genossenschaften und eingetragenen Vereinen von deren Grundeigentum insoweit zur Hebung, als es der Beteiligung des ausscheidenden oder hinzutretenden Gesellschafters oder Mitgliedes entspricht.“

Auf Grund dieser Bestimmung ist von Spandau und Berlin die Abtretung von Gesellschaftanteilen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung besteuert worden.

Das Oberverwaltungsgericht als letzte Instanz erklärte am 26. Januar derartige Bestimmungen für ungültig und erkannte zugunsten der Kläger. Begründend wurde ausgeführt: Allerdings sei die Besteuerung des obligatorischen Rechtsgegeschäfts zulässig. Aber unzulässig sei es, für eine derartige Besteuerung, wie es hier geschehe, lediglich davon auszugehen, daß die Gesellschaft im Gemeindebezirk Grundbesitz habe.

Inserate für die Sonntagsnummer bittet die Expedition des „Vorwärts“ entweder per Voten oder per Rohrpost zustellen zu lassen, da heute um 10 Uhr vormittags die letzte Briefbestellung stattfindet.

Zu dem dreifachen Raubmord wird jetzt bekannt gegeben, daß unmittelbar nach der Ausföhrung des Mordes dicht vor dem Hause Alte Jakobstr. 94/95 eine Nadelnhrkette gefunden worden ist, an der der Karabiner abgedroschen war. Dies läßt die Möglichkeit zu, daß

sie einem der Mörder gehörte, dem sie bei dem Kampfe von seinen Opfern zerrissen worden ist. Es ist eine einfache Nadelkette, die aus drei nebeneinanderliegenden einzelnen Kettschen besteht, die in der Mitte mit einem Anhänger zusammengehalten werden. Der Anhänger zeigt das Sinnbild von Glaube, Hoffnung und Liebe, also in der bekannten Stellung ein Kreuz, einen Anker und ein Herz. Die Uhrkette ist zur Feststellung des Eigentümers im Hause des Polizeipräsidenten ausgestellt. Sollte durch diese Feststellung ein Mörder ermittelt werden können, so erhält der Kognoszent einen Teil der ausgeschriebenen Belohnung von 3000 M.

Bei der Arbeit tödlich verunglückt ist gestern nachmittag der 80 Jahre alte Klempner Dolar Gürtle aus der Ragstr. 18g. Gürtle wollte im Auftrage des Klempnermeisters Drabandt mit einem Tagelöhner zusammen auf dem Dach des fiskalischen Postgebäude gehörigen Hauses Luisenstr. 4 Reparaturen an einer Rinne vornehmen. Hierbei glitt er plötzlich aus und stürzte kopfüber auf den Hof hinab. Er blieb mit schweren Kopfverletzungen und zerstückelten Gliedern bewegungslos liegen und wurde in die Charité geschafft, wo er aber wenige Minuten später starb. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt. Gürtle war verheiratet und Vater eines Kindes.

Wieder Einer von den „Alten“. Mehr und mehr lichten sich die Reihen der Parteigenossen, die noch unter dem Sozialistengesetz für die Partei tätig waren. So starb in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch der Genosse Johann Diener, den älteren Genossen als Hanne Diener bekannt. Schon Anfang der achtziger war Hanne Diener überall dabei, wenn von der Partei Agitationstouren, Flugblattverbreiten oder Festlichkeiten stattfanden. Nirgends hielt er mit seiner Meinung zurück. Im Dezember 1888 trat er dem Arbeiter-Bezirksverein der Oranienburger Vorstadt und des Wedding bei, der einzigen Organisation der Sozialdemokratie des Nordens, die sich einige Zeit halten konnte. Johann Diener blieb Mitglied bis zur Auflösung. Und als der Wahlverein des sechsten Kreises ins Leben trat, da war er ebenfalls bald Mitglied desselben. Seit Jahren war er nicht mehr politisch organisiert. Durch einen kleinen Flaschenbierhandel schlug er sich kümmerlich durchs Leben. Aber nach wie vor nahm er regen Anteil an dem politischen Leben und immer vertrat er ohne Bedenken das Interesse der Partei. Die Beerdigung findet heute nachmittag 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des städtischen Friedhofs, Ede Müller- und Seestraße, aus statt.

Arbeiter-Bildungsschule. Am Sonntag, den 28. Januar, findet das 21. Stiftungsfest in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97 statt. Das uns vorliegende Textbuch zeigt einen Wagner-Abend an unter Mitwirkung des Berliner Volks-Chors, einer 45 Mann starken Künstlerkapelle, sowie der Solistin Frl. Lucie Haensch (Sopran) und des Herrn Königl. Hofopernsängers Max Gieshewitz (Tenor). Die bisherigen Arrangements der Schule sprechen dafür, daß auch dieser Abend einer der besten zu werden verspricht, und kann denjenigen, die einen wirklichen Kunstgenuss haben wollen, nur empfohlen werden, dieses Fest zu besuchen, sich aber frühzeitig mit Billetts zu versehen. Um jede Störung zu vermeiden, werden die Saalüren beim Beginn geschlossen, während dieser Zeit wird nicht serviert. Die Damenhüte müssen in der Garderobe abgelegt werden; ebenso ist Rauchen nicht gestattet. Pünktliches Erscheinen ist dringend geboten.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt schon wieder einmal die hiesige Kriminalpolizei. Auf einem Kohlenplatz an der Stralauer Allee fand man gestern nachmittag gegen 2 Uhr die Leiche eines neugeborenen Knaben, die in graues Kopfpapier und einem Bettvorleger gewickelt war. Die Nachforschungen nach der Mutter waren bisher ergebnislos. Die kleine Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Seinen Brandwunden erlegen ist gestern der 81 Jahre alte Klempner Kurt Halber aus der Tegeler Straße 89. Halber war am vergangenen Sonntag in Tegel damit beschäftigt, ein zugefrorenes Wasserrohr aufzutauen. Hierbei wurde er plötzlich von einem Ohnmachtsanfall überfallen und stürzte zu Boden. Er fiel so unglücklich, daß er mit dem Körper auf einen mit glühenden Holzlohen gefüllten Eisentopf zu liegen kam. Obwohl ihm sofort Hilfe zuteil wurde, hatte er sich schwere Brandwunden an beiden Beinen und der Brust zugezogen. Man brachte ihn nach dem Paul-Verhard-Stift, wo er gestern nach einem viertägigen großen Schmerzenslager von Tode erlöst wurde. Er hinterläßt seine Frau mit zwei kleinen Kindern die, ihres Ernährers beraubt, jetzt völlig mittellos sind. Die Witwe kann zum Unterhalt vorläufig noch nichts beitragen, weil sie einem Kinde erst vor wenigen Tagen das Leben geschenkt hat.

Verhaftung eines ungarischen Juwelendiebes. Der Schöneberger Kriminalpolizei ist ein guter Fang gelungen; sie verhaftete gestern den aus Budapest gebürtigen 25jährigen Martin Goldschmidt, den nach Verübung eines großen Juwelendiebstahls und anderer Straftaten nach Berlin geschickt war. Goldschmidt, der der Sohn wohlhabender Eltern ist und fast sämtliche moderne Sprachen spricht, hatte sich bis Ende vorigen Jahres in Frankreich aufgehalten und dann von Le Havre aus die Heberfahrt nach Amerika angetreten. Auf dem Schiffe lernte er eine junge, hübsche, blonde und reiche Amerikanerin kennen, die sich zu dem stillen und feurigen Ungarn bald hingezogen fühlte, zumal G. alle Segel aufzog, um die reiche Amerikanerin für sich zu gewinnen. Bei der Ankunft in New York bezogen die beiden dasselbe vornehme Hotel und das junge Mädchen hatte bereits zu ihrem Gefährten so viel Zutrauen gefaßt, daß sie ihm einen Brief, der einen auf eine größere Summe lautenden Scheck enthielt, zur Beförderung übergab. Goldschmidt behielt jedoch die Anweisung für sich und benutzte überdies die erste sich bietende Gelegenheit dazu, um der Amerikanerin ihre sämtlichen kostbaren Schmuckstücke zu rauben. Mit der Waise, die mehrere tausend Dollar wert ist, floh der Gauner nach Budapest, wo seine Eltern wohnen. Hier begab er sich zu dem Juwelier Friedmann, dem er dorischwindelte, er sei von seinem Vater beauftragt worden, von dem Juwelier 500 Kronen zu leihen und außerdem eine Kollektion goldener Ringe zur Auswahl zu erbitten. Friedländer, der die wohlhabenden Eltern des G. sehr gut kannte und mit diesen in Geschäftsverbindung stand, trug keinerlei Bedenken, dem Ersuchen des Gauners zu entsprechen, der nach Verübung dieses Verbrechens nach Berlin reiste. Hier versuchte er zunächst den gestohlenen Scheck bei der American Express Company in der Charlottenstraße zu Geld zu machen. Die Post beanstandete jedoch die Auszahlung, weil der Scheck einen kleinen Formfehler aufwies. Als Goldschmidt dann wiederholt bei anderen Bankinstituten den Scheck vergeblich zur Zahlung vorlegte, erhielt die Kriminalpolizei Kenntnis hiervon. Der Ungar wurde beobachtet und nach vieler Mühe gelang es schließlich der Schöneberger Kriminalpolizei, die Wohnung des G. in Schöneberg zu ermitteln, wo er gestern festgenommen wurde. Bei einer Hausdurchsuchung wurden bei dem Verhafteten zahlreiche Fingerringe über verstreute Juwelen sowie ein Teil der in New York geraubten Schmuckstücke vorgefunden. Goldschmidt wurde gestern nachmittag dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Ein frecher Handtaschenräuber ist gestern im Norden der Stadt aufgetreten. Die Frau eines Kaufmanns aus der Choriner Straße 52, sah, als sie gestern abend gegen 7 Uhr an der Ecke der Schönhauser Allee und der Oderberger Straße einen Straßenbahnwagen verließ, wie ein Mann ihr in verächtlicher Weise folgte. Sie kümmerte sich aber weiter nicht um ihn. Als sie nun in ihr

Haus ging, schlüpfte derselbe Mensch mit hinein. Sie wollte nun machen, daß sie schnell ihre Wohnung erreichte. Auf der ersten Treppentritt aber rief ihr der Mann die Handtasche aus der linken Hand und eilte damit davon. Auf das Hilfsgeheul der Frau eilten auch im Hofe beschäftigte Arbeiter herbei, die noch gerade sahen, wie der Räuber in der Richtung nach der Schwedter Straße zu davonlief. Er wird beschrieben als ein ungefähr 25 Jahre alter untersehter Mensch, der einen bräunlichen Jodettanzug und eine dunkelgraue Sportmütze trug.

Zur Frage der Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen erläßt der Polizeipräsident folgende Bekanntmachung: Aus Eingaben und Beschwerden von Kleinhändlern habe ich entnommen, daß das am 1. Januar d. J. in Kraft getretene Ortsstatut der Stadt Berlin vom 14. Oktober 1911 über Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen von den Polizeireviere ungleich gehandhabt wird. Die Reviere sind deshalb angewiesen worden, nur für solche Geschäfte die bisherige Verkaufszeit auch ferner zuzulassen, die ausschließlich Nahrungs- und Genussmittel verkaufen, da nur auf diese der § 1 des Ortsstatuts bezüglich der Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern an Sonntagen und Feiertagen keine Anwendung findet. Für alle übrigen Geschäfte, auch wenn sie nebenbei Nahrungs- und Genussmittel führen (z. B. Seifenhandlungen und Drogerien), ist der § 1 des Ortsstatuts maßgebend. In diesem Sinne wird nunmehr strenge Kontrolle geübt und jede Uebertretung zur Anzeige gebracht werden.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 20. d. Mts. 9 Uhr abends wurde an der Endstation der Omnibuslinie 5 (Bälowitzstraße) im Auto-Omnibus eine unbekanntes Frauenstrolch in bewußtlosen Zustande aufgefunden und nach dem städtischen Krankenhaus am Urban geschafft, wo sie noch besinnungslos daniiederliegt. Die Person ist etwa 25-30 Jahre alt, 1,66 Meter groß, von kräftiger Gestalt, hat braunes volles Haar und hat alte Operationsnarbe in der Mitte des Bauches. Sie war bekleidet mit schwarzem Rock, an dem sich vorn zwei Reihen mit je 4 Knöpfen befinden, einer schwarzen Bluse mit Epizentragen, weißem Hemd M. T., weißem Barockunterrock M. T. und gelben Schürchen M. T. gezeichnet, halb-langen graubraunen, fein karierten Winterpaleot, schwarzen runden einfachen Filzhut. Mitteilungen werden von der Kriminalpolizei zu 378 IV/55. 12 im Zimmer 409 oder von jedem Polizeirevier entgegen-gemommen.

Die Klosterstraße zwischen König- und Sieberstraße wird wegen Pflasterarbeiten vom 20. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Der „Verband der Laubenkolonisten Berlins und Umgegend“ hielt am Sonntag, den 21. Januar, in den „Sophien-Sälen“ seine diesjährige Generalversammlung ab. Der Verband hat im verfloffenen Jahre 21 Vereine gewonnen. Es ist dem Verband gelungen, für gefändigte und leider auch vom Generalpächter gemahregelte Kolonisten Verbandskolonien einzurichten, deren er im letzten Jahre vier anlegte. Der Verband hat für ein annähernd 300 Morgen großes Laubland das Vorkaufsrecht erworben. Es wurde ein Antrag angenommen, der eine Versicherung der Lauben gegen Feuerchaden in eigener Regie“ vorsieht und eine Kommission gewählt, welche die näheren Bestimmungen ausarbeiten soll.

Zeugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie in der Nacht vom Sonnabend, den 6., zum Sonntag, den 7. Januar, an der Ecke Gabelbergstraße und Frankfurter Allee zwei Personen verhaftet und nach der Polizeiwache Prossauer Straße gebracht wurden, werden gebeten, ihre Adresse an Wag Janisch, Frankfurter Allee 50, Hof 4 Treppen, gelangen zu lassen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Stadtverordnetenwahl am morgigen Sonntag.

Morgen Sonntag, den 28. Januar, finden in den Stunden von 9-6 Uhr, für den 3. und für den 6. Kommunalbezirk Neuwahlen für das Stadtverordnetenkollegium statt. Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind:

Für den 6. Bezirk: Wilhelm Ahrens, Buchdrucker.

Für den 3. Bezirk: Hermann Scheel, Kassenbote.

Veräume kein Kommunalwähler obiger Bezirke sein Wahlrecht auszuüben!

Sorge jeder dafür, daß die Kandidaten der Sozialdemokratie mit großer Majorität gewählt werden.

Rixdorf.

Ein Sittlichkeitsattentat wurde vorgeführt in der Person des arbeits- und wohnungslosen 28-jährigen Hermann Berger festgenommen. Der Unhold hatte in dem Hause Viktoriastr. 55 ein leibhaftiges Mädchen, das aus der Schule kam, im Hausflur überfallen und vergewaltigt. Auf das Schreien des Kindes kam ein in demselben Hause wohnender Arbeiter hinzu, der sofort die Verfolgung des nun flüchtenden aufnahm. Nach einer längeren Jagd, an der sich auch zahlreiche Passanten beteiligten, gelang es schließlich, den Verbrecher nach heftiger Gegenwehr zu überwältigen. Der Unhold wurde dem ersten Rixdorfer Polizeirevier zugeführt.

Die Ortsgruppe Rixdorf des Bundes der Festbesoldeten wendet sich in einem Eingelände der „R. P.“ gegen den sozialdemokratischen Redner, der sich in der letzten Stadtverordnetenversammlung bei Beratung des Antrages Wehle und Genossen grundsätzlich gegen die lebenslängliche Anstellung der Beamten gewendet hat. In dem Eingelände heißt es: Vergleiche mit hiermit das Wohlwollen, welches diese Partei vor den Reichstagswahlen in ihren Flugblättern den Beamten entgegenbrachte, so sieht man, daß dieses große „Wohlwollen“ lediglich auf dem Papier steht. Die Festbesoldeten aber erkennen hieraus klar und deutlich: „Wo steht der Feind?“

Die Ortsgruppe Rixdorf des Bundes der Festbesoldeten muß, wenn sie die Stellung der Sozialdemokratie, wo immer es sei, verfolge, wissen, daß die Sozialdemokratie stets für eine notwendige Verrückung der Beamten eingetreten ist. Zu der in unserem bürokratischen Staatswesen üblichen lebenslänglichen Anstellung der Beamten können sich sozialdemokratische Vertreter allerdings nicht verstehen. Sie befolgen dabei nur dieselben Grundzüge, die in der Sozialdemokratie wie in der modernen Arbeiterbewegung üblich sind, indem sich hier jeder angestellte Beamte nach einem gewissen Zeitraum zur Reuewahl stellen muß.

Daß damit, daß wir diese Stellung auch den heutigen staatlichen und Kommunalbeamten gegenüber einnehmen, das in den Flugblättern entgegengebrachte Wohlwollen in Frage gestellt ist, wird außer der Ortsgruppe Rixdorf des Bundes der Festbesoldeten nur schwerlich jemand behaupten können.

Mariendorf.

Die letzte Gemeindevorstellung hatte sich zunächst mit dem Projekt der Durchführung der Teltower Kreisbahn, die bisher vom Bahnhof Steglitz bis zum Bahnhof Südende geht, in Zukunft aber bis Mariendorf, Kaiserstraße, Ecke Chausseestraße, verlängert werden soll, zu beschäftigen. Dem Projekt selbst lagen drei wichtige Anträge des Kreisausschusses zugrunde. Vor allem handelt es sich um die Verlegung des schon gebauten Straßenbahnkanals in der Ringstraße vom Bahnhof Mariendorf bis zur Kanalbrücke. Der Kreisausschuss vertritt die zum Teil von der Gemeindevorstellung anerkannte Auffassung, daß bei dem späten Winkel, den die Kreisbahn am Bahnhof Mariendorf in die Ringstraße wachen muß, eine große Verkehrsgefahr entsteht, die bei der abfälligen Unterführung am Bahnhof noch vergrößert wird; er verlangt daher, daß das Straßenbahnkanalstück von der Südseite nach der Nordseite verlegt werden soll. Dies bedeutet natürlich für die Gemeinde eine ganz gewaltige Ausgabe, um so mehr, als die Ringstraße erst in der

letzten Hälfte des verfloffenen Jahres ausgebaut wurde. Im Laufe der langen Debatte machte der Gemeindevorsteher Dr. Früh folgende für die Ausführung des alten Vorhabens wesentliche feststellende bemerkenswerte Feststellungen. Am 25. Juli v. J. fand in dieser Angelegenheit mit der zuständigen Behörde in Bahnbauangelegenheiten ein Lokaltermin statt, an dem von Mariendorf der Gemeindevorsteher nebst dem Schöffen Rathon teilnahmen. Die gepflogenen Verhandlungen wurden protokolllarisch festgelegt und ergaben jetzt, daß damals schon das Straßenbahnkanalstück auf der Nordseite verlangt wurde. Der Verlegung wurde weder das Protokoll vorgelesen, noch sonst etwas berichtet. Zu der Zeit war aber gerade die Straße erst in Bau genommen und es wäre damals eine Kleinigkeit gewesen, das Straßenbahnkanalstück nach der Nordseite zu verlegen. Der Gemeindevorsteher Westphal hat dies einfach nicht beachtet. Die Anlage blieb auf der Südseite und jetzt muß die Gemeinde die Kosten tragen. Genosse Reichardt ferner machte dies Verhalten in gebührender Weise. Leider ist keine Möglichkeit vorhanden, um den Herrn regreßpflichtig machen zu können.

— Im wenigstens etwas Kosten zu sparen, einigte sich die Vertretung dahin; bis zur Kanalbrücke das Straßenbahnkanalstück fallen zu lassen und das Straßenbahnkanalstück bis dahin in die Mitte der Ringstraße zu legen. Ferner wurde beschlossen, das Straßenbahnkanalstück überall, bis auf die Uebergänge, die Steinpflaster haben müssen, mit Rasen zu bedecken. Die zwischen Blumenweg und Kaiserstraße geforderte Weiche verlangt die Verringerung des Bürgersteiges um 40 Zentimeter, die ebenfalls genehmigt wurde. An Kosten hat die Gemeinde den einmaligen Beitrag von 100 000 Mark zu zahlen und im ferneren nur die Unterhaltungskosten des Rasens usw. zu tragen, bis auf den Umbau des Straßenbahnkanalstücks in der Ringstraße, den die Gemeinde gleichfalls herzustellen muß. Die Errichtung eines Gewerbegerichts, das die Vertretung im vorigen Jahre zum 1. April d. J. im Prinzip beschlossen hatte, wird jedenfalls zu einem späteren Termin hinausgeschoben werden müssen, da sich der neue Gemeindevorsteher bisher noch nicht damit beschäftigen konnte. Dem Gemeindevorsteher wurde hierauf von unseren Genossen noch folgendes zur Prüfung und Annahme unterbreitet: Die Gemeindevorsteherwahl für die 3. Wählerklasse im März nicht mehr an zwei für jeden Ortsteil besonderen Tagen, sondern bei der immer geringen Beteiligung in Südende an einem Tage in einem Lokale vollziehen zu lassen. Ferner die Wahlen auf einen Sonntag festzusetzen. Bei der Begründung wies Genosse Reichardt auf die Versuche anderer Kommunen hin. — Vom Genossen Winter wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der des Sonnabends stattfindende Kartoffelverkauf der Gemeinde jetzt einen erheblichen Zupruch zu verzeichnen habe; allein am letzten Sonnabend seien 187 Zentner in Quanten von 10-50 Pfund verkauft worden. Es hätten bei dem Andrang wieder viele Leute leer nach Hause gehen müssen. Er empfahl daher der Vertretung, schnellstens in Erwägung zu ziehen, ob nicht noch einmal ein Einlauf gemacht werden könnte, denn von den 2000 Zentnern sei nicht mehr viel übrig, und gerade jetzt bei den steigenden Preisen könne die Gemeinde für viele segensreich wirken.

Mariensfelde.

Die diesjährige Gemeindevorstellung, die außer im Gemeindevorsteher auch beim Genossen Kreuzberg, Rankwitzerstr. 11, eingesehen werden kann, weist 636 Wähler auf. Davon gehören zur 1. Kl. 4, zur 2. Kl. 89 und zur 3. Kl. 503. Der höchste Steuerfuß in der 1. Kl. beträgt 25 400 M., der niedrigste 3365 M.; die 2. Kl. beginnt mit 2563,30 M. und endet mit 553,87 M.; zur 3. Kl. gehört, wer 588,39 M. bis darunter zu 7,80 resp. 4,80 M. bezahlt. Bei dem Satz von 7,80 sind bekanntlich 3 M. Staatssteuern eingerechnet angenommen. Es sind in diesem Jahre in der 3. Klasse 65 Wähler mehr als das vorige Mal. Es scheidet in dieser Abtheilung der in diesem Ort als Dauerredner bekannte Herr Otto Gerde aus.

Ober-Schöneweide.

Die Frage der Müllbeseitigung ist durch den Verlauf der Wahlen an die Stadt Berlin äußerst schwierig geworden, indem Berlin nunmehr die Benutzung des in der Wohltheide gelegenen Ablageplatzes gefändigt hat. Die fernere Beseitigung des Mülls wird die Gemeinde jedenfalls auf dem Eisenbahnwege, allerdings unter erheblichen Mehrkosten vornehmen müssen. Von den Grundbesitzern ist geplant, das Hausmüll durch die Berliner Wirtschaftsgenossenschaft abfahren zu lassen.

Wildau-Boherlschme.

Bei der Durchsicht der Gemeindevorstellung hat sich ergeben, daß fast alle Chambregaristen, auch solche, welche schon vor vier Jahren mit gewählt haben, nicht in der Liste enthalten sind. Wir erlauben unsere Genossen, soweit sie mit solchen Kollegen in Verbindung kommen, dieselben darauf aufmerksam zu machen, damit noch rechtzeitig Einspruch erhoben werden kann. Diejenigen, die verhindert sind, selbst Einsicht in die im Gemeindevorsteherausliegende Liste zu nehmen, können sich an den Genossen Länger (Zigarrengeschäft) wenden, der sich zur Einsichtnahme bereit erklärt hat.

Notawetz.

Die Gemeindevorstellung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung fast ausschließlich mit der Frage des Grunderwerbes anlässlich der Eisenbahnüberleitung. Der Bürgermeister bemerkte, daß es sich hauptsächlich um Geländeerwerb zwecks Anlage der neuen Ringstraße, jetzt Mollkestraße, und zur Vergrößerung des Grundstücks der Höheren Mädchenschule handle. Herr Stadtrat Levy hatte sich seinerzeit zur kostenfreien Übergabe des zur Anlage der neuen Straße benötigten Geländes von 15 Meter Breite bereit erklärt, dieses Angebot jedoch wieder zurückgezogen, als die Gemeinde gegen die vom Hofas geplante Verlegung der alten Ringstraße Protest erhob. Er verlangte nun, daß die Gemeinde einen 5 Meter breiten Geländestreifen käuflich erwerbe. Nach erneuten Verhandlungen habe sich Herr Levy zur Aufrechterhaltung des ursprünglichen Angebots bereit erklärt, dies jedoch von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig gemacht. So wünschte er zum Beispiel Befreiung von Landwerbs- und Pflasterungskosten für die neue Mollkestraße, auf Antrag Dauerlaubnis für Gebäude an dieser Straße ohne irgendwelche Anlegerkosten, Befreiung von Kanalisationskosten in der neuen Mollkestraße, Dauerlaubnis auch an dieser Straße ohne irgend welche Beschränkung, das Recht — wie solches auch für die alte Ringstraße bestand —, über die Mollke- und Mollkestraße hinweg unterirdische Kabelleitungen zu verlegen, um seine an diesen Straßen belegenen Terrains mit elektrischem Strom aus der eigenen Zentrale zu versorgen, Verpflichtung der Gemeinde, von ihrem Gelände in der Bismarckstraße einen vor seinen Grundstücken Nr. 17-21 belegenen 3 Meter breiten Streifen der Eisenbahn unentgeltlich zu übereignen, Erwerb eines des Bodachischen Erben gehörigen Gebäudes südlich der Bahn durch die Gemeinde und gebühren- und lastenfreie Uebertragung desselben an die Eisenbahn zwecks Anlage der Mollkestraße sowie Genehmigung der Gemeinde zu einer elektrischen Hängebahnanlage über die Bismarckstraße hinweg auf sein Grundstück. Das von der Gemeinde für eigene Zwecke gewünschte Terrain, nämlich erstens die vor dem Junckerischen Grundstück längs der Mollkestraße liegenden Geländestreifen von circa 140 Quadratmeter, zweitens den hinter dem Junckerischen Grundstück liegenden Teil des Gartenlandes bis zur Höhe des Schulgrundstücks, etwa 400 Quadratmeter, will Herr Levy zum Selbstkostenpreis, d. i. 20 M. pro Quadratmeter, hergeben. — In der Diskussion wandte sich Genosse Reumann gegen die von Herrn Levy der Gemeinde gelehrte Frist bis zum 28. d. M. Diese sei in Anbetracht der Wichtigkeit des Vertrages viel zu kurz und könne zu Beschlüssen führen, die sich später als verfehlt erweisen könnten. Auch sei der geforderte Preis von 20 M. pro Quadratmeter des angebotenen Geländes zur Erweiterung des Schulgrundstücks und für die Masse am Junckerischen Grundstück geradezu exorbitant. Der Ankauf des Bodachischen Geländestücks sei lediglich Angelegenheit der Gemeinde; in dieser Beziehung habe weder Herr Levy noch der Eisenbahnhof etwas zu fordern. Die geforderte unüberrückliche Genehmigung zur Anlage

der Hängebahn dürfe die Vertretung nicht erteilen, auch müsse die Gemeinde an dem Eigentumsrecht an der Bismarckstraße festhalten. In der vorliegenden Gestalt dürfe der Vertrag unter keinen Umständen die Genehmigung der Vertretung finden; es sei vielmehr angebracht, denselben an die Begehrkommission zurückzuerweisen, um eine den Wünschen der Gemeinde entsprechende Änderung herbeizuführen. Der Bürgermeister erklärte die der Gemeinde gestellte kurze Frist damit, daß zwischen Herrn Levy und der Eisenbahn gleichfalls Verhandlungen schweben, die aber ihre Erledigung erst dann finden können, wenn Herr Levy mit der Gemeinde im Klaren ist. Der geforderte Preis von 20 M. pro Quadratmeter sei nicht zu hoch. Gemeindevorsteher Rathon ist bezüglich des Vertrages derselben Meinung wie Gen. Reumann. Auch er hält es für notwendig, daß die Gemeinde Eigentümerin der Bismarckstraße werde und an Herrn Levy die Forderung auf Auflösung des Terrains der alten Ringstraße, das vor dem Mollkerischen Grundstück liegt, stellt. Da der Wunsch nach Änderung des Vertrages auch von den übrigen Vertretern unterstützt wurde, erklärte sich der Bürgermeister zu einer noch weiteren Verhandlung mit Herrn Levy bereit. — Der letzte Punkt des öffentlichen Teils betraf die Entgegennahme der Auflösung eines Straßenteils an dem neu eröffneten Teil der Rietensstraße. Die Uebernahme der verlängerten Viktorstraße nahm die Vertretung ohne Widerspruch entgegen.

Potsdam.

Ein Brillantenimitator wurde gestern verhaftet. Der Verhaftete schickte gestern einen Dienstmann in ein Pfandinstitut mit ein Paar Ohrringen und forderte dafür 300 M. Der Pfandleiber schöpfte Verdacht und verständigte die Kriminalpolizei, die bald die Person des Auftraggebers ermittelt hatte. Man prüfte die Steine, die für den Laien absolut täuschend nachgemacht waren und sogar Fachleuten als echt vorliefen. Es bestand aber kein Zweifel mehr, es mit gelungenen Imitationen zu tun zu haben. Bei den Nachforschungen stellte es sich heraus, daß derselbe Institutsinhaber bereits angelegliche Verantränge, ohne den Simillarität der Steine erkannt zu haben, in Pfand genommen hatte. Wegen Betruges flüchtete der Kriminalpolizei diesen „Brillantenimitator“, der nach längerem Verweigen angab, die Brillanten selbst verfertigt und gefälscht zu haben. Der „Fabrikant dieser echten Brillanten“ dürfte auch in Berlin zahlreiche Personen täuscht haben. Er ist mit dem 27-jährigen Goldarbeiter Adolf Lang aus Böhmen identisch. L. wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Sonntag, den 28. Januar: Besichtigung der Arbeiterwohnanstalt in Charlottenburg. Treffpunkt vormittags 9 Uhr, am Untergrundbahnhof Kollendörferplatz. Der Verein Jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen für Adlerhof und Umgegend hält am Sonntag, den 28. Januar, in Alt-Glienide, im Lokale von Henschel, Grünauer Straße 29, eine Jugendversammlung ab. Tagesordnung: Vortrag: „Wir sind die Zukunft.“ Diskussion. Aufnahme neuer Mitglieder. Die Versammlung beginnt Punkt 3 Uhr nachmittags und bitten wir alle Freunde unserer Sache um rege Beteiligung. Die Mitglieder von Adlerhof marschieren um 2 Uhr zum Jugendheim ab.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 28. Januar, vormittags 9 Uhr, Pappstraße 15-17, und Abend, Idealpassage: Freireligiöse Versammlung. Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Fraulein S. Wilmann: „Religiöse Berrörungen.“ — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (Eingekleidete Hülfsklasse 29, Hamburg). Filiale Baumfchulenweg. Sonnabend, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Köding, Baumfchulstraße 67: Mitgliederversammlung.

Unserem Genossen u. Genossin
Richard Westphal und
Margarete Schabow die
berühmten Gladmäße zur
Bermählung. 2015b
Die Genossen
des 443. Bezirks, 5. Kreis.

Unserem Kollegen
Gustav Troscka
nebst seiner jungen Frau
die besten Wünsche zur heutigen
Eheschließung!
Seine Kollegen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.

Am 21. Januar verstarb unser
Genosse, der Schlosser
Paul Michler
Thurneisserstr. 5.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonnabend, den 27. Januar, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Reichs-
halle des städtischen Friedhofes,
Seestraße, Ecke Mollkestraße,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein
Rixdorf.

Den Vorstehern zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Metallarbeiter
Otto Goßlau
Schiller-Promenade 18 (21. Bez.)
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 28. d. Mts., nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Reichs-
halle des Neuen Jakobikirchhofes,
Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Rixdorf.
Zentral-Krankenkasse der Maurer etc.
„Grundstein zur Einigkeit“.
Sonntag, den 28. Januar,
vormittags 10 Uhr,
im Lokale von D. Wolf, Kirchhoffstr. 41:
Mitglieder-Versammlung!
Tagesordnung:
Abrechnung vom 4. Quartal und
Jahresbericht; Wahl der ständigen
Verwaltung; Bericht des
Jahreslichen Besuchs erwarlet
149/1 Die Ortsverwaltung.

Kranken- und Sterbefälle der
Jahresherren, Ruffsch
und verwandten Berufsgruppen
„Eintracht“ (E. S. Nr. 80)
zu Berlin, Gormannstraße 28.
Montag, den 29. Januar 1912,
abends 8 1/2 Uhr,
im „Reichthaler Vereinslokal“,
Reichthalerstr. 57:

Ordnung
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Jahres- und Rechenhafterbericht
für das Verwaltungsjahr 1911.
2. Wahl des Vorstandes und der
Rechenrevisoren.
3. Bericht des
26406 Der Vorstand.

Krankenkasse
der
Hutmacher-Gesellen
zu Berlin. (E. S. 67.)
Mittwoch, den 31. Januar 1912,
abends 8 1/2 Uhr,
Große Hamburger Str. 18/19:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Rechenbericht.
3. Wahl des Vorstandes. 4. Wahl
von zwei Revisoren. 5. Bericht des
Um zahlreiche und pünktliche Er-
scheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand. 285/17
L. Georgelowitz

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
sicht am
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Der Verkauf der zurückgelieferten
Monatsgarderobe
des größten Abonnementshauses
für feine Herrenbekleidung J. STOCK & Co. befindet
sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstr.,
Eingang Johannisstr. Anzüge und Paletots v. 10 M. an.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).

Mitglieder-Versammlungen

finden statt:

Bezirk A am Sonntag, den 28. d. Mts., vormittags 10^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 9.

B am Sonntag, den 28. d. Mts., vormittags 10^{1/2} Uhr, bei Schiert, Wiener Straße 25.

C am Sonntag, den 28. d. Mts., vormittags 10^{1/2} Uhr, bei Baetsch, Alte Fuhlsbüttel 18/19.

D am Sonntag, den 28. d. Mts., vormittags 10^{1/2} Uhr, bei Hammel, Sophienstr. 5.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Kassenbericht vom 4. Quartal 1911. 3. Verschiedenes. Im Bezirk D findet die Wahl eines Revisors statt.
255/15 Die Ortsverwaltungen.

Zentralkranken- u. Sterbekasse der Zimmerer

(E. H. Nr. 2, Hamburg.) Deutsche Verwaltung Berlin.

Dienstag, den 30. Januar, abends 8^{1/2} Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (großer Saal):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Zahl der Revisoren. 3. Stellungnahme zur Generalversammlung und Wahl der Delegierten.
Mittagessen legitimiert!
Der Vorstand. 253/1*
A. H.: Richard Schröder, Berlin O., Köpenicker Str. 7, vom IV.

Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12.
Besitzer: Otto Schilling.
Säle m. Theaterbühne, 150-400 Pers., 9 Bercinszimmer, 2 Regelbahnen an Gewerkschaften und Vereine unter günstigen Bedingungen zu vergeben.
Sonnabende und Sonntage noch frei. — Amt Norden Nr. 2433.

Tyloßbrünn-Floßfabriken

Sollte ja das Ansehen, das
Luffen zuiffigen wir Weges
Luffe zuiffen, große Anfor-
derungen gestellt was kann

Die Qualität ist unanfechtbar!

Theater.

Sonnabend, 27. Januar 1912.
Anfang 8 Uhr.

Stefan Sarrasani. Große Vorstellung.
Anfang 8^{1/2} Uhr.

Neues Schauspielhaus. Agnes Bernauer.
Anfang 8^{1/2} Uhr.

Berliner. Torquato Tasso.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Tonduskrahe 48/49.
Aus dem Leben des Meeres.
Welle-Alliance. Königin Luise.
Luisen. Frau Holle.
Rosa. Frau Holle.
Anfang 7^{1/2} Uhr.

S. Schauspielhaus. Die Entführung aus dem Serail.
Deutsches. Arcandot.
Haberland. Spezialitäten.
Virtus Busch. Gala-Vorstellung.
Virtus Schumann. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Tonduskrahe 48/49.
Von Meran zum Orler.

R. Cyrenhaus. Der große König.
Kammerstücke. Eine glückliche Ehe.
Leitung. Gudrun.

Neues Schauspielhaus. Fiat Justitia.

Reichens. Alles für die Firma.
Anführer. Der Schmutz der Madonna.

Komische Oper. Nigolotto.
Wolken. Wiener Blut.
Lustspielhaus. Die Damen des Regimentes.

Berliner. Große Hofnen.
Neues Operetten. Eva.
Schiller O. Der Weg zur Hölle.
Sarrasani. Charlottenburg. Der Almetereffer.

Gebr. Wilt. Schauspielhaus.
Luisen.

Neues. Die kleine Freundin.
Luisen. Berlin O.
Rosa. Salon und Kloster.
Königsgräber Straße. Die fünf Bräutigame.

Kleines. Kottbus Geburtsstag.
Gehy und Janny Ehler. Heden-
jos.

Metropol. Die Nacht von Berlin.
Luisen. Das kleine Café.
Thalia. Söldnerische Bittschaft.
Kallio. Der Kampf um Dasein.
Wolke. Spezialitäten.
Serravallo. Schmerzliche Behandlung.
Das Kind der Firma.
Weißbäcker. Stettiner Sänger.
Adolph-Hof. Im Taumel des Glückes. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Anfang 8^{1/2} Uhr.

Golles Caprice. Mandelblatts
Volterabend. Volgerassen. Wofen-
lung.

Waldhalla. Teufel, das hat einge-
schlagen!

Neues. Die Welterin und ihr Kind.
Boigt. Geschlossen.
Anfang 8^{1/2} Uhr.

Neues Volkstheater. Fittchen.
Der verdorbene Krug.
Welle-Alliance. Teufel.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr:
Große Hofnen.
Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Abends 8 Uhr:
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die kleine Freundin.
Sonntag nachmittags 3^{1/2} Uhr:
Das Mädel von Montmartre.

Abends 8 Uhr:
Reichens-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
(Aimé des femmes.)
Schwan in 3 Akten von R. Hennequin
u. G. Mitchell. Für die deutsche Bühne
bearbeitet von Volten-Baeders.
Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma.

Abends 8 Uhr: Wiener Blut.
Sonntag nachm. 3^{1/2} Uhr: Fata Morgana.
Sonntag 8 Uhr: Wiener Blut.
Mont. 8 Uhr: Musikisches Ballet.

4 Uhr: Königin Luise.
8^{1/2} Uhr: Teufel. Bierliches
Gastspiel Ferdinand Bonn.
25. Donnerstag, 1. Februar, täglich:
Napoleon Bonaparte und seine Frauen.

Sonabend 4 Uhr: Frau Holle.
Abends 8 Uhr: Berlin O.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Wir
tanzen durchs Leben.
Abds. 8 Uhr: Der Verschwenker.

Bellealliance-Theater.

4 Uhr: Königin Luise.
8^{1/2} Uhr: Teufel. Bierliches
Gastspiel Ferdinand Bonn.
25. Donnerstag, 1. Februar, täglich:
Napoleon Bonaparte und seine Frauen.

Sonabend 4 Uhr: Frau Holle.
Abends 8 Uhr: Berlin O.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Wir
tanzen durchs Leben.
Abds. 8 Uhr: Der Verschwenker.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Nachmittags 4 Uhr:
Frau Holle oder: Gold-
marie und Beckmarie.
Abends 8 Uhr: Salon und Kloster.
Sonntag 8 Uhr: Bußlinge. 8 Uhr:
Salon und Kloster.

Metropol-Theater.

Anfang 8 Uhr. Hausen gestaltet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von
Hilf. Freund. Wuffl von G. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.
Morgen nachm. 3 Uhr: Wilt Geheuer.

BUNTE BÜHNE

Kabarett und Theater.
Jeden Mittwoch, Sonnabend,
Sonntag:
Theater Alt-Berlin
Blumenstr. 10.
Anfang 8^{1/2} Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Kunstlauf-Produktionen.
Abends die Novitäten:
Tänze a. d. Elbe, Rhein-
länder, Russisch, Engl.,
Alt-Wiener Walzer und
Die kleine Charlotte.
Der norwegische Meister
Harry Paulsen
sowie d. prächt. Eisballett
Alpenzauber.
Bis 6 Uhr u. von 10^{1/2}
Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant L. Rangos.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren

Arbeiter-Gesang. „Morgengrauen“ (M. d. D. A.-S.-B.)
Sonntag, 28. Jan., in „Mörners Festsälen“, Köpenstr. 29
Ein Fest-
spiel: **Der Meistersinger v. Nürnberg.**
Schauspiel mit Gesang X 3 Musikkapellen
Hiermit laden wir unsere Freunde und Gönner zu einem fröhlichen **altdeutschen Feste** ein. Das alte Nürnberg mit seinen ehrwürdigen Türmen und Giebeln, seiner gewaltigen Burg, seinen Folterkammern, aber auch mit seinen poesiemalenden Stätten, der Katharinenkirche, dem Bratwurstglockle, den Patrizierzimmern und nicht zum letzten dem grünen Ager, wo die Meistersinger erklagen und die Jugend den Reigen tanzt, wird uns für einen Abend in seinen Mauern beherbergen. Edelweiss, Ratschreiber, Handwerker aller Art, die Kaufmannschaft, Landsknechte, Raubritter, Herolds und sonstiges Getriebsame werden sich in großen Gruppen vereinigen; sie bilden einen großen **historischen Festzug** mit symbolischen Prachtwagen.
Nach dem Bühnenfestspiel und dem Festzug:
Gr. Festball und Tombola.
Die Festzeitung mit Programm und Festzug-Erklärung wird an der Tageskassa für 10 Pf. verabreicht.
Im Bratwurstglockle dürfen ganze und halbe Würste nicht auf den Fußboden geworfen werden. Für Klagen über zu große Würste liegt das Beschwerdebuch aus. Auch ist in der Folterkammer die „eiserne Jungfrau“ nicht zu belästigen. Preußisch sprechen verboten! Das Fest wird geleitet vom Genossen Kanofsky.
Sealöffnung 3 Uhr. Billett 75 Pf.
Um zahlreiche Beteiligung bittet Das Festkomitee.

Luna-Park.

Ausschank von
„Triumphator“
aus dem Münchener Bürger-Bräu.
„Wintersportfest“
in Berchtesgaden.
Volksbelustigungen, sonst. Attraktionen.
3 Kapellen.

2 Olympia-Bälle

1 M. Loge 2 M.
Vorverkauf A. Wertheim
Sonnabend d. 27. Jan.
Anfang 9 Uhr.
Nur einmal i. d. Saison
in den grössten Festsaal der Welt verwandelt.
D. 20 besten Clowns i. d. Quadrille der Wahnsinnigen
Amerikan. Olympia-Cottillon
Sensationelle Unterhaltungen.
2 Monstre-Orchester
Sonntag d. 28. Jan.
Anfang 4 Uhr.
Loge 1 M.
50 Pf.

MOBEL MESSE

AUSSTELLUNGHALLEN AM ZOO
BERLIN 1912 VOM 20. 30. JANUAR
EINTRITTSFREI! GEÖFFNET V. 10-8 UHR

Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108-111.
Täglich:
Bockbierfest in den bayerischen Alpen.
4 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. — Entree 30 Pf.

„CLOU“

Berliner Konzerthaus,
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 00/01.
Großes Konzert
!!! Zillerhafer und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler !!!
Anstich von 3 Königsbräu, dem köstlichsten aller Münchener Doppelbiere.
Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
4 Uhr:
Aus dem Leben des Meeres.
8 Uhr:
Von Meran zum Orler.

Zirkus Busch
Sonnabend, 27. Jan., ab. 7^{1/2} Uhr:
Große Galavorstellung.
Gastspiel Gertr. Arnold
Die Hexe.
Besonders hervorzuheben:
Der Traum des Hexenmeisters
(eine Darstellung des Volks-
aberglaubens jener Zeit).
Vorher: **Taft!**
Das unlösbare Rätsel!
Sandi-Sewel und Amale (Javaner).
Hr. Schumann, Meisterdrossler,
3 Schwest. Blumenfeld, Kunst-
reiterinnen,
und das große Gala-Programm.

Zirkus A. Schumann

Sonnabend, 27. Jan., abends 7^{1/2} Uhr:
Gala-Vorstellung.
Großes Feuerwerk.
Ausgewähltes Gala-Programm
und 9 Uhr das neueste, noch
nie dagewesene, nicht zu
übertreffende Ausstattung-
stück der Gegenwart:
Das Motorpferd
in 5 Akten.
Sonntag in beid. Vorstellungen
nachm. 3 Uhr, abends 7^{1/2} Uhr:
Das Motorpferd. Nachm.
endet das Ausstattungstück
mit dem 4. Akt. Nachmittags
3 Uhr ein Kind unter 10 Jah-
ren frei auf allen Sitzplätzen.

Sarrasani

Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100
Sonnabend und Sonntag
je
2 Vorstellungen 2
3^{1/2}
Nachmittags zahlen Kinder
auf allen Plätzen.
Militärs bis zum Feld-
webel auf allen Sitz-
plätzen halbes Preis.
Vorverkauf a. d. Circus-
kasse und — nur für
abends — an sämtlichen
Billettverkaufsstellen v.
A. Wertheim

Casino-Theater

Lehringer Str. 37. Anfang 8^{1/2} Uhr
Der größte Theatererfolg!
Täglich andoverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
Aktuell! Dem heutigen Leben ent-
nommen.
Unabwäglich losender Erfolg!

Herrnfeld Theater

Noch nie dagewesener Lacherfolg.
Das Kind der Firma
mit Anton u. Donat Herrenfeld in den
Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf
11-2 Uhr.

Königstadt-Kasino.

Ecke Holzmarkt u. Alexanderstraße
Bis 1. Februar täglich:
Im Taumel des Glückes.
Ballett in 2 Bildern.
Die erstklassigen Spezialitäten
Jeden 1. u. 16. Programmwechsel.

Passage-Theater.

Letzte Tage:
Miriam Horwitz
in ihrem „Die Falle“
Dramolet
Mlle. Maroussia
The Meteors
Lina Loos
und 10 neue Attraktionen!

Passage-Panoptikum.

Heute und morgen
Volkstage.
Jedermann ein Kind frei!
Jedes Kind erhält ein Geschenk!
Bei den Feuerfressern
Lebend! Lebend!
Die wilden Essauas.
Karawane indonesischer
Heul- und Feur-Fakire in ihrem
Originaldort.
Ohne Extra-Entree.

Boigt-Theater.

Gelundbrunnen Sadstraße 68.
Morgen Sonntag, den 28. Januar:
Nachmittags 3 Uhr:
Das Glück des Lebens.
Abends 7 Uhr:
Der Lumpensammler von Paris.
Mittwoch, 7. Februar: Jun Benetti
für Baummeister: Ein armer Edelmann.
Stufeneröffnung, 10 Uhr. Nat. 8 u. 7 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
Pantoffel-Heiden.
Burdese u.
Reichardt.
Anfang
8 Uhr.
Sonntag
7 Uhr.

Moak's Theater.

Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Grunnenstraße 16.
Die Bettlerin und ihr Kind.
Schauspiel in 5 Akten von Reizner.
Anfang 8^{1/2} Uhr. Sonst umg. gütig.
Morgen: Diefelde Vorstellung.

Folies Caprice.

Täglich 8^{1/2} Uhr:
Boßgelassen.
Waffenübung.
Mandelblatts Volterabend.
Für den Jubel der Interece
abernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Apollo Theater

ab 8 Uhr:
Letzte Tage!
Die grandiosen Spezialitäten.
9 Uhr:
Nur noch kurze Zeit!
Harry Walden
in sein Herzensjunge.

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Kunstlauf-Produktionen.
Abends die Novitäten:
Tänze a. d. Elbe, Rhein-
länder, Russisch, Engl.,
Alt-Wiener Walzer und
Die kleine Charlotte.
Der norwegische Meister
Harry Paulsen
sowie d. prächt. Eisballett
Alpenzauber.
Bis 6 Uhr u. von 10^{1/2}
Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant L. Rangos.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todesanzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bruder
Otto Göblau
am 24. Januar an Lungenerkrankung gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 11/7

Ferner starb unser Mitglied, der Tischlermeister
Alfred Germersdorf.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Westfälischen Kirchhofes in Nordend aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Metallarbeiter
Paul Binder
am 22. d. M. (Freitod).
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeindekirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Dreher
Hugo Bischoff
am 24. d. M. an Lungenerkrankung.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer
Hilflose Rixdorf.
Am 24. Januar starb unser langjähriges Mitglied, der Holzleger
Richard Lässig.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Kreuz-Gemeinde in Mariendorf aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Am Donnerstag früh 11 1/2 Uhr entschlief sanft mein lieber Mann, unser untergeklärter guter Vater, Schöplegermeister und Großvater, der Schneidermeister
Rudolf Jeworski
im 66. Lebensjahre. 2044B
Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Neuweiler-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere Tochter
Alice Haase
nach kurzem Krankenlager verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Pionier-Gemeinde, Nordend, aus statt.
Um stille Beileid bitten
Georg Haase nebst Frau und Kindern,
Schwedter Str. 23a.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen
Blarr, Pauline geb. Frank
Peltenerstr. 34 (Seitz 3) verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfeld, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
72/6 Die Ortsverwaltung.
Für die zahlreichen Krankspenden und innige Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Tochter
Ella
sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Brauerei Hülshorn, den Arbeiterinnen der Verstorbenen, der Arbeiterjugend und der Frau Heise für die tröstlichen Worte am Sarge unseren herzlichsten Dank.
Die tiefbetrübte Familie
Robert Hartmann.

Extra-Verkauf

VON

Leinen- und Baumwollwaren

zu besonders billigen Preisen.

Besonders preiswerte Tischwäsche.

| | |
|---|--|
| Tischtücher u. Tafeltücher in Dreifach und Blumenmuster Stück 6,00, 4,50 bis 80 Pf. | Tisch-Gedecke mit 12 Servietten Gedeck 15,00, 12,00 b. 8.25 M. |
| Servietten u. d. Tischtüchern passend Dtzd. 8,50, 6,75 bis 4.25 M. | Kaffee-Gedecke weiß od. buntkantiq m. 6 od. 12 Serviett. Gedeck 12,00, 9,50 b. 3.75 M. |
| Tisch-Gedecke mit 6 Servietten Gedeck 12,00, 9,50 b. 5.90 M. | Kaffeedecken bunt mit Franzen Stück 4,50, 3,25 bis 85 Pf. |

Besonders preiswerte Bettwäsche.

| | |
|---|---|
| Bett-Garnitur bunt, 1 Deckbett und 2 Kissen, fertig genäht 5,75, 4,50 bis 2.90 M. | Inlett-Garnitur Oberbett, Unterbett u. 1 Kissen, fertig genäht 13,50, 10,50 bis 7.00 M. |
| Bett-Garnitur weiß Linon o. Hemdentuch, 1 Deckbett und 2 Kissen 6,00, 5,00 bis 2.95 M. | Bett-Laken fertig genäht in Daulas ohne Naht 2,25, 1,75 bis 1.00 M. |
| Bett-Garnitur gestreift Dimiti oder Damast, 1 Deckbett u. 2 Kissen 8,25, 5,75 bis 4.95 M. | Bett-Laken fertig genäht in Halb-leinen, ohne Naht 3,00, 2,40 bis 1.70 M. |

Extra billige Wäschestoffe.

| | |
|---|--|
| Louisianatuch für Leib- u. Bettwäsche ca. 80 cm br. Mtr. 50, 45, 80 Pf. | Renforcé ca. 80 cm breit Meter 60, 50, 40 Pf. |
| Louisianatuch für Bettwäsche, ca. 130 cm br. Mtr. 85, 70, 55 Pf. | Laken-Daulas 130 cm breit Meter 75, 60, 45 Pf. |
| Gestreift Dimiti Kissenbreite Meter 60, 50, 40 Pf. | Laken-Daulas 150 cm breit Meter 90, 75, 60 Pf. |
| Gestreift Dimiti Bettbreite Meter 1,00, 85, 70 Pf. | Bett-Züchen Kissenbreite Meter 60, 45, 30 Pf. |
| Hemdentuch fein- und starkfädig, 60/82 cm br. Mtr. 35, 30, 22 Pf. | Bett-Züchen Bettbreite Meter 95, 75, 60 Pf. |

Julius Haack

Manufakturwaren und Konfektion
Berlin N., Brunnenstraße 198
am Rosenthaler Tor.
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.



Auf der höchsten Stufe
steht der
OXO Bouillon-Würfel der C^o. LIEBIG.

Wo es sich um Verbesserung von Suppen, Saucen, Gemüsen usw. handelt, empfiehlt sich die Verwendung von Liebig's Fleisch-Extrakt, welches den Eigengeschmack der Speisen nicht verdeckt.

Peek & Cloppenburg

Gertraudenstraße 25, 26, 27



Tadellos passende Beinkleider

Fünf außerordentlich preiswerte Serien

| | | | | |
|---------------|--------------|-----------|---------------|-----------|
| Mark 8 | 9 1/2 | 11 | 12 1/2 | 15 |
|---------------|--------------|-----------|---------------|-----------|

Püschmäntel herabgesetzt auf **33-**
Costüme herabgesetzt auf **18-**
Püschgiletts herabgesetzt auf **150-**



5 Ständer Püschmäntel kurz u. lang, ca. 300 St., die herrlichsten Plüsch 33, 48, 65, 92 M., mit echtem Skunk 150, 250 M. sonst zum Teil weit über das Doppelte!

12 Ständer Ulster, Uebergangsmäntel 6,50, 4,75, 10, 12, 15, 18, 20, 25 M. sonst zum Teil weit über das Doppelte!

Grosse Posten, über 12000 Stück
Kostüme, Gesellschafts-Kleider, Röcke, Blusen, Abendmäntel **■ Pelz-Konfektion** zum Teil für die Hälfte und darunter!

Schluss des Inventur-Ausverkaufs:
31. Januar 1912.
Sonntag eröffnet von 12-2 Uhr!

WESTMANN

Mohrenstr. 37a (nahe Jerusalem Str.)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante
Herren-Moden

fertig und nach Mass.
Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg
Mass-Schneidererl

Rosenthaler Str. 40-41 | Frankfurter Allee 104
dir. am Hackeschen Markt. | part. - Ecke Friedenstr.



Gegr. 1893. **A. B. KOCH** Gegr. 1893.

Kohlen- und Brikett-Großhandlung

Hauptkontor: Berlin O. 34, Petersburger Straße 1.
Telephon: Amt 7, 3040 und 3096.

Lagerplatz 1: O. 34, Rüdersdorfer Str. 71 (Küstriner Platz, alt. Ostb.).
Lagerplatz 2: O. 17, Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)

Preise für 10 Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:

| | |
|---|---------------------------------|
| pr. Ztr. | pr. Ztr. |
| 1a Senftenb. Marienglück Salon 84 Pf. | 1a Ilse Salon 1.00 M. |
| 1a Senftenb. Gotthold Salon . 87 Pf. | 1a Halbsteine 84 Pf. |
| 1a Diamant Salon 1.00 M. | 1a Anthracit Cadé . . . 2.25 M. |
| (Ges. gesch. p. Ztr. 115-120 Stck.) | 1a Heye-Halbsteine . . . 90 Pf. |
| Holz, zerkleinert, per Zentner 2.00 M. | |

Bei Franklieferung je nach Quantum per Ztr. 5-18 Pf. mehr.
Bruchbriketts, Steinkohlen billigest. Koks zu Anstaltspreisen.
Bei größeren Abschüssen in Originalwaggons verlangen Sie meine Spezialofferte.

1 Mark
wöchentl. Teilzahlungen
liefere elegante fertige
Herren-Garderoben

Erste für Mass.: Anfertigung u. Mass Tadellos-Anfertigung

Julius Fabian
Schneidermeister
Gr. Frankf. Str. 37
Eingang Strausberger Platz.
8. Gg. Turmstr. 18
schl. 1. Etage.
nur 1. Etage.
11. kein Laden. 11

Greift zu!
jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Berlins gearb. von Herrschaften, Doktoren, Kavalieren nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.)
Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.
Monats-Wint.-Paletots 8, 10, 14, 18 M.
Monats-Herren-Hosen 2,50, 5,00 M.
Warme Winter-Joppen v. 4,50 M. an.
Große Abteilung an alle Garderobe.
Gr. Frankfurter Str. 98
Moldauer. (Nähe Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Monats-Garderobe!
Die besten Winter-Paletots und 3-400 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Jacket-Anzüge, sowie von Kavaliere getragene, fast neue Sachen (a. Seide), für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffen billigen Preisen.
1 Ztr., bedingt billiger wie im Laden.
Hirsch Kieferbaum, Wassertor, Straße 12/13 1

Soziales.

Aus dem Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts.

Der Ausschuss des Berliner Kaufmannsgerichts erledigte in seiner Sitzung am Mittwoch die Anträge, welche darauf abzielten, eine Abänderung und Verbesserung des Dienstrechtes der Handlungsgehilfen herbeizuführen.

Bei dem Punkt Zeugnis und Auskunft wurde beantragt: 1. Der Handlungsgehilfe hat Anspruch auf das Zeugnis vom Tage der Kündigung an. 2. Liegt zwischen dem Tage der Kündigung und dem der Beendigung des Dienstverhältnisses ein Zeitraum von mindestens einem Monat, so kann Ergänzung des Zeugnisses verlangt werden. 3. Das Zeugnis bezeichnet nicht die Dauer der Beschäftigung, sondern die Dauer des Dienstverhältnisses. 4. Der Handlungsgehilfe kann wählen, ob das Zeugnis auf die Leistungen, oder die Führung, oder auf beides ausgedehnt werden soll. 5. Das Zeugnis ist sechs Wochen vor Beendigung der Lehrzeit auszustellen. 6. Der Inhalt der Auskünfte, welche über den Inhalt der Zeugnisse hinausgehen oder von denselben abweichen, ist dem Gehilfen auf Verlangen schriftlich mitzuteilen. 7. Erlangt ein Handlungsgehilfe trotz Bemühung keine Stellung, und es stellt sich heraus, daß ein früherer Geschäftsherr unwahre Auskunft über ihn erteilt hat, so gilt für die Schadenersatzansprüche des Gehilfen die Rechtsvermutung, daß die Stellenlosigkeit auf die falsche Auskunft zurückzuführen ist.

Die Antragsteller führten in der eingehenden Begründung dieser Anträge u. a. aus: Schon heute stehen die Kaufmannsgerichte auf dem Standpunkte, daß das Zeugnis vom Tage der Kündigung an dem Gehilfen auszuhändigen sei, damit er sich auf Grund desselben eine andere Stellung suchen kann. Bevor aber das Gericht zugunsten des Handlungsgehilfen entschieden hat, ist die Zeit für den Austritt in den meisten Fällen verfloßen, ohne daß eine neue Stellung gefunden ist. Der Handlungsgehilfe hat Zeit zur Stellungsuche unjenseit vergeudet, weil er ohne Zeugnis aus der letzten Stellung kein Engagement findet. Wird der Angestellte zu Unrecht entlassen, so steht in dem Zeugnis der Tag der Entlassung, trotzdem das Gehalt bis Schluß des Monats oder darüber hinaus gezahlt und zu zahlen war. Der Antrag zu 3 will dem einen Kiesel vorschreiben, damit der Chef, welcher den Gehilfen engagieren will, nicht glaubt, der Austritt aus dem früheren Geschäft sei mitten im Monat erfolgt, weil der Gehilfe Grund hierzu gegeben habe. Deshalb solle nicht die Dauer der Beschäftigung, sondern die Dauer des Dienstverhältnisses im Zeugnis stehen.

Nach der Fassung des § 73 des Handelsgesetzbuches ist das Zeugnis auf Verlangen des Gehilfen auch auf die Führung und die Leistungen auszudehnen. Man lege das dahin aus, daß der Prinzipal nicht verpflichtet sei, ein Zeugnis zu geben, indem nur entweder die Führung oder die Leistungen bescheinigt werden. Es gäbe aber Fälle, in welchen dem Angestellten daran liegt, nur die Führung oder nur die Leistungen bescheinigt zu erhalten. Aus diesem Grunde soll der Angestellte entscheiden, ob er das Zeugnis nur auf Führung oder Leistungen oder auf beides ausgedehnt wissen will.

Nach § 80 des Handelsgesetzbuches ist dem Lehrling nach Beendigung des Lehrverhältnisses ein schriftliches Zeugnis vom Lehrherrn über die Dauer der Lehrzeit und die während dieser erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten sowie über sein Verhalten auszustellen. Sehr häufig wird mit dem Tage der Beendigung der Lehrzeit der Lehrling entlassen und ist dann stellungslos. Um diesem Mißstand zu begegnen, sollte der Lehrling berechtigt sein, das Zeugnis sechs Wochen vor Beendigung der Lehrzeit zu verlangen.

Damit der Geschäftsherr sich Unannehmlichkeiten erspart, wird dem Angestellten häufig ein annehmbares Zeugnis ausgestellt, hinterher aber eine schlechte Auskunft erteilt; die unter den Kaufleuten als diesseits gilt. Der Gehilfe erfährt nie, welche Auskunft sein früherer Chef über ihn erteilt hat. Diesen Unfug will der Antrag unter Ziffer 6 beseitigen. Weiter soll zugunsten des Gehilfen auch, falls er durch die falsche Auskunft seines früheren Chefs seine neue Stellung erhält, für die Schadenersatzklage die Rechtsvermutung gelten, daß die Stellenlosigkeit auf die falsche Auskunft zurückzuführen ist. Diese Klagen seien nicht beim Kaufmannsgericht, sondern beim ordentlichen Gericht anzubringen, da sie keine Streitigkeiten aus dem Dienst- oder Lehrverhältnissen darstellen. Nach dem heutigen Stand der Rechtsprechung sei es dem Gehilfen fast unmöglich, seine aus falscher Auskunft erteilte herguleitenden Ansprüche geltend zu machen.

Die Anträge wurden von sämtlichen Gehilfenbesitzern sowie dem sozialdemokratischen Kaufmannsgerichtsbesitzer befürwortet, dagegen von den bürgerlichen Kaufleutebesitzern energisch bekämpft. Letztere führten u. a. aus, diese Anträge tragen nur zur Verbesserung zwischen Prinzipalen und Angestellten bei! Gewiß gebe es unter den Kaufleuten unfaubere Elemente; diese seien aber auch bei den Gehilfen zu finden und letzteren würden durch diese Anträge nur die Wege gedehnt. Es kam hierbei auch zur Sprache, daß verschiedene Firmen ihre Angestellten mögelegen, trotzdem dieselben sonst ihre Schuldigkeit tun, nur weil sie in hiesigen Vereinen angehören. Die bürgerlichen Kaufleutebesitzer entgegneten hierauf: „Wer einem Verbands angehört, muß auch die Verantwortung dafür tragen.“

Bei der Abstimmung wurde Punkt 1 mit 12 Stimmen (10 Gehilfenbesitzer, der sozialdemokratische Kaufleutebesitzer und der Vorsitzende stimmten dafür, die 9 bürgerlichen Kaufleutebesitzer dagegen) angenommen; Punkt 2 mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt (der sozialdemokratische Kaufmannsbesitzer enthielt sich der Stimme); Punkt 3 mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen (der Vorsitzende enthielt sich der Stimme); Punkt 4 mit 12 gegen 9 Stimmen angenommen; Punkt 5 einstimmig, Punkt 6 mit 11 gegen 10 Stimmen, Punkt 7 mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen (der Vorsitzende enthielt sich der Stimme).

Weiter kam folgender Antrag zur Verhandlung: „Die Verpflichtung des Prinzipals, zur Regelung des Geschäftsbetriebes und der Arbeitszeit, um den Gehilfen gegen eine Gefährdung der Gesundheit zu schützen, ist dahin auszudehnen, daß dem Handlungsgehilfen nach einjähriger Dienstzeit ein Urlaub von mindestens 14 Tagen unter Fortzahlung des Gehaltes zu gewähren ist.“ Begründend hierzu wurde ausgeführt, zum großen Teil werde schon heute den Angestellten ein Sommerurlaub gegeben, und vom hygienischen Standpunkt aus müsse der Urlaub gefordert werden. In Oesterreich habe dieser Antrag bereits in erweiterter Form Gesetzeskraft erlangt. Auch gegen diesen Antrag wandten sich sämtliche bürgerlichen Besitzer mit der Motivierung, daß wohl die großen Warenhäuser, Banken und Geschäftshäuser den Urlaub geben könnten, nicht aber die kleinen Geschäfte, welche 1 und 2 Angestellte beschäftigen. Der Antrag wurde mit 11 Stimmen gegen die 9 Stimmen der bürgerlichen Besitzer angenommen und hierauf die Weiterverhandlung auf den 7. Februar verlagert.

Richtige Anstellungsverträge.

In der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ gaben wir einen Bericht über eine Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht wieder, in der die Firma Gärner u. Co. mit einer Klage gegen den Handlungsgehilfen W. teils und noch mit, daß er seine Stellung bei genannter Firma nur deshalb aufgegeben habe, weil er sich durch eine unpassende Äußerung des Inhabers schwer beleidigt fühlte.

Das Weihnachtsgeschenk ist vom Lohn nicht abzugsbar.

In manchen Gewerben besteht noch die Gepflogenheit, am Weihnachtstage die Angestellten für ihre geleisteten treuen Dienste durch eine Extragratisifikation zu belohnen. So mancher Unternehmer glaubt nun, daß er sich mit dem Weihnachtsgeschenk auch die Arbeitskraft seines Arbeiters für die Zukunft gesichert hat. Durchaus nicht

selten begegnet man der Auffassung, daß der Unternehmer, wenn ein Arbeiter unmittelbar nach den Feiertagen das Arbeitsverhältnis löst oder doch zur Lösung desselben Anlaß gibt, berechtigt wäre, das „Geschenk“ zurückzufordern und sich am Lohne schadlos zu halten.

Dieser Ansicht war auch der Fleischermeister Otto Gänther, gegen den der bei ihm beschäftigt gewesene Geselle S. beim Innungschiedsgericht als Kläger auftrat. Der Beklagte hat den Kläger am 13. Januar entlassen, weil er die Fleischnichte angeschaut haben soll, und ihm das ergaltene Weihnachtsgeschenk im Betrage von 10 Mark vom Lohne abgezogen. Wegen dieses Lohnabzuges und einer Entschädigung von 6,70 M. für die Kündigungsfrist war die Klage erhoben worden. Das Schiedsgericht wies den Kläger mit dem Entschädigungsanspruch ab, weil dieser auf das Angebot des Meisters, die Kündigungsfrist abzuarbeiten, nicht eingegangen ist und sich somit den Schaden selbst zugefügt hat; doch wurden ihm die vom Lohn in Abzug gebrachten 10 M. zugesprochen. Das Schiedsgericht ließ es dahingestellt, ob der Beklagte überhaupt zur Rückforderung des Weihnachtsgeschenkts berechtigt ist, vom Lohne darf es aber keinesfalls abgezogen werden, da solchen Lohnkürzungen die Bestimmung des § 994 des Bürgerlichen Gesetzbuches im Wege steht.

Der schlechte Rat des Polizeileutnants.

Die Verkäuferin K. war seit Anfang Oktober beim Fleischermeister L. o. f. beschäftigt. Am 8. Januar wurde sie, nachdem sich der Meister bei dem Leutnant des für ihn zuständigen Polizeireviere Rat geholt hatte, entlassen und klagte nun beim Innungschiedsgericht auf 41 Mark Entschädigung. Der Beklagte machte geltend, daß die Klägerin den Kopf voll Ungeziefer gehabt hätte und ihm somit nicht zugemutet werden konnte, sie noch weiter zu beschäftigen. Die Klägerin hielt dem entgegen, daß sie sauber zu dem Beklagten gekommen sei und erst in der Zeit der Beschäftigung bei ihm das Ungeziefer bekommen hätte. Die beiden Mitarbeiterinnen der Klägerin wurden darüber als Zeugen vernommen. Sie vermochten jedoch nicht zu bekunden, daß die Klägerin schon mit dem Ungeziefer behaftet die Stellung angetreten hätte. Als sie bei der Klägerin das Ungeziefer bemerkten, waren sie alle drei damit behaftet. In eine der Zeuginnen hatte sogar das Ungeziefer früher an sich bemerkt, bevor sie ihre Feststellungen bei der Klägerin machte.

Das Schiedsgericht kam einstimmig zur Verurteilung des Beklagten. Die Auskünfte der Polizeileutnants, meinte es, sind manchmal recht wunderlich. Das Schiedsgericht steht trotz der polizeilichen Auskunft auf dem Standpunkt, daß die Entlassung der Klägerin unterdrückterweise erfolgt ist.

Vertrauensärzte.

Als Vertrauensärzte beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Stadtkreis Berlin für das Jahr 1912 amtieren die Herren Geh. Medizinalrat Dr. Becker, Sanitätsrat Dr. Köhler, Sanitätsrat Dr. Wagner, Sanitätsrat Dr. Gehl, Dr. Engel und Dr. Erwin Frank. — Die Arbeitervertreter der Beisitzer des Schiedsgerichts haben nur für die Herren Dr. Engel und Dr. Erwin Frank gestimmt, da nur diese beiden Ärzte und namentlich der letztere das Vertrauen der Arbeitnehmer besitzen haben.

Gerichts-Zeitung.

Sammeln — Betteln!

Unter dem Sozialistengesetz feierte die gerichtliche Interpretationskünsterei wahre Orgien. Es gab kaum irgend eine Handlung oder Unterlassung eines Arbeiters, aus der nicht eine der staatsanwaltschaftlichen Hobel-, Preß- und Dehn-Fabriken eine Strafklage konstruiert hätte. So wurde das Hochten der Handwerksgehilfen auch dann als „Betteln“ erachtet, wenn um die ortsübliche Gabe angesprochen wurde. Das Reichsgericht erklärte sich scharf gegen diese Verbilligung der Sprache und Begriffe. Das half eine Welle. Dam kam Ende der achtziger Jahre ein Affessor aus Rügen auf den sublimen Gedanken, das Sammeln zur Unterstützung eines Streiks als Betteln zu erfassen. Der „Bettler“ aus Friedrichshagen wurde verurteilt. Das Landgericht hob die Verurteilung auf, sprach den Streiklistenfahmler frei und legte die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auf. Der Verteidiger hatte boshaft dargelegt: wenn die Behauptung der affessoralen Begründung zuträfe, es bettelt jeder, der, ohne einen Rechtsanspruch zu haben, zum Unter-

halt für sich oder andere etwas annehme, so sei ja der Affessor selbst, der, ohne einen Rechtsanspruch hierauf zu haben, von seinen Eltern Lebensunterhaltszuschüsse annehme, ein Bettler, nicht minder so mancher Leutnant.

Jetzt lebt in der staatsanwaltschaftlichen Schmiede der Versuch wieder auf, Sammeln zu politischen oder gewerkschaftlichen Zwecken als Betteln zu konstruieren. Das zeigt folgender Fall:

Der Schneider Jellonek betrat im August 1911 ein in der Neanderstraße gelegenes Schanklokal und ersuchte die dort gerade anwesenden Gäste, auf die zur Deckung der Unkosten des Jenaer Parteitages auszugehenden Sammellisten einen Beitrag zu zeichnen. Einer der Gäste zeichnete den Betrag von 10 Pf. und übergab denselben an Jellonek, welcher sich darauf ein Glas Bier geben ließ und mit dem eben erhaltenen 10 Pf.-Stück bezahlte. Auf Grund dieses Tatbestandes wurde gegen Jellonek Anklage wegen Betteln erhoben. Er wurde von dem Schöffengericht Berlin-Mitte freigesprochen, da das sogenannte Kollektieren den Tatbestand des Bettelns nicht erfüllt.

Die Staatsanwaltschaft legte gegen dieses verständige Urteil Berufung ein. Sie meinte, der Angeklagte habe das Einsammeln von Beiträgen nur vorgeschützt, um Almosen zu erhalten, und daß es sich daher um eine versteckte Form der Betteln handele.

In der Verhandlung vor dem Berufungsgericht, der 9. Strafkammer des Landgerichts I, die jetzt stattfand, befandete der auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwalts Dr. Kurt Rosenfeld geladene Parteisekretär Müller, daß Jellonek alle auf die Liste gezeichneten Beträge an die Parteikasse abgeführt hatte.

Trotzdem hielt der Staatsanwalt die Berufung aufrecht. Der Verteidiger beantragte nicht nur die Freisprechung des Angeklagten, sondern auch die Ueberrahme der Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse. Das Gericht folgte dem Antrag, sprach den Angeklagten frei und legte die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auf.

Wird die Staatsanwaltschaft den Bettel noch weiter führen?

Der „Vorwärts“ vorm Reichsgericht.

Im Dezember 1910 hatte der „Vorwärts“ über eine Verhandlung vor dem Innungschiedsgericht der Schmiede berichtet, in der ein Ausfuhrer den Schmiedemeister Weidner wegen einer Lohnforderung verklagte. Der klagende Ausfuhrer behauptete in der Verhandlung, der Arbeitgeber habe mit seiner Frau ein intimes Verhältnis unterhalten. Diese Behauptung wurde — da ihr in der Verhandlung niemand entgegengetreten ist — im „Vorwärts“ als Tatsache hingestellt und unser Kollege Barth wegen dieses Irrtums von der Strafkammer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses außerordentlich harte Urteil hatte Barth Revision eingelegt, die gestern vom Reichsgericht verworfen wurde.

Das hat mit seinem Besten ein Schäferhund getan.

Aufregung im Hause — Einschreiten eines Polizeileutnants — Eingabe an das Polizeipräsidium — Strafantrag — gerichtliche Verurteilung — Verhandlung des Offiziers-Chrenrates! Das alles hat ein junger deutscher Schäferhund durch sein übermütiges Bellen verursacht. Das Benehmen dieses Hundes, welches von der einen Seite als durchaus gestiftet, von der anderen Seite als selbst für einen Hund ungehörig bezeichnet wird, stand im Mittelpunkt einer Verhandlung, die sich gestern vor der 135. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte abspielte.

Auf der Anklagebank saß allerdings nicht der Hund, sondern sein Besitzer, der Kaufmann Ernst Levy. — Polizeileutnant Goldbalmer, der den zuständigen Reviervorstand kurze Zeit betrat und der Flurnachbar Levy im Hause Michaelkirchstr. 13 war, fühlte sich durch das Bellen des Hundes beleidigt. Eines Tages, als Polizeileutnant Goldbalmer im Begriff war, das Haus zu verlassen, kam Frau Levy mit ihrem Hunde zur Haustür herein.

Feine Herren-Maß-Schneiderei



Sakko-Anzüge 55-64-75=
Paletots u. Ulsier 50-60-75=

Spezialität:

Gehrock-, Frack- u. Smoking-Anzüge

Meine Stoffe sind die besten Fabrikate der Tuch-Industrie. Bei Lieferung feinsten Schneiderarbeit (Tariflohn in eigener Werkstatt) übernehme ich weitgehendste Garantie für tadellose Ausführung aller Bestellungen.

Ein Versuch wird Sie zu meinem ständigen Kunden machen

A. Schega Kottbuser Damm 77

vorm. A. WORMANN, G. m. b. H.

Dem jungen Tiere war noch nicht der Respekt eingebläut, den preussische Polizeibeamte von Mensch und Tier zu verlangen gewohnt sind. In seinem jugendlichen Unverstand benahm sich der noch unergogene Rötter dem Polizeileutnant gegenüber nicht anders, als wie er es auch anderen zweibeinigen Geschöpfen gegenüber zu machen pflegte: Er belächelte ihn herzhast an und wäre vielleicht — man denke! — an ihm emporgesprungen, wenn nicht Frau Leeb ihren Hund daran gebunden hätte. — Im Anschluß an diese Szene rief Polizeileutnant Goldbalmer der Frau Leeb zu: „Hören Sie mal, Sie, es liegen schon verschiedene Beschwerden über Ihren Hund vor. Ich beschwere mich hiermit auch und mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie polizeilich gezwungen werden können, Ihren Hund abzuschießen.“ — Frau Leeb war äußerst betroffen über diese Anrede, besonders auch über den Ton, der nach der Angabe, die sie ihrem Manne unmittelbar nach dem Vorfall machte, sehr kräftig, sozusagen ein Unteroffizierstön gewesen sein soll.

Nun richtete Herr Leeb einen Brief an den Polizeileutnant Goldbalmer, worin er ihm Vorhaltungen über die Behandlung seiner Frau machte und sich die Wiederholung derartiger Anreden entschieden verbat. — Polizeileutnant Goldbalmer gab das Schreiben zur dienstlichen Veranlassung weiter. — In der Folgezeit glaubte Leeb die Wahrnehmung zu machen, daß ein regelmäßiger polizeilicher Beobachtungsdienst gegen ihn beziehungsweise gegen seinen Hund ins Werk gesetzt wurde. Nach Leeb's Meinung sei das alles auf Veranlassung des Polizeileutnants Goldbalmer geschehen, um Belästigungsmaterial gegen den Hund zu sammeln, damit dessen Abschaffung polizeilich verlangt werden könnte. — Polizeileutnant Goldbalmer bestreitet jedoch, daß er derartige Veranlassung habe. — Leeb behauptet aber, Polizeibeamte hätten im Hause seines Hundes wegen recherchiert. Vierzehn Tage lang habe ein Schuhmannsposten vor dem Hause gestanden und auf das Hundegebell geachtet. Als Frau Leeb mit dem Hunde aus dem Hause trat, habe sie der Schuhmann gefragt, ob das der „bewußte Hund“ sei.

Eine Episode aus dieser Hundekomödie spielte sich eines Tages auf dem Michaelkirchplatz ab. Ein Bernhardiner und ein Dadel balgten sich auf dem Rasen. Leeb's gingen mit ihrem Schäferhund vorüber. Dieser konnte dem Drange, an dem Spiel seiner Genossen teilzunehmen, nicht widerstehen und sprang gleichfalls auf die Rasenfläche. Als der vorübergehende Polizeileutnant Goldbalmer das sah, ließ er durch einen Schuhmann den Namen des ihm wohlkennnten Leeb aufschreiben, während die anwesenden Besitzer der beiden anderen sich auf dem Rasen wälzenden Hunde unbeeinträchtigt blieben. — Leeb zog aus alledem den Schluß, daß er vom Polizeileutnant Goldbalmer, den er für einen Feind seines Hundes hielt, schikaniert werde. Dieser Ansicht gab Leeb in einer Beschwerde an das Polizeipräsidium Ausdruck. Dabei gebrauchte er einige Redewendungen, die sich in keinem Komplimentenbuche finden und ihm die vorliegende Anklage wegen Beleidigung des Polizeileutnants Goldbalmer einbrachten. Leeb wurde denn auch zu 200 M. Geldstrafe verurteilt.

Doch, das ist noch nicht der Hundekomödie letzter Akt. Aus einer Anekdote, die der als Zeuge geladene Polizeileutnant Goldbalmer machte — der auch Reserveoffizier ist — geht hervor, daß sich auch der Ehrenrat der Offiziere seines Regiments mit dieser Angelegenheit beschäftigt und auf Grund der gerichtlichen Feststellungen seine Entscheidung treffen will. Sollte vielleicht der Analekt eines Duells diese Hundaffäre zum „würdigen“ Abschluß bringen? Des Hundes Gebell klingt wie eine Aufforderung zum Duell.

Eine etwas absonderliche Prügelei
beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrat Simonson die 4. Strafkammer des Landgerichts I.

Wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges hatte sich der 22-jährige Klempnergehilfe Emil Jßen vor dem Strafgericht zu verantworten. Die Mutter des Angeklagten betreibt in Moabit ein kleines Papiergeschäft, in welchem sie hin und wieder von ihm vertreten wird. Am 23. Oktober v. J. betrat die 14-jährige Tochter des Schuhmanns B. den Laden, um einen Zuschlitten zu kaufen. Der allein anwesende Angeklagte verließ einen Augenblick den Ladenraum und beschuldigte dann bei seiner Rückkehr das Mädchen, daß es Postkarten gestohlen habe. Das Mädchen beteuerte meinent ihre Unschuld und erklärte, daß es sich die Ansichtskarten nur angesehen habe, um eine davon zu kaufen. Der Angeklagte schloß jedoch die Ladentür zu und zog die B. in einen hinter dem Laden gelegenen Raum, wo er ihr mit einem dicken Nadelstich in der Hand befohl, sich über einen Stuhl zu legen. Das völlig eingekerkerte Mädchen kam diesem Befehl auch nach und bildete es, daß sie der Angeklagte längere Zeit mit dem Stoch auf das Gesicht schlug. Das Mädchen wurde schließlich von einem Arbeiter Grundetz, der an das Hoffenster klopfte befreit. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß er es dem Mäd-

chen freigestellt habe, sich für den Diebstahl, der übrigens von der B. entschieden bestritten wurde, durchprügeln zu lassen, anderenfalls er sie der Polizei übergeben würde. Das Mädchen habe jedoch eingewilligt, sich lieber verprügeln zu lassen. Vom Staatsanwalt Riesel wurde der Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit gestellt, da hier offenbar sadistische Motive bei dem Angeklagten in Frage kämen. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. — Das Gericht kam bezüglich der Freiheitsberaubung aus rechtlichen Gründen zu einer Freisprechung. Dagegen wurde B. wegen der recht brutalen Körperverletzung zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Eine Dauerverhandlung
beschäftigt augenblicklich die 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber. Erst vor kurzer Zeit war vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Krüger ein ähnlicher Prozeß noch etwa vierwöchentlich Verhandlung zu Ende geführt worden. In

dem jetzt anstehenden Prozeß handelte es sich ebenfalls um eine sehr umfangreiche Anklage wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften, die sich gegen den Verlagsbuchhändler Will Hildner richtete. — In den Geschäftsräumen des Angeklagten in der Sollenowstraße erschienen vor einiger Zeit Kriminalbeamte, welche eine Hausdurchsuchung vornahmen. In dem Keller wurde ein verstelltes Lager von allen möglichen, zum Teil der französischen erotischen Literatur entflammenden Büchern vorgefunden, die nach Behauptung der Anklage sämtlich unzüchtiger Natur sein sollen. In der Verhandlung mußten zierlich 120 derartige Bücher zur Verlesung gebracht werden, so daß der Prozeß voraussichtlich nicht vor drei Wochen beendet sein wird. — Da die 3. Strafkammer durch diesen Prozeß vollständig in Anspruch genommen wird, ist eine 3a Strafkammer gebildet worden, welche die übrigen zuständigen Sachen zu erledigen hat. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.



- Verkaufsstellen:**
Bergstraße 151-152
Nogatstraße 19-20
Weisestraße 32
Weisestraße 9
Steinmetzstraße 102
Zietenstraße 80
Boddinstraße 60
Reuterstraße 7-8
Hobrechtstraße 77
Friedelstraße 21
Sanderstraße 20
Donaustraße 114
Weserstraße 52
Wipperstraße 20
Niemetzstraße 4

- | | | | |
|---------|-----------------------|------|--------|
| Linsen, | große, gut kochende | Pfd. | 18 Pt. |
| Erbsen, | grüne | Pfd. | 22 Pt. |
| Erbsen, | gelbe Viktoria | Pfd. | 19 Pt. |
| Erbsen, | geschälte, extra fein | Pfd. | 23 Pt. |
| Bohnen, | weiße Langbohnen | Pfd. | 23 Pt. |

und noch

10 Prozent Rabatt.

Reik in Rixdorf

Bester alter
Franzbranntwein
allbekanntes Hausmittel zur
Haarpflege und Abreibungen
Häut
Glieder und Nerven.

Kalmus - Franzbranntwein
— erhöht wirkungsfähig — gegen
Änhere Schmerzen, Schwäche u
Geschwulst der Beine, engl.
Krankheit etc.
Originalfl. 50, 75 Bl. R. 1 — 1.50
Literflasche R. 2.50 und R. 3.—
Otto Reichel, 80, Eisenbahnstraße 4,
B. R. IV 4751, 4752, 4753

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).

Soeben erschien: 246/20
Die Wertwachssteuer.
Reichsgesetz vom 14. Februar 1911.
Von Albert Südekum.
(Heft 12 der Sozialdemokratischen
Gemeindepolitik.)
Preis 1 M.
Verlagsausgabe 40 Pf.

Bettfedern und Betten
kaufen Sie reell und billig bei
Carl Müller, Rixdorf,
Berliner Straße 44/46,
bis ans dem Rathaus.
Dampf-Bettfedern-Reinigung
mit elektrischem Betrieb.
Fernsprecher: Kami Rixdorf Nr. 9598.

Kaufe Haare,
ausgefämmte oder abgefämmte, und
gibte die höchsten Preise. Otto F. Kafka,
Böde-Hofstr. Rixdorf, Gr. Nr. 3

Abführtee
„Olinda“ ein einfaches u.
natürliches Ab-
führmittel von kräftiger Wir-
kung bei zeitweiliger als auch chro-
nischer Verstopfung, doppelt be-
währt durch die ausgleich blutreinig-
ende Wirkung. Besonders wichtig
für Frauen u. Personen mit wenig
Bewegung, die hauptsächlich an Stuhl-
beschwerden zu leiden haben. Man
nehme nur den echten „Olinda“-
Tee in Pak. a 50 Pf. u. 1 M. von
**Otto Reichel, 80., Eisenbahn-
straße 4, u. nichts anderes dafür.**

Die

Weiße Woche

hat begonnen.

Seltene Gelegenheit: Große Posten Weißer Waren zu Staunen erregend billigen Preisen liegen in meinen Schaufenstern zur gefl. Besichtigung aus.

Kaufhaus Wilhelm Joseph

Berlin, Grossgörschenstrasse 1.

Schöneberg, Hauptstrasse 163.

Trotz der billigen Preise Rabattmarken.